

# Polen im Gespräch mit Deutschland



**Kazimierz Wóycicki, Waldemar Czachur**

# **Polen im Gespräch mit Deutschland**

**Zu den Schwierigkeiten  
des deutsch-polnischen Dialogs  
und dessen europäischen Herausforderungen**



Wrocław 2009

Projekt okładki: Dymitr Szewionkow-Kisielow  
Redakcja: Izabela Bartosz  
Opracowanie komputerowe: Ludmiła Koza

Centrum Stosunków Międzynarodowych  
ul. Emilii Plater 25; 00-688 Warszawa  
tel. (+48 22) 646 52 67; fax (+48 22) 646 52 58  
e-mail: [info@csm.org.pl](mailto:info@csm.org.pl)  
[www.csm.org.pl](http://www.csm.org.pl)



Oficyna Wydawnicza ATUT – Wrocławskie Wydawnictwo Oświatowe  
50-011 Wrocław, ul. T. Kościuszki 51A, tel. (+48) (0)71 342 20 56, fax (0)71 341 22 04  
<http://www.atut.ig.pl>, e-mail: [oficyna@atut.ig.pl](mailto:oficyna@atut.ig.pl)

## Inhaltsverzeichnis

|  |     |
|--|-----|
| Vorwort von Prof. Dr. Gesine Schwan . . . . .                                      | 7   |
| Vorwort von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter . . . . .                                | 11  |
| Einführung . . . . .   | 14  |
| Ein anderes Deutschland . . . . .  | 17  |
| Ostdeutsche Wirtschaft . . . . .   | 23  |
| Zwei Deutsche, drei Parteien . . . . .   | 27  |
| Ein „kleineres“ Deutschland in einer „größeren“ Welt . . . . .                     | 32  |
| Deutsch-polnische Asymmetrie (und bis wohin geht sie?) . . . . .                   | 39  |
| Versöhnungsprozess und Uneinigkeit . . . . .                                       | 47  |
| „Bessere“ Deutsche – „schlechtere“ Polen<br>oder eine Frage des Respekts . . . . . | 52  |
| Die Unversöhnlichen und die Schlichter . . . . .                                   | 68  |
| Schule wie im 19. Jahrhundert . . . . .  | 76  |
| Was sollte Polen von Deutschland fordern? . . . . .                                | 86  |
| Deutsch-polnische Interessengemeinschaft<br>und -unterschiede . . . . .            | 86  |
| Was sollte Polen in Brüssel von Deutschland fordern? . . . . .                     | 90  |
| Wirtschafts- und Energiefragen . . . . .   | 93  |
| Sicherheitspolitik . . . . .   | 101 |
| Ostpolitik . . . . .   | 103 |
| Die deutsch-polnische Grenzregion . . . . .  | 108 |
| Halbdeutsche und Halbpolen . . . . .   | 116 |
| Was sollten Deutsche über die polnische<br>Geschichte wissen? . . . . .            | 122 |
| Mit Deutschen die Zukunft aushandeln . . . . .                                     | 131 |

|                        |     |
|------------------------|-----|
| Bibliografie .....     | 140 |
| Über die Autoren ..... | 147 |

## Vorwort von Prof. Dr. Gesine Schwan

Wie kommt man sich als Deutsche vor, wenn man so eingeschätzt wird, wie in dieser Handreichung für den deutsch-polnischen Dialog? Jedenfalls nicht besonders sympathisch. Hätte man als Polin ein originäres menschliches Interesse an einem Dialog? Wohl eher nicht.

Der kühl distanzierte Blick der Autoren auf die Deutschen, an denen sie sich zugleich „abarbeiten“, liegt möglicherweise daran, dass sie betont jede Sentimentalität, jede „Gefühlsduselei“ vermeiden wollen, um der Solidität und der Dauerhaftigkeit des deutsch-polnischen Dialogs willen. Stattdessen setzen sie auf Nüchternheit, auf Interessen – materiell-wirtschaftliche und geschichtspolitische - und vor allem auf Partnerschaftlichkeit, sprich: Augenhöhe zwischen Polen und Deutschland. Gerade diesen letzten grundlegenden Punkt kann man nur befürworten.

Die Autoren kennen Deutschland gut, sind auch bei allem polnischen Patriotismus nicht einfach parteilich, reden ihren eigenen Landsleuten ins Gewissen, damit sie sich weniger über den westlichen Nachbarn beklagen und mehr eigene, vor allem politische Initiativen ergreifen. Sie zeigen Deutschlands und Polens wirtschaftliche und demographische Schwächen und folgern daraus, wie beide sich zum gegenseitigen Nutzen zusammenschließen könnten und sollten. Sie sind selbst höchst interessiert an einem gelingenden Dialog zwischen Polen und Deutschland, und sehen sich dabei in der Mitte zwischen der Gruppe der polnischen „Schlichter“, die den Deutschen zu sehr entgegenkämen und ihre Kritik nur auf Polen anwendeten, und den „Unversöhnlichen“, die gar keinen Dialog mit Deutschland wollten.

Eine Mittelposition legt nahe, dass man „richtig liegt“. Freilich kann man praktisch jede Position zu einer Mittelposition definieren. Attraktiv an der Position unserer Autoren ist jedenfalls, dass

sie vorsätzlich kein Blatt vor den Mund nehmen, auf „politische Korrektheit“ verzichten und doch ihr Interesse am deutsch-polnischen Dialog glaubhaft bekunden.

Freilich gehen sie theoretisch und politisch von der Idee einer nationalen mentalen und interessenmäßigen Homogenität aus. Angesichts erheblicher innerdeutscher Unterschiede und Auseinandersetzungen in Bezug auf unser Verhältnis zu Polen, habe ich Zweifel daran, ob es sinnvoll ist, immer wieder von den Deutschen zu sprechen, ohne auf diese erheblichen Unterschiede hinzuweisen. Das geschieht nur selten und eher am Rande. Auch ein generelles deutsches Desinteresse an Polen möchte ich aus meiner mehrjährigen Erfahrung als „Polenbeauftragte“ bezweifeln. Unendliche Male bin ich Einladungen von verschiedenen Seiten gefolgt (Kirchen, Hochschulen, Medien, Bürgerinitiativen, Unternehmern, Akademien), um über Polen zu berichten und zu diskutieren. Das Gleiche gilt für meine polnische frühere Partnerin als „Deutschlandbeauftragte“ Professor Irena Lipowicz. Auch sie wurde und wird ständig nach Deutschland zu Vorträgen eingeladen. Umgekehrt ist das weit weniger der Fall.

Die gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Initiativen haben ebenso zugenommen wie die wirtschaftliche Kooperation (durch die auf deutscher Seite ein erheblicher Respekt vor der polnischen Wirtschaft und vor Unternehmerkollegen entstanden ist). Das schafft durchaus eine solide Grundlage für einen Dialog. Jedenfalls eine erheblich fruchtbarere als Zwang oder schlechtes Gewissen. Auch die Umfragen sind gerade in jüngster Zeit nicht mehr so düster und asymmetrisch. Inzwischen gibt es eine Mehrheit von Deutschen, die, anders als in langjähriger und unseliger antipolnischer Tradition, Polen sympathisch finden, je jünger und politisch mehr bei Grünen und Sozialdemokraten angesiedelt, desto mehr.

Methodisch wäre es hier wichtig, auf die neue deutsch-polnische Erinnerungsarbeit hinzuweisen, die die Heterogenität der Erinnerungen auf beiden Seiten erkennen lässt. Die Professoren Robert Traba und Hans Henning Hahn bereiten gerade mit jüngeren Historikern auf beiden Seiten eine Untersuchung über „deutsch-pol-



nische Erinnerungsorte“ vor, deren vorläufige Ergebnisse in diese Richtung weisen. Die Erinnerung von deutschen Sozialdemokraten und Katholiken an Bismarck ist vermutlich der polnischen näher als derjenigen betont national orientierter Deutscher.

Politiktheoretisch gehen die Autoren von dem Machtverständnis der klassischen „realistischen“ Schule aus, deren Ahnherren Thukydides und Thomas Hobbes sind und das zwischen Staaten möglichst auf ein Machtgleichgewicht zielt, um Einfluss und Respekt zu erzielen und Druck ausüben zu können. Diese Denkschule ist in der außenpolitischen Debatte in Polen sehr stark präsent, wie auch oft genug von „den“ Deutschen als vermeintlich homogener Gesellschaft die Rede ist. Selbst wenn es um die sanfte Macht polnischer europapolitischer Initiativen geht, hoffen die Autoren gegenüber Deutschland auf „Zwang“: „Nicht alle polnischen Initiativen werden Erfolg haben, doch sollte Berlin hiermit überschüttet und zum Reagieren gezwungen werden.“ In der traditionellen internationalen Politik, die nur die Nationalstaaten als Akteure sieht, ist diese Denkschule noch vielfach üblich. Freilich haben die Erfahrungen der Hilflosigkeit traditioneller Macht- und Zwangsausübung inzwischen andere „Governance“- Formen auf den Plan gebracht, in denen Politik, Privatsektor und organisierte Zivilgesellschaft grenzüberschreitend zusammenarbeiten, um globale, auch europäische Lösungen zustande zu bringen. Sie scheinen mir für die Zukunft mehr zu versprechen als das Denken in den Kategorien des Machtgleichgewichts der „realistischen Schule“.

Hoffnungsvoller als unsere Autoren bin ich auch hinsichtlich des Polnisch-Unterrichts in Deutschland. Zwar ist das zahlenmäßige Missverhältnis zwischen den ca. 2 Millionen jungen Polen, die jährlich Deutsch lernen und den ca. 15 000 Deutschen die bislang Polnisch lernten für die deutsche Seite beschämend. Aber langsam ändert sich das zum Besseren – was ich auch an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) beobachten konnte. Nach in der Tat unziemlich langem Ringen gibt es nun immerhin ein Lehrbuch für Polnisch als dritte Fremdsprache an deutschen Schulen. Allein in Brandenburg können an ca. 40 Spotkanie Grundschulen polnische

und deutsche Kinder sich treffen und spielerisch die Nachbarsprache lernen. Finanziert werden sie vom Land Brandenburg und der Europäischen Union. In Frankfurt (Oder) wurde der deutsch-polnische Kindergarten zunehmend auch für deutsche Kinder interessant. Das ist alles noch viel zu wenig, aber doch nicht nichts.

Ich teile auch nicht die ganz und gar pessimistische Sicht auf die Entwicklung Ostdeutschlands und damit verbunden der deutsch-polnischen Grenzregion. Den von den Autoren vorgeschlagenen Wegen, zu besserer deutsch-polnischer Kooperation zu kommen, stimme ich jedoch vorbehaltlos zu. Hier ist noch viel zu tun.

Das vorliegende Buch ist eine wichtige polnische Stimme, die zugleich viel über polnische Befindlichkeiten aussagt und die politische Vielfalt in unserem Nachbarland belegt. Das Buch ist sicher auch ein Test auf die Beharrlichkeit, mit der wir an der deutsch-polnischen Verständigung arbeiten. Das tut beiden allemal gut, weil wir viel voneinander lernen können!

Prof. Dr. Gesine Schwan

Koordinatorin für die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit

## Vorwort von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Ein Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt in den neunziger Jahren zunächst eine enge Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen und eine Interessengemeinschaft beider Länder. Viele Beobachter sprachen darum von deutsch-polnischen „Flitterwochen“ oder sogar den „Goldenen Neunzigern“. Andere hingegen stellen fest, „dass die viel beschworene deutsch-polnische Interessengemeinschaft in den Neunzigerjahren eine Fiktion blieb, wenn man darunter mehr versteht als eine bloße Übereinstimmung in der Grundrichtung“<sup>1</sup>. Diese Skeptiker sahen sich bestätigt durch die Risse, die das anscheinend so enge Verhältnis ausgangs der neunziger Jahre erhielt – bis hin zu deutlichen Konfrontationen, denkt man nur an den Streit um die Gestalt der Europäischen Union seit 2005 oder an die gegensätzlichen Positionen beider Regierungen zum amerikanischen Vorgehen im Irak.

Zweifelsohne belasten historische Hypothesen das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, die zudem in der aktuellen Diskussion in beiden Ländern an Gewicht gewonnen haben. Zu diesen Belastungen gehören die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert, die über 120 Jahre andauernde Fremdherrschaft über das zerteilte Land, der Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, die Usurpation, die Gewaltherrschaft, der Terror während des Krieges in Polen, ebenso aber die anschließende Flucht, Vertreibung und Aussiedlung eines Großteils der jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen,

---

<sup>1</sup> Markus Mildenberg: *Funktioniert die „Interessengemeinschaft“? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen*. In: Wolf-Dieter Eberwein/ Basil Kerski (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000*. Opladen 2001, S. 141.

sodann die nachfolgende Diktaturerfahrung im sowjetisch dominierten System.

Diese starke Belastung der Erinnerung kann aber allein nicht als Erklärung tagepolitischer Differenzen und Konflikte dienen. Vielmehr liegt genau in der Verengung des Blicks auf die Altlasten auch der Kern eines wachsenden und leidigen Problems: Gemeint ist die oft hemmungslose Instrumentalisierung dieses Erbes durch politische Akteure, die sich einen politischen Vorteil davon erhoffen. Wenn unter der Regierung von 2005 bis 2007 den Deutschen „Geschichtsrevisionismus“ vorgeworfen und die frühere enge Zusammenarbeit als „polnisches Vasallentum“ abgetan wurde, dann wird Desinteresse an Verständigung offensichtlich. Doch auch auf deutscher Seite müsste man sich seiner Worte und Taten, vor allem aber mancher Insensibilität bewusst sein, die aus historischer Ignoranz und überlieferten Vorurteilen entstehen.

Zweifelsohne teilen heute Polen und Deutschland die „westlichen Werte“, worunter man für gewöhnlich drei Begriffe versteht: rechtsstaatliche Demokratie, Menschenrechte und (soziale) Marktwirtschaft. Alle drei hängen in ihrem Verständnis wiederum eindeutig vom Begriff des Menschen und seiner Würde ab. Papst Johannes Paul II. forderte die Nationen und jeden einzelnen Bürger Europas immer wieder dazu auf, diese Begriffe neu zu überdenken und mit Inhalt zu füllen. Deutsche und Polen sehen sich diesen gemeinsamen Grundwerten verpflichtet, die nur auf der Grundlage eines christlich inspirierten Menschenbildes angemessen zu verstehen sind. Eben diese Gemeinsamkeit ermöglicht beiden Ländern eine enge Kooperation.

Der vorliegende Band macht deutlich, dass die deutsch-polnischen Beziehungen sich zu einem großen Teil aus den gemeinsamen, aber auch – und das ist zumindest ebenso bedeutend – aus den jeweiligen nationalen historischen Erfahrungen speisen. Diese als Druckmittel oder gar Instrument gegen den anderen zu nutzen wäre, wie ausgeführt, fatal. Vielmehr müssen sich beide Länder auf der Grundlage dieser Erfahrungen auf eine gemeinsame Zukunft vorbereiten. Damit geht die Notwendigkeit gegenseitigen Respekts

auf der Basis fundierter Kenntnisse über den jeweiligen Partner einher, wie Kazimierz Wóycicki und Waldemar Czachur deutlich machen. Dazu gehört zum einen, dass sich die polnischen Partner darüber klar werden, mit welchem anderem Deutschland sie es im Jahr 2009 zu tun haben. Aus guten Gründen wird aber auch nach den Kenntnissen der Deutschen über die Geschichte und das Leid der polnischen Nachbarn gefragt und über Defizite geklagt. Die deutsche Seite sollte sich das zu Herzen nehmen, will sie nicht von vornherein Vertrauenspotential verspielen.

Zudem ist es aber auch unerlässlich, Prioritäten und Probleme in den in diesem Band behandelten Themenfeldern anzusprechen und auszudiskutieren. Sich der eigenen Standpunkte und Notwendigkeiten bewusst zu werden, ist ein vielversprechender erster Schritt in der Kooperation mit dem Nachbarn, in der niemand seine Interessen zu verbergen braucht. Der deutsche Partner kann aus den Überlegungen des polnischen nur lernen und sollte hohes Interesse daran haben, zu wissen und zu verstehen „was Polen wollen“. Natürlich werden sich in Gespräch und Interaktion beide Seiten befruchten und voneinander profitieren. Ansatzpunkte für eine solche Diskussion und Chancen für deutsch-polnische Kooperation sind reichlich vorhanden – wie uns dieser Band eindrucksvoll zeigt. Zu hoffen bleibt nur, dass sie wahrgenommen und auch genutzt werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter  
Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing

# Einführung

*Die Deutschen müssen die polnische Mentalität erst noch verstehen lernen.*

Stanislaw Stomma

*Die Nationen konstituieren sich im Verlauf etappenhafter Prozesse – und zwar nicht nur von sich aus, sondern auch in gegenseitigen Beziehungszusammenhängen.*

Klaus Zernack

Manche Polen fürchten die Deutschen, andere wollen die Versöhnung mit ihnen fast um jeden Preis. Gibt es denn keinen Mittelweg, wie man die deutsch-polnischen Beziehungen von ihrer allzu großen Emotionalität befreien und sie dadurch normaler gestalten kann?

Nach all den Erfolgen, die bei der Versöhnung zweifellos erreicht worden sind, sind im deutsch-polnischen Dialog in den letzten Jahren viele Spannungen aufgetreten, die beide Seiten doch überrascht haben. Auch wenn sich das gegenseitige Verhältnis danach in mancherlei Hinsicht verbessert hat, lohnt es sich, darüber nachzudenken, worin die Ursachen für die offensichtlichen Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen bestehen. Solche Überlegungen sind jedoch nur ein erster Schritt. Deutschland und Polen können und sollten enger miteinander kooperieren und in vielen Punkten gemeinsam den Herausforderungen die Stirn bieten, vor die die heutige Welt beide Länder stellt. Und da beide Länder Mitglieder der Europäischen Union und der NATO sind, wäre es ein lohnenswertes Ziel, dass sich die Mitglieder dieses elitären und privilegierten Clubs untereinander so gut wie möglich verständigen.

Die Sünde der polnischen Seite hat darin bestanden, dass sie es beim Dialog mit Deutschland ein wenig an Mut – man kann auch sagen an Offenheit – hat fehlen lassen und der deutschen

Seite „nicht alles sagte“, was der berechtigten Forderung Jan Józef Lipskis widersprach, man müsse sich alles sagen<sup>2</sup>. Gekommen war es hierzu, als sich Polen um die Mitgliedschaft in der EU bemühte, was Deutschland nach Kräften unterstützt hatte. Mit einem solchen Verbündeten wollte es sich Polen nicht verderben, gleichzeitig setzte diese Haltung jedoch uneingeschränktes Vertrauen gegenüber dem deutschen Partner voraus, was seinen Ausdruck im Begriff der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft fand. Man hatte sich fast blind verstehen wollen, doch wie sich zeigte, sprach man zu wenig miteinander und neben den gemeinsamen Interessen gab es immer mehr ernsthafte und unausgesprochene Differenzen. Die polnischen Fürsprecher einer Versöhnung mit Deutschland wurden daher auf eine nicht zu unterschätzende Probe gestellt, als sich herausstellte, dass vieles auf deutscher Seite nicht den allzu idealistischen Vorstellungen entsprach, und als das Bild von arroganten Deutschen wiederkehrte, die ihre eigenen Interessen verfolgen, ohne auf die Empfindlichkeiten oder Interessen der polnischen Partner Rücksicht zu nehmen.

Für Deutschland war es eines seiner wichtigsten Anliegen, die Mitgliedschaft Polens in der EU zu unterstützen, um nach der Versöhnung mit Frankreich auch die Aussöhnung mit Polen zu erreichen, um so endgültig die tragische Kriegsvorgangeneit bewältigen zu können. Diese Absicht war edel und lobenswert. Doch hatte man in Deutschland nicht ganz verstanden, dass es um mehr als nur die polnische Mitgliedschaft in der EU und auf den Zweiten Weltkrieg bezogene Versöhnungsgesten allein hätte gehen sollen, auch wenn diese noch so ernst und ehrlich gemeint waren. In der Osterweiterung der Europäischen Union sah Deutschland wie selbstverständlich auch den wirtschaftlichen Aspekt, wobei es sich in Erwartung guter Geschäfte – oft nicht zu unrecht – als Helfer in der Not präsentieren konnte. Zunehmend wurden im deutschen Handeln jedoch Paternalismus und ein Gefühl von Überlegenheit sichtbar, die auf

---

<sup>2</sup> Jan Józef Lipski: *Powiedzieć sobie wszystko .../Wir müssen uns alles sagen... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft*. Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Georg Ziegler. 3. Aufl. Warszawa 1998.

die lange, aus dem 19. Jahrhundert stammende Tradition zurückgingen, wie man in Deutschland den Osten betrachtete. Die Deutschen begannen, über die „undankbaren Polen“ zu murren.

Im Ergebnis kam es auf beiden Seiten zu Enttäuschungen. Sowohl für die eine als auch für die andere Seite stellte sich der Partner nicht als der heraus, als den man ihn hatte sehen wollen. Der Beitritt Polens zur EU erleichterte es paradoxerweise, dass Animositäten zu Tage traten. Nachdem beide Seiten zu dem Schluss gekommen waren, dass die historische Erweiterung faktisch vollzogen war, fühlten sie sich wie befreit von einem Teil der politischen Verantwortung, von der sie sich zuvor hatten leiten lassen, und hielten mit ihren Überempfindlichkeiten nicht mehr hinterm Berg.

Man hatte normale Beziehungen gewollt, doch es stellte sich heraus, dass die Beziehungen normal letztlich nicht sind. Auch die Frage, was Normalität bedeuten sollte, blieb zu einem gewissen Grad unbeantwortet. Soll Normalität beispielsweise darin bestehen, dass die Vergangenheit diese Beziehungen nicht länger belastet? Bedeutet dies wiederum, dass wir die Vergangenheit vergessen sollten? Oder geht es vielleicht darum, wie man ihrer gedenkt? Soll Normalität heißen, dass wir eine gemeinsame Zukunftsvision haben? Was könnte man unter Zukunft denn Besseres verstehen als die Tatsache, gemeinsame und konkrete Ziele und Herausforderungen zu haben, sowohl rein bilateraler als auch europäischer Natur?

In dieser Situation bleibt nichts anderes übrig als zu fordern, mutiger und offener miteinander zu reden und so das gegenseitige Verhältnis von vielen Stereotypen und Vorurteilen zu befreien.



## Ein anderes Deutschland

Polen haben Deutschen gegenüber viele Komplexe. Dies kommt vor allem daher, dass Deutschland ein einflussreiches Land ist und über eine leistungsfähige Wirtschaft verfügt. Polen hingegen ist schwach und liegt wirtschaftlich gesehen weit zurück. Diese Komplexe haben ihren Ursprung in längst vergangenen Zeiten, größer geworden sind sie jedoch während des Kommunismus. Bei Polen, die in den 70er und 80er Jahren nach Deutschland fuhren, musste sich zunehmend ein Gefühl von Unterlegenheit einstellen, wenn sie ihr eigenes, graues Land, das sich in einer tiefen Krise befand, mit dem Erscheinungsbild deutscher Städte und Geschäfte verglichen. Der amerikanische Wohlstand weckte bei den Polen vor allem Bewunderung. Der Wohlstand in Deutschland, verbunden mit der Überzeugung, dass die Deutschen ihnen organisatorisch überlegen seien, rief in erster Linie Komplexe hervor und provozierte die bittere, ironische Frage: „Wer hat denn hier eigentlich den Krieg gewonnen?“ Doch inwiefern sind heute, zwei Jahrzehnte nach der historischen Wende, diese polnischen Komplexe noch gerechtfertigt? Wie groß sind tatsächlich die Unterschiede zwischen Deutschland und Polen im Hinblick auf den Entwicklungsstand und das Potenzial beider Länder?

Vieles deutet darauf hin, dass die Polen versuchen, sich von ihren Komplexen zu befreien. Als Beispiel hierfür kann die Wochenzeitschrift „Newsweek Polska“ dienen, die titelte: „Wir sind alle Deutsche. Polen sind fleißiger, besser organisiert und effektiver als ihre Nachbarn jenseits der Oder. Wie ist das gekommen?“<sup>3</sup> Unabhängig davon, wie Wissenschaftler Arbeitseifer messen wür-

---

<sup>3</sup> Mariusz Cieslik: *Wszyscy jesteśmy Niemcami. Polacy są pracowitsi, lepiej zorganizowani i skuteczniejsi od sąsiadów zza Odry. Jak do tego doszło?* In: Newsweek Polska, 15.06.2008. („Wir haben unsere Komplexe abgelegt, weil wir sie mit der Wirklichkeit konfrontieren konnten. Und

den, kann man fragen, ob ein Denken wie „Polen sind fleißiger als Deutsche“ oder „Wir sind deutscher geworden und fühlen uns gut so“ nicht auch ein Ausdruck von Komplexen ist. Und wenn nicht, wie weit kann dann diese polnische (Selbst-)Zufriedenheit reichen?<sup>4</sup> Wir fragen daher, womit wir es nun zu tun haben: Was für ein Deutschland und was für ein Polen haben wir heute? Unterscheiden wir uns in vielem?

Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands mit dem von Polen, z. B. im Jahr 1938, dann sieht man, wie unterschiedlich die Wirtschaftsleistung beider Länder und damit auch der Lebensstandard ihrer Einwohner war. Das Inlandsprodukt Deutschlands betrug 342 Mio. Dollar bei 68 Mio. Einwohnern, das Polens hingegen knapp 68 Mio. Dollar bei 35 Mio. Einwohnern. Die wirtschaftliche Leistung Deutschlands war somit doppelt so groß wie die Polens. Ähnlich sah die Situation während fast der gesamten Zwischenkriegszeit aus.

Die Nachkriegszeit lässt sich nur schwer vergleichen. Deutschland stieg dank der enormen Finanzspritze, die es in Form des Marshall-Plans erhalten hatte, und dank des Erhard'schen Wirtschaftswunders rasch zu einer Wirtschaftsmacht auf, und dies nicht nur in Europa, sondern weltweit. Polen hatte weniger Glück. Die zentrale Planwirtschaft taugte nicht als Erfolgsrezept. Erst die wirtschaftliche Transformation nach 1989 brachte Polen auf den Weg zu einer schnelleren Entwicklung. Im Jahr 2007 ist die deutsche Wirtschaft fünfmal so stark wie die polnische, doch das Brutto-Einkommen der Bevölkerung ist pro Kopf nur etwas mehr als doppelt so hoch wie das in Polen.

Vergleichen wir das Entwicklungspotenzial im Jahr 1908 mit dem hundert Jahre später – im Jahr 2007 –, dann ist nicht zu übersehen, dass sich die Situation grundlegend verändert hat. Hinzu kommt, dass das polnische Wirtschaftswachstum deutlich höher ist als das deutsche. 2006 betrug es 6,2%, 2007 dann 6,6%, während es in

---

*es hat sich herausgestellt, dass weder der Westen so gut ist noch wir so schlecht sind, wie es uns bis dahin vorgekommen war.*“).

<sup>4</sup> Grzegorz Sadowski, Karolina Woźniak: *Jak pokochać Niemcy. Antyniemieckość Polaków to mit.* In: Wprost, 2008, Nr.10.

Deutschland um die 3% schwankt.<sup>5</sup> Auch wenn Polen Deutschland wirtschaftlich mit Sicherheit nicht allzu schnell einholen wird, so wird der Abstand doch kleiner.<sup>6</sup> Die Frage, wo es sich besser leben lässt – in Warschau oder in Berlin, in Dresden oder in Breslau –, ist heute nicht mehr unberechtigt, egal wie schwer es wäre, eine Antwort hierauf zu finden. Auch die Lebensqualität ist in beiden Ländern in vielen Punkten vergleichbar.

Ein anderes wichtiges Kriterium, das man zum Vergleich beider Länder im Verlauf der letzten Jahre heranziehen kann, ist die demografische Entwicklung. In einem Bericht des Statistischen Bundesamts ist über die Situation in Deutschland Folgendes zu lesen:

Eine immer älter werdende Gesellschaft, eine niedrige Geburtenrate, eine sinkende Bevölkerungszahl und immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter – genau so lässt sich die zukünftige demografische Entwicklung Deutschlands zusammenfassen. [...] Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sowie der Bevölkerungsrückgang haben enorme Auswirkungen nicht nur auf die zukünftigen Renten und den Arbeitsmarkt, sondern auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.<sup>7</sup>

Vergleicht man die demografischen Faktoren für Deutschland und Polen, so kann man sehen, dass sich beide Länder nicht allzu sehr unterscheiden. Trotz des hohen Wanderungssaldos in Deutschland sinkt die Bevölkerungszahl aufgrund der sehr niedrigen Geburtenzahl pro Frau. Diese ist in Polen ähnlich niedrig wie in Deutschland, es fehlt jedoch der positive Migrationsfaktor. Dennoch ist die Gesellschaft insgesamt jünger (wodurch auch weniger Sterbefälle verzeichnet werden), weshalb sich der Bevölkerungsrückgang in Polen und Deutschland auf einem ähnlichen Niveau bewegt. Die in der

---

<sup>5</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF\\_TB\\_national\\_accounts&root=REF\\_TB\\_national\\_accounts/t\\_na/t\\_nama/t\\_nama\\_gdp/tsieb020,15.11.2008](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF_TB_national_accounts&root=REF_TB_national_accounts/t_na/t_nama/t_nama_gdp/tsieb020,15.11.2008).

<sup>6</sup> In dem von der Wochenzeitschrift „Polityka“ durchgeführten Europäischen Entwicklungsranking 2008 nimmt Polen den 23. und Deutschland den 7. Platz ein. Vgl. Wawrzyniec Smoczyński: *Od ogona do głowy*. In: Polityka, 2008, Nr. 3, S. 34-39.

<sup>7</sup> *In the Spotlight: Population of Germany Today and Tomorrow 2002-2050*, Federal Statistical Office of Germany, 2003.

Tabelle: Demografische Faktoren – EU und ausgewählte Mitgliedstaaten

|             | Bevölkerung<br>(in Mio.) | Durchschnittsalter<br>(in Jahren) | Geburten<br>Sterbefälle<br>(auf 1000<br>Einwohner) | Zu- bzw.<br>Abnahme<br>(in %) | Wanderung-<br>-saldo | Geburten<br>pro Frau |
|-------------|--------------------------|-----------------------------------|--|-------------------------------|----------------------|----------------------|
| EU          | 491                      | –                                 | 9,97/10,22   | 0,12                          | 1,46                 | 1,5                  |
| Frankreich  | 64                       | 39,2                              | 12,73/8,48   | 0,574                         | 1,48                 | 1,98                 |
| Deutschland | 82                       | 43,4                              | 8,18/10,8  | 0,044                         | 2,19                 | 1,41                 |
| Polen       | 38,5                     | 37,6                              | 10,01/9,99   | -0,045                        | -0,46                | 1,27                 |

Quelle: CIA World Factbook 2008

Tabelle aufgeführten Daten zu Frankreich zeigen eine etwas höhere Kinderzahl pro Frau, vor allem jedoch eine höhere Zuwanderung. Daher ist in diesem Land ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, und seine demografische Situation ist wesentlich besser als die von Deutschland oder Polen.

Der Bevölkerungsrückgang ist noch deutlicher zu erkennen, wenn man das Problem nicht auf makro-, sondern auf mikroregionaler Ebene betrachtet. Die Dramatik der Situation wird dann noch deutlicher. Nehmen wir als Beispiel Sachsen, das als Bundesland insofern interessant ist, als es an Polen grenzt und gleichzeitig das reichste der ostdeutschen Bundesländer ist. Seit 1990 hat Sachsen 130 000 Einwohner verloren. Die Verluste wären noch höher, wenn man die aus anderen Bundesländern und dem Ausland zugezogenen Einwohner abziehen würde – etwa 18 000 Personen. Dieser Rückgang bedeutet gleichzeitig, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung rapide zunimmt. Schon heute liegt der Altersdurchschnitt bei über 45 Jahren. In den meisten Städten der an Polen grenzenden Regionen Ostdeutschlands wird das Durchschnittsalter im Jahr 2020 bei über 50 Jahren liegen.<sup>8</sup>

Begibt man sich eine Stufe tiefer auf Kreisebene, so stößt man auf weitere beunruhigende Tatsachen. Nehmen wir als Beispiel die

<sup>8</sup> Am höchsten wird es in Hoyerswerda sein, für das ein Durchschnittsalter von 54,9 Jahren prognostiziert wird.

direkt an der deutsch-polnischen Grenze liegende Stadt Görlitz (auf polnischer Seite Zgorzelec). Die Zahl der Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren hat dort im Zeitraum 1990-2005 von 5 100 auf 2 000 abgenommen, also um mehr als die Hälfte.<sup>9</sup> Dies hat u. a. zwangsläufig Auswirkungen auf das Schulwesen, die Finanzierungsmöglichkeiten der Schulen und die Höhe der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel.

Die geringe Aktivität einer alternden Gesellschaft fördert weder Initiative noch Effizienz. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in diesen Regionen zurzeit eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, und dieser Zustand wird Prognosen zufolge auch in Zukunft noch andauern. Die Arbeitslosenquote beträgt in Sachsen 16,4%, in der Region Bautzen hingegen, zu der Görlitz gehört, ganze 19% (allein in Görlitz 25%).

Auch spielt der Migrationsprozess zwischen West- und Ostdeutschland eine äußerst wichtige Rolle. Nach wie vor verläuft er überwiegend von Ost nach West: Im Jahr 2001 wanderten so 230 200 Personen nach Westen ab, während aus dem Westen 138 100 Personen zuzogen. 2006 betrug die Zahl derjenigen, die Ostdeutschland verließen, bereits 173 600, während die Zahl der Zugezogenen aus dem Westen um 16 000 zurückging. Dabei ist auch eine nur geringe Veränderung der Zahl junger Menschen zu verzeichnen (18-30 Jahre), die etwa 50% der Abwanderer ausmachen.<sup>10</sup>

Allerdings sind die hier angeführten Beispiele nicht repräsentativ für Gesamtdeutschland. Man muss wissen, dass die Herausforderungen, vor die die demografische Entwicklung Deutschland ebenso wie Polen stellt, in Deutschland intensiv diskutiert werden – in Polen ist dies nicht der Fall. Die Deutschen überlegen, wie sie vor allem von 2025 an Arbeitskräfte gewinnen können, da Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge die Zahl der Erwerbstätigen bis 2050 um neun Millionen

---

<sup>9</sup> Angaben des Statistischen Landesamts des Freistaats Sachsen, 08.09.2008.

<sup>10</sup> Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. *Die neuen Länder – für ein modernes und soziales Deutschland*, S. 19.

zurückgehen wird.<sup>11</sup> Dies kann die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft grundlegend beeinflussen. Bereits heute wird Kritik laut, dass sie nicht modern genug sei, dass ihre Produktivität nicht zunehme etc.<sup>12</sup> Wenn man das heutige Deutschland beobachtet und die dortigen Diskussionen verfolgt, könnte man tatsächlich zu dem Schluss kommen, dass es an Rhein und Elbe viel Grund zur Sorge gibt. Es reicht schon, sich die Titel der in den letzten Jahren in Deutschland diskutierten Bestseller anzuschauen: *Die deformierte Gesellschaft*<sup>13</sup>, *Scheitert Deutschland?*<sup>14</sup>, *Abstieg eines Superstars*<sup>15</sup>, *Ist Deutschland noch zu retten?*<sup>16</sup>, *Der deutsche Niedergang*<sup>17</sup> usw. Viele der Probleme, die die Autoren ansprechen, ähneln den polnischen, andere sind wiederum spezifisch für Deutschland.

Filtert man aus den deutschen Diskussionen das Wichtigste heraus bzw. das, was den gemeinsamen Nenner aller öffentlichen Debatten ausmacht, so kann man die Behauptung wagen, dass Deutschland bei der Bewältigung seiner Probleme auf die Europäische Union angewiesen ist. Dasselbe gilt auch für Frankreich, Großbritannien und Italien, die jeweils eine wesentlich leistungsfähigere Wirtschaft haben als Polen. Keiner der EU-Mitgliedstaaten ist dazu in der Lage, sich selbstständig den globalen Herausforderungen zu stellen und erfolgreich auf der Weltbühne zu agieren. Deutschland betrifft dies in besonderer Weise. Europa steht vor einer Zeit enormer Herausforderungen, denen es mutig entgetreten muss.

---

<sup>11</sup> DIW-Wochenbericht 40/2008: *Weniger Menschen, aber Arbeitskräfteangebot bleibt bis 2025 stabil*. In: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/89230/08-40-1.pdf>, 28.10.2008.

<sup>12</sup> DIW-Wochenbericht 38/2008: *Produktivitätswachstum in Deutschland: Kein nachhaltiger Aufschwung in Sicht*. In: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/88561/08-36-1.pdf>, 28.10.2008.

<sup>13</sup> Meinhard Miegel: *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. Berlin 2002.

<sup>14</sup> Arnulf Baring: *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten*. Stuttgart 1997.

<sup>15</sup> Gabor Steingart: *Deutschland. Abstieg eines Superstars*. München 2004.

<sup>16</sup> Hans-Werner Sinn: *Ist Deutschland noch zu retten?* Berlin 2004.

<sup>17</sup> Christian von Krockow: *Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert*. Stuttgart 1998.

## Ostdeutsche Wirtschaft

Sehr viele Menschen haben sich vor der deutschen Wiedervereinigung gefürchtet. So auch in Polen, auch wenn sich die Mehrheit der Politiker für die Vereinigung aussprach, da sie sich darüber im Klaren war, dass das Ende der DDR für die Anbindung Polens an den Westen notwendig war. Man befürchtete jedoch, dass das wiedervereinigte Deutschland nicht nur wieder stärker, sondern auch potenziell gefährlich werden könnte. Vermutlich glaubten zu viele daran, dass die Wirtschaft der DDR die zehntgrößte Wirtschaft der Welt sei, obwohl dies lediglich in der DDR-Propaganda der Fall gewesen war. Im Grunde genommen übernahm die Bundesrepublik mit der ostdeutschen Wirtschaft eine Ruine, und anstatt stärker zu werden, wurde Deutschland de facto schwächer, belastet durch die Transformation in der ehemaligen DDR.

Bonn hatte über sehr große finanzielle Rücklagen verfügt, die aus dem riesigen Außenhandelsüberschuss stammten. Zunächst schien es, als würde die Hilfe ausreichen, die man seinen Landsleuten an der Elbe zu gewähren in der Lage war. Auch hinterfragte niemand die automatische Aufnahme der ehemaligen DDR in die Europäische Gemeinschaft (heute würden wir Europäische Union sagen) und niemand stellte hierfür Vorbedingungen. Dies war selbstverständlich, und zwar umso mehr, als Ostdeutschland aufgrund seiner besonderen Verbindung zur Bonner Republik bereits seit langem ein ‚heimliches‘ Mitglied der westlichen Wirtschaftsgemeinschaft gewesen war.

Nach der Wiedervereinigung wurde in Deutschland eine besondere Abgabe eingeführt, die dem Transformationsprozess in der ehemaligen DDR zu Gute kommen sollte: der sog. Solidaritätszuschlag – auch wenn nicht alle im Westen gleich so solidarisch waren, um von dieser Steuer begeistert zu sein. Und so begannen riesige Finanzströme von West- nach Ostdeutschland zu fließen. Höchstwahrscheinlich ist dies der größte Geldtransfer, der je in der Wirtschaftsgeschichte durchgeführt wurde und der heute eine Größenordnung von insgesamt einer Billion Euro erreicht hat.

Mit der ostdeutschen Wirtschaft ging es jedoch nach wie vor nicht aufwärts. Trotz des enormen Geldtransfers erinnert Ostdeutschland heute in keinster Weise an Irland. Im Vergleich zu anderen ehemaligen Ostblockstaaten, die inzwischen der EU angehören, verfügt es über ein nur geringes Wirtschaftswachstum: 2005 betrug es 0,4%, 2006 dann 1,9%. Dieses geringe Wachstum ist die Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit und das Fehlen einer Entwicklungsperspektive. Zwar ist gegen Ende des zweiten Quartals 2008 die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1991 gesunken und liegt nun bei etwa 13% (zum Vergleich: 2006 hatte sie noch bei 17,3% gelegen<sup>18</sup>) – aber auch das ist noch immer doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Das größte Problem Ostdeutschlands besteht jedoch in der bereits erwähnten Abwanderung, und zwar besonders im Fehlen junger Menschen. 2006 sind 50 700 Einwohner aus den ostdeutschen Bundesländern abgewandert, darunter immerhin 33 800 Menschen, die zwischen 18 und 30 Jahre alt waren. Dies hat nicht nur enormen Einfluss auf die Höhe des Steueraufkommens, das in die Kassen von Bund und Ländern fließt, sondern auch auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008 geht davon aus, dass der Transformationsprozess noch bis zum Jahr 2019 dauern und weitere 156 Mrd. Euro verschlingen wird. Diese Summe kann man sich leicht vorstellen, wenn man sich klarmacht, dass Ostdeutschland umgerechnet einen Zuschuss erhalten wird, der pro Kopf viermal so hoch ist wie die EU-Hilfen für Polen im Zeitraum von 2005-2013.

Der Aufbau Ost ist eine der Hauptursachen dafür, dass letztlich das Tempo der gesamten deutschen Wirtschaftsentwicklung nachgelassen hat. Ursprünglich hatte er eine überaus rentable Investition sein sollen, deren Kosten sich nach kurzer Zeit rentieren würden. Doch der erwartete Nutzen blieb aus und stattdessen erwies sich der Aufbau als Fass ohne Boden, in das weiterhin Geld gepumpt werden muss.

---

<sup>18</sup> Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008, a.a.O., S. 13.



Das Erstaunlichste an all dem ist aber, dass diese Situation nicht diejenigen enttäuscht und v. a. frustriert, die zahlen, aber nichts erhalten – die Westdeutschen –, sondern die Empfänger der Leistungen.<sup>19</sup> Die Menschen im Osten sind unzufrieden, dass es ihnen nicht so gut geht wie ihren Landsleuten im Westen. Sie weigern sich zur Kenntnis zu nehmen, dass bei einer deutlich geringeren Produktivität auch das Einkommen niedriger sein muss, von der Rente ganz zu schweigen. Doch letztlich geht es nicht nur um das gleiche Maß an Wohlstand. Die ehemaligen DDR-Bürger kommen nur schwer mit dem Risiko und den Herausforderungen der Marktwirtschaft und denen einer offenen Gesellschaft zurecht. Egal wie gut es ihnen geht, viele sehnen sich nach kostenloser Kinderbetreuung und einem staatlich organisierten Leben ohne Risiken.

Diese Denkweise bzw. Hinterlassenschaften haben auch unmittelbaren Einfluss auf die politische Einstellung. Es ist erschreckend, dass im Jahr 2006 lediglich 38% der Ostdeutschen Demokratie als die beste Staatsform ansahen, während sie in Westdeutschland fast doppelt so viele Anhänger hat.<sup>20</sup> Ostdeutsche sind im Vergleich zu Westdeutschen für rechtsradikale Parolen empfänglicher, auch für solche, die gegen Polen gerichtet sind. Polen sollte diesem Phänomen jedoch mit der nötigen Distanz begegnen.

Die Pläne für die neuen Länder sind nach wie vor ehrgeizig. Die Bundesregierung will Ostdeutschland zu einem Standort für Innovation und moderne Industrien machen, weshalb ein bedeutender Teil der Investitionen in Bildung und Forschung fließt, v. a. auf dem Gebiet der Energie- und Umwelttechnologie. In besonderem Maß wird die Entwicklung von Solartechnik gefördert.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Der neueste Bericht des Soziologen Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld zeigt, dass sich die Ostdeutschen unverstanden und benachteiligt fühlen (73%), sich als Bürger zweiter Klasse sehen (64%) und ihren Frust an Minderheiten auslassen. Mehr zu diesem Thema: Wilhelm Heitmeyer: *Menschenfeindlichkeit. Ein Land, zwei Gesellschaften*. In: *Die Zeit*, 2008, Nr. 50.

<sup>20</sup> Evelyn Finger: *Rechts, wo Mitte ist*. In: *Die Zeit*, 2006, Nr. 39.

<sup>21</sup> Etwa 40 Solarfirmen und Forschungseinrichtungen aus den neuen Bundesländern haben sich zur Initiative „Solarvalley Mitteldeutschland“ zusammengeschlossen. Solarfirmen zählen mancherorts zu den größten Arbeitgebern; Herstellerfirmen der Solarwirtschaft in Ostdeutschland bieten bereits fast 10 000 Arbeitsplätze (vgl.

Dies ist insofern wichtig, als bereits ein Viertel der Produktion von erneuerbarer Energie aus den neuen Bundesländern kommt. Die Rahmenbedingungen hierfür hatte das speziell diese Länder begünstigende sog. Erneuerbare Energien-Gesetz geschaffen, das die Subventionierung dieses Wirtschaftszweiges ermöglicht. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass der Ehrgeiz der Bundesregierung allein nicht reicht, um in den ehemaligen DDR-Bürgern Fortschrittsgeist zu wecken.<sup>22</sup>

Ostdeutschland hat das gesamte westdeutsche Rechtssystem mit all seiner Bürokratie inklusive zahlloser Vorschriften und Regelungen übernommen. Im Westen ist diese Bürokratie dank gut funktionierender Verwaltungen eher eine Erschwernis für die Beamten als für die Bürger und alles funktioniert. Im Osten sind die Ämter mit ihren vom Kommunismus geprägten Mitarbeitern vor allem mit sich selbst beschäftigt und verlieren sich im Labyrinth der Vorschriften. Wer ein paar Jahre dort gelebt hat, weiß, wie schwierig der Alltag sein kann, da die wenig hilfsbereiten und uneffektiven Beamten entweder nicht wissen, wie das komplexe Recht anzuwenden ist oder es so anwenden, dass sie dem anderen das Leben so schwer wie möglich machen.

Kommt man aus einer beliebigen ostdeutschen Großstadt (Berlin als Ausnahme nicht mitgezählt) nach Breslau, so hat man den Eindruck, an einem Ort zu sein, der voller Leben ist, wo man im Geschäft oder Restaurant kompetent und höflich bedient wird und wo man dabei auf Menschen trifft, die einem helfen und einen nicht behindern wollen.

Anders als Polen und den anderen postkommunistischen Ländern in Mitteleuropa<sup>23</sup> ist Ostdeutschland die gigantische Hilfe aus dem

---

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008, a.a.O., S. 12).

<sup>22</sup>Diese These wird vom Phänomen der Entvölkerung in den neuen Bundesländern abgeleitet.

<sup>23</sup>In dieser Arbeit wird bewusst mit dem Begriff *Mitteleuropa* und nicht *Mittelosteuropa* oder *Mittel- und Osteuropa* oder *Osteuropa* die Region, in der sich Polen befindet, bezeichnet. Dazu mehr Gereon Schuch: *Plädoyer für Mitteleuropa*. In: Cyrus Salimi-Asl /Eric Wrasse/ Gereon Schuch (Hg.): *Die Transformation nationaler Politik. Europäisierungsprozesse in Mitteleuropa*. Berlin 2005, S. 5-12.

Westen quasi geschenkt worden und es hat sich die Veränderungen weder erarbeiten noch ein Transformationskonzept erstellen müssen. Gerade das hat jedoch paradoxerweise verheerende Auswirkungen gehabt – auf die Mentalität, die Wirtschaft und die Demografie.

## **Zwei Deutsche, drei Parteien**

Der Beitritt der DDR hat jedoch wesentlich ernsthaftere Auswirkungen gehabt als nur die wirtschaftlichen Belastungen, die Deutschland momentan zu bewältigen hat. Er hat Veränderungen in der politischen Kultur des Landes ausgelöst und mit der Zeit auch in der Politik.

Die westdeutsche Nachkriegsdemokratie konnte sich auf ein stabiles Parteiensystem stützen, das sich Ende der fünfziger Jahre herausgebildet hatte. Es wurde von zwei großen Parteien dominiert, der Christdemokratie (CDU/ CSU) und der Sozialdemokratie (SPD), die bei Wahlen jeweils Ergebnisse von 30 bis 40% der Stimmen erzielten. Die Partei der Mitte, die zudem häufig über die zum Regieren notwendige Koalitionsmehrheit entschied, waren die Liberalen (FDP).

Beide großen Parteien bemühten sich darum, das gesamte politische Spektrum abzudecken. Die CDU hatte sich zudem das Ziel gesetzt, die deutsche Rechte einzubinden und rechtsextreme Gruppierungen an den Rand zu drängen. Ihr bayerisches Pendant, die CSU, ist die Nachfolgepartei der Bayerischen Volkspartei und beschränkt ihr Engagement ausschließlich auf dieses Bundesland. Die SPD wiederum bemühte sich, jene linken Strömungen einzubeziehen, die außerhalb des demokratischen Konsens' standen. Die FDP schließlich erlaubte es keiner der großen Parteien, die politische Bühne allein zu beherrschen. Dieses System war logisch, stabil und für die Wähler nachvollziehbar. Bei Beobachtern von außen wiederum, die nach all dem, was aus der Weimarer Republik geworden war, gegenüber Deutschland misstrauisch waren, weckte es Vertrauen.

Ende der 70er Jahre entstanden „Die Grünen“, die Partei der rebellischen '68er-Generation. Gleichzeitig stellte sie eine

komplizierte Mischung der unterschiedlichsten ideologischen Strömungen dar, die nicht unbedingt nur dem linken Spektrum zuzuordnen waren. Mit den „Grünen“ hielt ein Hauch von Anarchie Einzug in den (besonders innerhalb der CDU und in der Ära Adenauer vorherrschenden) leicht autoritären Stil der westdeutschen Demokratie, was der politischen Kultur in Deutschland sicherlich gut getan hat. Ideen der „Grünen“ wie Bürgerinitiativen, eine gemäßigte Form von zivilem Ungehorsam sowie ein starker Hang zum Infragestellen von Autoritäten (was die „Grünen“ exzessiv betrieben) wurden in gemäßigter Form Allgemeingut, und das sogar in den Reihen der CDU.

Die deutsche Demokratie gewann an Farbe und es entwickelte sich eine der interessantesten und stabilsten politischen Kulturen im demokratischen Teil Europas. Die Wiedervereinigung Deutschlands schien zunächst keine tiefgehenden Veränderungen mit sich zu bringen, auch wenn manche Ereignisse sie im Nachhinein angekündigt zu haben schienen. Die CDU feierte Triumphe, und zwar trotz der früher traditionellen Vorherrschaft der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (vor allem in Sachsen, dem bevölkerungsreichsten ostdeutschen Bundesland). „Grüne“ und Liberale waren die Verlierer. Die SPD schnitt zwar schlechter ab als erwartet, blieb jedoch zweitstärkste Partei.

Neu, wenn auch zunächst ohne größere Bedeutung, war die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die aus den Überresten der kommunistischen Regimepartei SED entstanden war. Mit der Zeit stellte sich heraus, dass sie über ein Viertel der ostdeutschen Wähler auf sich vereinigen konnte. Diese Tatsache versuchte man zunächst klein zu reden, indem die PDS als regionales, auf die ehemalige DDR beschränktes Phänomen dargestellt wurde. Es zeigte sich jedoch, dass die PDS auch Anhänger im Westen gewann und dass der linke Flügel der SPD anfang mit der PDS zu sympathisieren. Auf diese Weise kam es zur Gründung der neuen Linkspartei („Die Linke“). Es gelang ihr, 2006 in die Landtage von Hessen (5,1%, sechs Abgeordnete) und Hamburg

(6,6%, acht Abgeordnete) einzuziehen. Die Prognosen für die Bundestagswahl im Herbst 2009 gehen von über zehn Prozent für die „Linke“ aus, während die SPD nur mit Schwierigkeiten auf mehr als 25% kommt. Alles deutet darauf hin, dass nach den Wahlen 2009 nicht weniger als sechs Parteien im Bundestag vertreten sein werden. Dies erinnert eher an Italien als an das, wofür Deutschland bisher bekannt war.

In manchen ostdeutschen Bundesländern scheint die Situation noch komplizierter zu sein. Dort ist eine Partei im Landtag vertreten, die so weit wie keine andere vom Geist der deutschen Demokratie entfernt ist: die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD – Die Nationalen). In Sachsen kam sie bei der Landtagswahl 2004 auf ein Ergebnis von 9,2% (12 Abgeordnete) und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern auf 7,3% (6 Abgeordnete). Die NPD hat zwar keine Chancen auf einen Einzug in den Bundestag, es hat sich jedoch gezeigt, dass die Rechtsradikalen nach der Wiedervereinigung stärker sind als zuvor.

Die „Linke“ ist eine Partei, die sich an der Grenze dessen bewegt, was man als demokratischen „Konsens“ bezeichnet. Sie ist aus der früheren kommunistischen Partei hervorgegangen und zeichnet sich durch Populismus aus<sup>24</sup>, obwohl ihre Anhängerschaft merkwürdigerweise nicht nur aus Menschen besteht, die von der wirtschaftlichen Lage frustriert sind. Die größte Zustimmung erfährt die „Linke“ im Osten in der gehobenen Mittelschicht, im Westen hingegen in der unteren Mittelschicht.<sup>25</sup> Die NPD steht ohne jeden Zweifel außerhalb des demokratischen Konsens'. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erreichen beide Parteien zusammen über 30%. Angesichts dieser Situation lässt sich nur schwer behaupten, dass die demokratische Kultur in Deutschland Fortschritte macht. Ebenso schockierte Peter Sodann, der Kandidat der „Linken“ für das Amt

---

<sup>24</sup> Vgl. Tilman Mayer: *Linkspopulismus als Herausforderung. Zum demagogischen Abschöpfen von Ressentiments*. In: Die politische Meinung, 2008, Nr. 8, S. 15-18.

<sup>25</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht 41/2008: *Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten*. In: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/89386/08-41-3.pdf>.

des Bundespräsidenten, mit einigen Äußerungen. So behauptete er, die Meinungsfreiheit werde im heutigen Deutschland ähnlich wie in der DDR unterdrückt, denn in der DDR habe man nichts gegen den Staat sagen dürfen und jetzt, im Kapitalismus, habe niemand den Mut seinen Arbeitgeber zu kritisieren. Über die Demokratie in Deutschland sagt er, sie sei „beschädigt“ und behauptet sogar, dass Deutschland kein demokratischer Staat sei. Er selbst sei überzeugter Kommunist.<sup>26</sup>

Man sollte an dieser Stelle nicht in das Klischee verfallen, die Deutschen seien nur an der Oberfläche Demokraten. Die deutsche Demokratie ist in keiner Weise bedroht, wie es auch die französische durch Le Pen nicht war. Nichtsdestotrotz ist die gegenwärtige Situation Ausdruck von schwerwiegenden Problemen und Frustrationen, die die deutsche Gesellschaft durchmacht.

Die Deutschen sind eine Gesellschaft, die heute nicht erwartet, dass die Zukunft etwas Besseres für sie bereithält. Sie verhält sich, als ob sie ihre besten Jahre bereits hinter sich hätte und sich nichts mehr wünsche, als ihren Besitzstand zu wahren. Eine positive Zukunftsvision ist in Deutschland heute keine Motivation zum Handeln. Dies erhöht die Frustrationswahrscheinlichkeit und damit auch die Chancen solcher Parteien wie der „Linken“ oder der NPD.

Bei all dem ist festzuhalten, dass das Entstehen neuer Parteien oder auch deren neue Aktivität nur insofern zu einem Problem für eine stabile politische Kultur wird, als der Mythos von zwei großen Volksparteien, die bei der Regierungsbildung tonangebend für die jeweiligen Koalitionen sind, dahinschwindet. Heute ist die politische Szene in Deutschland für die Bürger wesentlich unberechenbarer, und zwar vor allem hinsichtlich ihrer Bereitschaft verschiedene Koalitionen zu bilden. Dies trägt wiederum nicht zur Stabilisierung der politischen Kultur in Deutschland bei. CDU und SPD klagen über Mitgliederschwund. Dieser Prozess hat bereits Anfang der 90er Jahre begonnen – beide Parteien verlieren jährlich etwa 24 000 Mitglieder – und der Negativtrend lässt sich nicht aufhalten. Die SPD hatte Anfang der 90er Jahre über 900 000 Mitglieder, heute

---

<sup>26</sup> <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1968215>, 24.10.2008.

sind es nur noch 529 994. Die CDU zählte früher über 700 000 Mitglieder, heute nur noch 530 755.

In der deutschen Publizistik sowie in Kommentaren taucht immer wieder die Frage auf, ob der Niedergang der Volksparteien nicht eine Bedrohung für die deutsche Demokratie darstelle.<sup>27</sup> Die Antworten hierauf fallen unterschiedlich aus. Es scheint jedoch, als ob die Öffentlichkeit in Deutschland nicht auf ein Fünfparteiensystem vorbereitet wäre, in dem jede Partei mit jeder eine Koalition eingehen könnte. Ein solch chaotischer Zustand entspricht nicht den deutschen Vorstellungen von Demokratie, von der man v. a. Stabilität erwartet und bestimmt keine aus endlosen Taktierereien resultierenden Unsicherheiten.

Grundlegende Bedeutung hat dieses Problem für die SPD, die sich um jeden Preis von der populistischen „Linken“ abzugrenzen versucht, um sie so zu marginalisieren. Gleichzeitig scheint es schlicht unvermeidbar danach zu fragen, wer nach den Bundestagswahlen 2009 mit wem eine Koalition eingeht und ob dann die SPD nicht zu einem Flirt mit der „Linken“ gezwungen sein wird.

Der Wandel auf der politischen Bühne Deutschlands, besonders das Aufkommen des Populismus in Gestalt der „Linken“, kann erheblichen Einfluss auf den außenpolitischen Kurs Deutschlands haben. Diese Situation sollte Polen dazu veranlassen, die Veränderung der Parteienlandschaft in Deutschland aufmerksam zu verfolgen und seine Meinung hierzu zu äußern. Dies wäre vollkommen normal. Deutsche Publizisten kommentieren überaus kritisch die polnische Innenpolitik und haben auch das Recht dazu. Die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Staaten innerhalb der EU rechtfertigt ein solches Interesse. Im Bewusstsein um die Rolle und den Einfluss seines deutschen Nachbarn sollte Polen dessen Innenpolitik kommentieren. Dabei sollte es sich davor hüten in Stereotype zu verfallen, jedoch offen seine Befürchtungen äußern, wo immer dies angebracht erscheint.

---

<sup>27</sup> Vgl. *Niedergang der Volksparteien – Gefahr für die Demokratie*. In: *Die Zeit*, 2008, Nr. 42.

## Ein „kleineres“ Deutschland in einer „größeren“ Welt

Deutschland konnte sich im Jahr 1900 zu Recht für eine Weltmacht oder zumindest für einen ernst zu nehmenden Anwärter auf eine solche Stellung halten. Die deutsche Wirtschaft war kaum schwächer als die Großbritanniens und befand sich in einer Phase rasanten Wachstums. Zudem war das deutsche Inlandsprodukt fast halb so groß wie das der Vereinigten Staaten. Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, sah die Lage ähnlich aus: Deutschland hatte weiter zu Großbritannien aufgeschlossen, auch wenn die Vereinigten Staaten davongezogen waren. Dabei ist zu bedenken, dass die europäische Wirtschaft einen Großteil der Weltwirtschaft ausmachte und Deutschland somit aufgrund seiner starken Position in Europa auch weltweit eine führende Position innehatte.

Das Ende des Ersten Weltkriegs bringt eine erste ernsthafte Erschütterung mit sich. Schaut man sich die wirtschaftliche Leistung an, so verliert Deutschland den Krieg nicht nur in militärischer und politischer Hinsicht, sondern auch in wirtschaftlicher. Der Abstand zu Großbritannien wird größer, ganz zu schweigen davon, dass die USA die europäischen Staaten immer weiter hinter sich lassen.

1939 – in dem Jahr, in dem der Zweite Weltkrieg ausbricht – zieht Deutschland wirtschaftlich an Großbritannien vorbei, was den Nationalsozialisten Grund zu der Annahme gegeben haben könnte, der Krieg sei zu gewinnen. Sollte es dieses Kalkül gegeben haben, so war es mit Sicherheit falsch, da sich die Vereinigten Staaten inzwischen zu einer Supermacht entwickelt und die Distanz zu allen anderen Ländern vergrößert hatten.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Situation dann klar: Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist fünfmal so stark wie die Deutschlands. Diese Proportion bleibt trotz des Wirtschaftswunders in den 50er und 60er Jahren und trotz der späteren Wiedervereinigung so bestehen. Dies bedeutet, dass auf jede Einheit an Wirtschaftswachstum in Deutschland fünf Einheiten in den Vereinigten Staaten kommen.



Tabelle: Vergleich des Inlandsprodukts der Vereinigten Staaten, Deutschlands, Großbritanniens und Chinas in *Geary-Khamis-Dollar*

|                                   | 1900      | 1914    | 1918    | 1939                   | 1945                 | 1960      | 1989       | 2000       |
|-----------------------------------|-----------|---------|---------|------------------------|----------------------|-----------|------------|------------|
| Deutschland                       | 154.538   | 202.207 | 194 612 | 374 577                | 302 547              | 558 487   | 1 302 212  | 1 560 098  |
| Großbritannien                    | 184 861   | 226 864 | 254 268 | 300 539                | 347 035              | 452 768   | 940 908    | 1 199 910  |
| USA                               | 312 499   | 477 545 | 593 956 | 862 995                | 1 664 761            | 2 094 396 | 5 703 521  | 8 079 587  |
| China                             | 218 154   | –       | –       | 288 653 <sup>a</sup>   | 244 773 <sup>b</sup> | 441 694   | 2 016 813  | 6 187 983  |
| Weltweit                          | 1 973 681 | –       | –       | 4 502 584 <sup>c</sup> | –                    | 8 434 827 | 26 582 910 | 36 692 660 |
| Deutschland im Vergleich zur Welt | 1:12      |         |         | 1:12                   |                      | 1:15      | 1:20       | 1:23       |

<sup>a</sup>Angaben für 1938. Für 1939 keine Angaben vorhanden.

<sup>b</sup>Angaben für 1950. Für 1945 keine Angaben vorhanden.

<sup>c</sup>Angaben für 1940. Für 1939 keine Angaben vorhanden.

Quelle: Historical Statistics for the World Economy: 1-2006 AD (<http://www.ggd.net/maddison/>)

Die beiden Kriege, die es geführt und von denen es den zweiten begonnen hatte, hatten Deutschland um die Chance gebracht, eine Großmacht zu sein. Zwar kamen im Vorfeld der Wiedervereinigung manche Ängste auf, dass Deutschland erneut zu mächtig werden könnte, da die deutsche Wirtschaft nun zusätzlich über die Ressourcen Ostdeutschlands verfügte. Nichts dergleichen ist jedoch eingetreten. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 1988 für Ost- und Westdeutschland zusammen 1,26 Billionen Dollar und drei Jahre später, als die Einheit bereits vollzogen war, 1,36 Billionen Dollar, was einen nur geringen Anstieg bedeutet. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wuchs im selben Zeitraum um 0,47 Billionen, was in absoluten Zahlen ein fast fünfmal so hohes Wachstum wie in Deutschland bedeutet. Durch die Wiedervereinigung ist die deutsche Wirtschaft nicht nur nicht stärker geworden, sondern sie wurde – wie bereits erwähnt – in gewisser Weise sogar geschwächt. Den enormen Außenhandelsüberschuss, auf den die Bonner Republik so stolz gewesen war, verschlang der Aufbau Ost – ein Aufbau, der sich zudem als wirkungslos herausstellte. Die nach Ostdeutschland gepumpten Milliarden hatten eine gigantische Investition sein sollen, doch sie brachten nicht den erwarteten Gewinn. Die deutsche Wirtschaft trat in eine Phase stark verlangsam-

ten, an Stagnation grenzenden Wachstums ein, dessen unangenehme Folgen die Deutschen noch heute spüren.

Dennoch ist es verwunderlich, dass die OECD in ihrem neuesten Armutsbericht Deutschland als ein Industrieland bezeichnet, in dem sich die Kluft zwischen Arm und Reich sehr schnell vertieft. Etwa 10% der Deutschen sind von Armut betroffen, unter der besonders die Kinder leiden. Die Mittelschicht in Deutschland fühlt sich in ihrer Existenz bedroht und zerrissen und wird dadurch auch weniger berechenbar.<sup>28</sup> Diese Äußerungen sind natürlich mit einer gewissen Distanz zu betrachten, da Deutschland nach wie vor eines der reichsten Länder der Welt ist.

Die Lage im Land, d.h. die wirtschaftliche wie auch die soziale Situation, ist zu einer Belastung für die deutsche Außenpolitik und ihre Stellung in der Welt geworden. Die wirtschaftliche Stagnation Ende der 90er Jahre hat unmittelbaren Einfluss auf die gesellschaftliche Stimmungslage gehabt, die von Zukunftsängsten beherrscht wird. Die Deutschen überlegen, wie sie ihren Wohlstand wahren können, wobei sie weitestgehend die Fähigkeit verloren haben, Visionen für die Zukunft zu entwerfen (wodurch sich u. a. ihre skeptische Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei erklären lässt). Das Hoffnungsreservoir in Form der europäischen Idee ist größtenteils aufgebraucht, wovon die große Skepsis gegenüber der EU-Osterweiterung zeugt<sup>29</sup>.

Europa verliert durch das schwächer werdende Deutschland. Schauen wir zurück: Um 1900 war der, der Macht in Europa hatte, auch mächtig in der Welt, denn Europa dominierte die Welt. Nach 1989 herrschte in Europa, was die Zukunft des Kontinents anging, für kurze Zeit grenzenloser Optimismus. Das von der sowjetischen Bedrohung befreite Europa begann sich vorzustellen, dass es seine frühere Machtposition wieder erlangen würde

---

<sup>28</sup> Siehe dazu: Franz Walter: *Warum der Union die Wähler weglaufen*. In: Spiegel online, 22.10.2008, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,585270,00.html>.

<sup>29</sup> Man muss sich vor Augen führen, dass Polen, wenn Deutschland ein Referendum zur Frage der Erweiterung der Europäischen Union hätte durchführen müssen, nicht Mitglied der EU geworden wäre. Ein großer Teil der Deutschen war gegen die Erweiterung.

– wieder würde es ein *super global player* sein, nur dass es dieses Mal nicht die Sünde des Kolonialismus begehen würde. Diese Hoffnung währte jedoch nur für kurze Zeit. Bereits Ende der 90er Jahre war offensichtlich, dass die vom Ost-West-Konflikt befreite Weltwirtschaft in Schwung kommt, dass aber der Motor hierfür nicht Europa ist.

In Korea, Thailand und sogar in Vietnam befindet sich die Wirtschaft allmählich auf einem Niveau, das mit dem europäischer Länder vergleichbar war. Ganz zu schweigen von China, das noch in den 50er Jahren eine Randfigur der Weltwirtschaft gewesen war und mit den Folgen der Experimente von Maos „*Großem Sprung*“ zu *kämpfen hatte*. Nun aber begann es sich mit ungeahnter Schnelligkeit zu entwickeln und konnte aufgrund seiner fast eine Milliarde Menschen zählenden Bevölkerung auf ein schier unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften zurückgreifen. Heute ist die chinesische Wirtschaft dreimal so stark wie die deutsche, auch im Exportbereich.

Das Potenzial eines Landes kann man jedoch nicht nur anhand des Zustands seiner Wirtschaft messen. Ein weiteres wichtiges Kriterium sind, wie bereits erwähnt, die demografischen Veränderungen. Diesen Aspekt erneut in Erinnerung zu rufen, lohnt allein schon deshalb, um zu zeigen, welche demografischen Veränderungen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern vorhergesagt werden.

Anhand der folgenden Statistik wird deutlich, dass sowohl Frankreich als auch Großbritannien mehr Einwohner haben werden als Deutschland. Deutschland wird bis 2060 im Vergleich zum Jahr 2005 acht Mio. Einwohner verlieren, während die Bevölkerung Frankreichs um 10,4 Mio. und die Großbritanniens um 13,6 Mio. Einwohner wachsen wird.

Aus den demografischen Daten ziehen einige deutsche Kommentatoren sehr weit reichende und pessimistische Schlüsse. So stellt der deutsche Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid fest, dass die demografische Situation in Deutschland im Prinzip katastrophal sei und sich de facto auch nicht verbessern werde. Die Größe der einheimischen Bevölkerung werde bis Ende des 21. Jahrhunderts auf 40 Mio. zurückgehen und die entstandene

Tabelle: Vergleich der demografischen Entwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen

|                | 1950      | 2005      | 2030      | 2050      | 2060      |
|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Deutschland    | 68,3 Mio. | 82,4 Mio. | 81,4 Mio. | 77,8 Mio. | 74,4 Mio. |
| Frankreich     | 41,8 Mio. | 60,6 Mio. | 65,6 Mio. | 69,8 Mio. | 71 Mio.   |
| Großbritannien | 50,1 Mio. | 60,4 Mio. | 65,6 Mio. | 72 Mio.   | 74 Mio.   |
| Italien        | 47,1 Mio. | 58,1 Mio. | 61,4 Mio. | 62 Mio.   | 61,2 Mio. |
| Polen          | 24,8 Mio. | 38,5 Mio. | 37,9 Mio. | 35,2 Mio. | 33,2 Mio. |

Quelle: Maddison für die Jahre 1950 und 2005 (<http://www.ggd.net/maddison/>); Eurostat für die folgenden Jahre ([http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF\\_TB\\_population&root=REF\\_TB\\_population/t\\_popula/t\\_proj/tps00002](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF_TB_population&root=REF_TB_population/t_popula/t_proj/tps00002), 15.10.2008)

Lücke werde nicht nur durch direkte Migration aufgefüllt, sondern auch durch die demografische Dynamik der Migranten. Auch merkt er an, dass Bevölkerungsrückgang ab einem gewissen Grad ein ernstes ökonomisches Problem darstelle, das wirtschaftliche Entwicklung unmöglich macht. Ab 2010 werde es in Deutschland spürbar an den benötigten Arbeitskräften und an Personal fehlen. Die Vorstellung, dass eine niedrigere Bevölkerungszahl durch eine höhere Produktivität ausgeglichen werden könne, sei dann nicht zutreffend, wenn der Bevölkerungsrückgang so rasch erfolge, wie es für Deutschland vorhergesagt werde.<sup>30</sup>

Das demografische Problem, das in Deutschland so deutlich zu spüren ist<sup>31</sup> und das mit großer Wahrscheinlichkeit auch seine wirtschaftliche Situation beeinflussen wird, ist jedoch ein Problem für ganz Mitteleuropa und somit auch für Polen. Zwar ist das Europa der EU größer geworden, doch bezüglich Wirtschaft und Bevölkerung verlagert sich sein Zentrum paradoxerweise tenden-

<sup>30</sup> Vgl. Josef Schmid: *Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahr 2050*, hier v. a. das Kapitel *Deutschland und die Entwicklung der Weltbevölkerung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52-53/1999, S. 12-22.

<sup>31</sup> *Population of Germany Today and Tomorrow 2002-2050*. Federal Statistical Office of Germany.

ziell nach Westen. Mitteleuropa entvölkert sich in sehr hohem Maße. Deutschland befindet sich in dem Teil der Europäischen Union, der im Vergleich zum Westteil des Kontinents zu verfallen droht. So gesehen kann die zentrale Lage Deutschlands in Frage gestellt werden, wenn der östliche Teil des Kontinents keine entsprechende Bedeutung mehr haben wird. Auch wenn ganz Europa von schwerwiegenden demografischen Problemen betroffen ist, so sind doch die Schwierigkeiten nicht gleichmäßig verteilt. Der östliche Teil der EU hat wesentlich mehr Probleme dieser Art als der westliche und die Vorhersagen auf diesem Gebiet sind recht deutlich<sup>32</sup>: In Frankreich, Spanien oder Großbritannien wird die Bevölkerungszahl allmählich zunehmen, in Deutschland wird sie, ähnlich wie in Polen, Tschechien, Ungarn oder Bulgarien, sinken. Wenn die EU im Hinblick auf die demografische Entwicklung klar in Ost und West geteilt ist, dann liegt Deutschland diesem Kriterium zufolge in ihrem östlichen Teil.

Nach wie vor ist Deutschlands Wirtschaft eine der leistungsfähigsten der Welt und sein politischer Einfluss außerordentlich groß. Die Bedeutung und das Potenzial Deutschlands vor hundert Jahren lassen sich jedoch nur schwer mit dem von heute vergleichen. Im Laufe eines Jahrhunderts ist die Welt wesentlich größer und Deutschland wesentlich kleiner geworden. Wie Piotr Buras treffend feststellt:

[...] in der Außenpolitik Deutschlands sind Anzeichen von Verlorenheit zu sehen, die daher kommt, dass die bisherigen Axiome der Politik – Multilateralismus, „Westanbindung“ und das Ablehnen von Gewalt – keine ausreichenden Lösungsansätze für reale Probleme auf internationaler Ebene mehr liefern. Wenn es in dieser Politik irgendeine Leitlinie gibt, dann ist dies nicht das Streben nach größtmöglichem Einfluss, sondern das Füllen von alten Fässern mit neuem Wein.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Statistische Daten nach Eurostat: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF\\_TB\\_population&root=REF\\_TB\\_population/t\\_popula/t\\_proj/tps00002](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=REF_TB_population&root=REF_TB_population/t_popula/t_proj/tps00002), 15.10.2008.

<sup>33</sup> Piotr Buras: *Europejskie Niemcy czy niemiecka Europa?* In: *Gazeta Wyborcza*, 09.06.2007.

Dabei muss man jedoch betonen, dass es in Deutschland ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Herausforderungen gibt, vor denen das Land steht, und wie es scheint, ist dieses Bewusstsein wesentlich größer als in Polen. Alarmierende Buchtitel wie „*Deutschland – Ende eines Superstars*“ sind nicht nur ein Beweis dafür, dass sich die Position Deutschlands ändert, sondern auch dafür, dass sich die Deutschen dieser Prozesse bewusst sind. Da die deutsche politische Gemeinschaft die Gefahren kennt und diskutiert, wird sie bestimmt auch angemessen auf diese reagieren. Doch wie wird sich Polen verhalten?

Auch muss man betonen, dass sich Deutschland wie schon zu früheren Zeiten seiner geopolitischen Lage überaus bewusst ist. Während sich das geopolitische Bewusstsein in Polen lange auf die Feststellung beschränkte, dass man zwischen Russland und Deutschland lag, wurden in Berlin weltweite geopolitische Strategien berücksichtigt.

Die Neupositionierung angesichts der wachsenden Herausforderungen erfolgt über die EU, allerdings die mit 27 Mitgliedern, also einschließlich Polens. Selbst der alte Grundsatz der deutschen Außenpolitik, d.h. das partnerschaftliche und gute Verhältnis zu Russland, hat sich geändert, v.a. nach dem Georgienkonflikt. Gerade Polens Stimme war hierbei nicht unbedeutend.

Das verhältnismäßig schwächer werdende Deutschland – und dafür gibt es viele Anzeichen – wird gezwungen sein, seine Position in Europa zu überdenken. In dieser Situation stellt sich die Frage, wohin es sich wenden wird. Eine Möglichkeit ist, dass es die Verständigung mit Mitteleuropa sucht, insbesondere mit Polen. Die sich dynamisch entwickelnden Wirtschaften der mitteleuropäischen Länder würden Deutschland mehr Chancen eröffnen, seine gegenwärtige zentrale Position in Europa zu bewahren.

Deutschland ist sich sowohl seiner Schwäche als auch seines enormen Potenzials bewusst. Ob es jedoch gewillt sein wird, seine Schwäche durch eine Intensivierung der Kontakte zu Polen auszugleichen, wird in Deutschland heute noch nicht diskutiert. Vielleicht

sollte diese Frage aber, in angemessener Form, von Polen gestellt werden. Zu diesem Zweck wird man auch in Polen eine Debatte über globale Herausforderungen führen müssen, d.h. über die sich aus dem demografischen Kollaps ergebenden Risiken und seine wirtschaftlichen Folgen sowie über die Möglichkeiten, diese Probleme zu bewältigen. Ebenso wird man die Strategien für die Zusammenarbeit mit Deutschland überdenken müssen.

Trotz der pessimistischen Stimmungslage verfügt Deutschland weiterhin über großen Ehrgeiz und ebensolche Möglichkeiten. Mit ‚großem Ehrgeiz‘ sind hier nicht hegemoniale Bestrebungen gemeint, sondern das in Deutschland ausgeprägte Bewusstsein für seine geopolitische Lage und sein politisches wie wirtschaftliches Potenzial, v.a. aber für seinen guten Ruf in der Welt. Das Paradox der deutschen Politik besteht jedoch darin, dass sie in dem Maß wie dieser Ehrgeiz wächst, auch stärker auf die Europäische Union angewiesen sein wird. Dafür, dass die Europäische Union für Deutschland eben diese Rolle eines Verstärkers seines Ehrgeizes übernimmt, wird Deutschland Bündnisse benötigen, und zwar nicht mehr nur mit Frankreich oder Großbritannien, sondern ebenso mit Polen. Nur so kann es eine multipolare Ordnung auf internationaler Bühne miterichten, ohne bei anderen Ländern Befürchtungen zu wecken.<sup>34</sup>

## **Deutsch-polnische Asymmetrie (und bis wohin geht sie?)**

Das Wort „Asymmetrie“ ist im deutsch-polnischen Dialog zu einem Begriff geworden, der einerseits die Wirklichkeit widerspiegelt, andererseits aber eine bestimmte Art der Interpretation der bilateralen Beziehungen und des Denkens über sie vorwegnimmt. Natürlich lässt sich nur schwer bestreiten, dass Deutschland ein viel reicheres Land ist als Polen. Der Begriff der Asymmetrie lässt sich somit nicht vermeiden, doch darf man ihn auch nicht über Gebühr strapazieren. Daher soll die Frage gestellt werden, wie groß der Unterschied zwischen Deutschland und Polen tatsächlich ist. In Polen wird häufig die

---

<sup>34</sup> Vgl. Carlo Masala: *Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen – und Sicherheitspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2008, Nr. 43.

Meinung vertreten, die deutsche Wirtschaft sei acht oder sogar zehn Mal so leistungsfähig wie die Polens und überhaupt sei Deutschland eine Großmacht und Polen nur ein armes, kleines Land. Eine solche Sichtweise ist für Polen wenig vorteilhaft, denn sie stellt abstrakte, so nicht existierende Unterschiede übertrieben groß dar.

Daher ist bei der Analyse des jeweiligen Potenzials von Deutschland und Polen ein nüchterner Blick auf die Statistik angebracht. Natürlich ist auch diese nicht frei von einer leicht verzerrten Sicht der Wirklichkeit, aber sie stellt einen Versuch dar, diese zu objektivieren.

Betrachtet man die Bevölkerungszahlen von Deutschland und Polen im Verlauf der letzten Jahre, so ist das demografische Potenzial beider Länder recht beständig und beträgt annähernd 1:2. Die bereits erwähnten demografischen Prognosen deuten darauf hin, dass dieses Verhältnis gleich bleibt.

Tabelle: Bevölkerung Deutschlands und Polens im Zeitraum 1929-2008 (in Tausend)

|   | 1929   | 1938   | 1950   | 1970   | 1989   | 2000   | 2008   |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Deutschland   | 64 739 | 68 558 | 68 375 | 77 783 | 78 645 | 82 188 | 82 370 |
| Polen   | 27 856 | 31 062 | 24 824 | 32 778 | 37 970 | 38 654 | 38 501 |
| Bevölkerungs-<br>potenzial Polens<br>in Bezug auf das<br>Deutschlands | 42%    | 45%    | 36%    | 42%    | 48%    | 47%    | 47%    |

Quelle: Maddisson (<http://www.ggd.net/maddison/>) (15.10.2008)

Genauso ist die anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Deutschland und Polen ein wesentliches Kriterium bei der Bewertung des Potenzials beider Länder.

Das Verhältnis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu der Polens beträgt 1:5 und – wie sich hieraus leicht berechnen lässt – das des Lebensstandards 1:2,4. Deutschland hat bei doppelt so vielen Einwohnern eine fünfmal so starke Wirtschaft und erfreut sich doppelt so hoher Erträge wie Polen. Man muss jedoch hinzufügen, dass Polen seit 1989 dabei ist, den Abstand auf Deutschland, der dem wirtschaftlichen Kollaps der 80er Jahre zuzuschreiben ist, deutlich zu verringern. Im Jahre 2008 betrug in Polen



Tabelle: Bruttoinlandsprodukt in *Geary-Khamis-Dollar*

|   | 1929    | 1938    | 1950    | 1970    | 1989      | 2000      | 2006      |
|---|---------|---------|---------|---------|-----------|-----------|-----------|
| Deutschland   | 262 284 | 342 351 | 265 354 | 843 103 | 1 302 212 | 1 556 928 | 1 647 840 |
| Polen   | 58 980  | 67 788  | 60 741  | 144 018 | 215 815   | 282 517   | 349 681   |
| Verhältnis<br>des BIP von<br>Deutschland<br>und Polen | 22%     | 19,5%   | 22%     | 17%     | 16,5%     | 18%       | 21%       |

Quelle: Maddisson (<http://www.ggd.net/maddison/>) (20.10.2008)

ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 57,5% des europäischen Durchschnitts, in Deutschland von 115,8%, während es noch vor zehn Jahren in Polen bei 47,9% des europäischen Mittels und in Deutschland bei 122,7 % gelegen hatte.<sup>35</sup>

Rufen wir uns noch die Daten einer anderen Quelle in Erinnerung, und zwar die Statistiken, die alljährlich von der renommierten britischen Wochenzeitschrift „The Economist“ veröffentlicht werden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug demnach 2007 in Deutschland 70% des Bruttoinlandsprodukts der Vereinigten Staaten, während es in Polen 33,1% waren. Auch dies ergibt ein Verhältnis von etwa 1:2.<sup>36</sup>

In manchen Fällen ist die Situation noch differenzierter. Vergleicht man eines der reichsten deutschen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg mit Ermland-Masuren, der ärmsten polnischen Woiwodschaft, so erhält man ein Verhältnis von 1:10. Wenn wir jedoch umgekehrt das Bruttoinlandsprodukt von Mecklenburg-Vorpommern (dem ärmsten deutschen Bundesland) anhand der Kaufkraft mit dem der Woiwodschaft Masowien (der reichsten in Polen) vergleichen (BIP – KKP), dann stellt sich heraus, dass die Woiwodschaft Masowien 71,8% des europäischen Durchschnitts erreicht und Mecklenburg 78,6%, also praktisch genauso viel. Diese Daten beziehen sich auf das Jahr 2006. Berücksichtigt man das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung (auch nach der Krise), so

<sup>35</sup> Statistische Daten nach Eurostat: (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb010&plugin=1>) (01.06.2009).

<sup>36</sup> „Pocket World in Figures“ 2008.

kann man davon ausgehen, dass 2008 Masowien Mecklenburg bereits überholt hat, wenn es um die Kaufkraft pro Kopf geht, d.h. die Menschen in Masowien können sich im Durchschnitt mehr leisten als die in Mecklenburg.

Dieser Vergleich wird noch durch ein weiteres Kriterium bestätigt. Dem vom Berliner „Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ erstellten Indikator für sozio-ökonomische Wachstumschancen zufolge haben gleich drei deutsche Regionen schlechtere Werte als die Woiwodschaft Masowien (3,92): Thüringen (4,04), Mecklenburg-Vorpommern (4,08) und Sachsen-Anhalt (4,17). Auf polnischer Seite sollte man daraus keine allzu weit reichenden Schlüsse ziehen, da alle übrigen polnischen Regionen einen schlechteren Wert aufweisen. Dennoch sieht man an diesem Beispiel, dass die deutsch-polnische Asymmetrie dynamisch und bisweilen auch detailliert betrachtet werden sollte.<sup>37</sup>

Das Potenzial eines Landes kann auch anhand des Bildungsniveaus seiner Einwohner gemessen werden. Wie fällt ein Vergleich zwischen Deutschland und Polen mit Blick auf die „Wissensgesellschaft“ aus?

1989 besaßen gerade einmal 7% der Polen einen Hochschulabschluss, was einer der niedrigsten Werte in Europa war und gleichzeitig das traurige Erbe der Volksrepublik. Mit der Systemtransformation ging in Polen ein wahrer Bildungsboom einher: seit Mitte der 90er Jahre studieren etwa 40% der 19-24-Jährigen an Hochschulen und auch viele ältere Menschen nehmen ein Studium auf. Die Zahl der Hochschulabsolventen steigt stetig. Zurzeit verfügen etwa 17% der Polen über ein abgeschlossenes Studium (Bachelor oder Master), in Deutschland sind es 22%. Der Abstand zwischen beiden Ländern hat sich deutlich verringert, und diese Tendenz setzt sich weiter fort<sup>38</sup>. Im Studienjahr 2006/2007 kamen in Polen auf

---

<sup>37</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: *Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern*. S. 17.

<sup>38</sup> Interessant sind die Daten zur Bildungsstruktur der Erwerbstätigen. 22% der berufstätigen Polen verfügen über einen Hochschulabschluss (Bachelor oder Master), in Deutschland sind dies 25%. Der Bevölkerungsanteil derer, die lediglich einen Hauptschulabschluss haben, beträgt in Deutschland und Polen 15% bzw. 10%, der Anteil der Beschäftigten mit Abitur ist hingegen in Polen

38,165 Mio. Einwohner 1 941 400 Studierende, in Deutschland waren es 1 974 000 bei einer Einwohnerzahl von 82,469 Mio., Tendenz in beiden Ländern fallend<sup>39</sup>. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hat Polen somit doppelt so viele Studierende wie Deutschland.

Die Bildungsstatistik ist jedoch nicht alles: Es stellt sich zudem noch die Frage der Qualität, und diese lässt sich wesentlich schwerer vergleichen – besonders schwer auf dem Hochschulsektor. Es liegt in der Natur der Dinge, dass aufgrund der rasanten Entwicklung des polnischen Hochschulwesens die Qualität der Lehre nicht überall so ist wie an der Universität Warschau oder der Jagiellonen-Universität in Krakau. Zahlreiche Privathochschulen sind gegründet worden, gegenüber denen tief greifende Vorbehalte bestehen. Auch ist es schwierig, einen allgemeinen Vergleich beider Länder vorzunehmen, der sich jeweils auf das gesamte Land bezieht. Bekanntlich genießen einige Hochschulen ein besonders hohes Ansehen, während andere als provinziell gelten. So finden sich z. B. im 2008 erstellten *Academic Ranking of World Universities* 24 deutsche Hochschulen unter den 100 besten europäischen Universitäten, wobei die Ludwig-Maximilians-Universität München auf Platz 13 liegt. Es ist jedoch keine einzige polnische Hochschule vertreten, und die Karlsuniversität in Prag bildet mit Platz 100 das Schlusslicht.<sup>40</sup> Im weltweiten Vergleich des *Academic Ranking of World Universities* aus demselben Jahr belegen die Universität Warschau und die Jagiellonen-Universität Plätze zwischen dem zwei- und dem dreihundertsten, die Universität München ist wiederum auf Platz 55 zu finden.<sup>41</sup>

---

höher als in Deutschland. (68% und 59%). Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: *Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern*. S. 50-51.

<sup>39</sup> Vgl. „Der Fischer Weltalmanach 2008“. Nach Informationen der Polnischen Agentur für Information und Auslandsinvestitionen „verfügt Polen über eine der am besten ausgebildeten Gesellschaften in Europa. Es gibt 126 staatliche Hochschulen, darunter 17 Universitäten und 22 Technische Hochschulen sowie 301 nichtstaatliche Hochschulen. Sie beschäftigen über 100 000 Wissenschaftler, von denen die Hälfte einen Dokortitel hat“.

<sup>40</sup> [http://www.arwu.org/rank2008/ARWU2008\\_TopEuro\(EN\).htm](http://www.arwu.org/rank2008/ARWU2008_TopEuro(EN).htm), 24.10.2008.

<sup>41</sup> [http://www.arwu.org/rank2008/Top500\\_EN\(by%20rank\).pdf](http://www.arwu.org/rank2008/Top500_EN(by%20rank).pdf), 24.10.2008.

Es gibt jedoch auf der Ebene der weiterführenden Schulen Wege, die Qualität der Bildung zu messen, und zwar anhand der alle drei Jahre durchgeführten PISA-Studien. Wie schneiden Deutschland und Polen hier ab? Deutschland belegt bei den naturwissenschaftlichen Fächern den 10. Rang, Polen hingegen den 22. Doch schon bei der Lesekompetenz liegt Polen auf dem 7. Platz und Deutschland auf dem 12. Gering ist der Unterschied auch im mathematischen Bereich: Polen belegt Platz 22, Deutschland Platz 16.<sup>42</sup> Das Niveau an weiterführenden Schulen ist in Polen demnach zwar etwas schlechter als das in Deutschland, es ist aber dennoch mit ihm vergleichbar.

Deutliche Unterschiede finden sich jedoch in anderen Bereichen. Bereits seit Jahren investiert Deutschland etwa 2,4% seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung, während Polen für diesen Zweck um die 0,5% ausgibt. Diese Situation hat u. a. Einfluss auf die Zahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt: 2005 hat Deutschland dort 22 219 Patente eintragen lassen, Polen hingegen nur 108. Dieser Unterschied mag wundern, wenn man sich die Zahl der Beschäftigten im Hochtechnologiesektor anschaut: in Polen sind dies etwa 5% aller Beschäftigten, in Deutschland sind es gerade mal doppelt so viele. Dieser Unterschied zeugt jedoch davon, wie effektiv die deutsche Wissenschaft organisiert ist sowie von der gelungenen Synergie zwischen Industrie und Forschung<sup>43</sup>, gerade im Technologiesektor. In einem 2008 erstellten internationalen Ranking zur Innovationsfähigkeit belegt Deutschland den 8. Platz<sup>44</sup>, Polen wird gar nicht aufgeführt. Bei einem Vergleich der Länder der Europäischen Union liegt Deutschland auf Platz 4, Polen hingegen auf Platz 23.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> <http://www.pisa.oecd.org/dataoecd/59/10/39731064.pdf>, 24.10.2008.

<sup>43</sup> Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge ist Deutschland nach den USA der attraktivste Standort für wissenschaftliche Forschungsarbeit: *Deutschland zweitgrößter Forschungsstandort für multinationale Unternehmen*. <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/82520/08-18-1.pdf>, 10.11.2008.

<sup>44</sup> DWI-Wochenbericht: *Rückstand bei der Bildung gefährdet Deutschlands Innovationsfähigkeit*. <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/90374/08-46-1.pdf>, 13.11.2008.

<sup>45</sup> Henning Vöpel: *Wie innovationsfähig ist Deutschland? - Ein Gesamtindikator zur Messung der Innovationsfähigkeit*. In: HWWI Research Paper 1-9, Hamburg 2007.

Führt man sich diese differenzierten Statistiken aus Wirtschaft und Bildung vor Augen, so kann man sagen, dass beiden Seiten ein ähnlicher Wahrnehmungsfehler unterläuft. Deutsche halten sich im Vergleich zu Polen generell für wesentlich stärker, als sie es tatsächlich sind, Polen hingegen glauben, sie seien verglichen mit den Deutschen wesentlich schwächer als in Wirklichkeit. Die Asymmetrie zwischen den Potenzialen Deutschlands und Polens ist groß, obwohl sie sich in vielerlei Hinsicht verringert. Man sollte sich jedoch vor Stereotypen hüten, wenn man von der Asymmetrie spricht und sie berücksichtigt, und sollte stattdessen reale Proportionen messen.

Die grundlegende Frage, die mit der Asymmetrie verbunden ist, lautet, ob und wie schnell sich diese verringern wird<sup>46</sup>. Die wichtigste Motivation, die Staaten – so auch Polen – für ihren Beitritt zur EU haben, war und ist der zivilisatorische Fortschritt, d.h. das Aufholen von Rückständen, die die Folge von historischen Irrtümern waren. Auf Deutschland hingegen lasten demografische Probleme und Schwierigkeiten, die verbunden sind mit der Transformation der neuen Bundesländer sowie des sozialen Wohlfahrtsstaates, der sich wiederum schwer damit tut, sich an die Veränderungen einer modernen Wirtschaft anzupassen. Dieses Deutschland wird in wirtschaftlicher Hinsicht verhältnismäßig schwächer werden, was die Schlussfolgerung nahe legen würde, dass sich der Abstand und die Asymmetrie zwischen Deutschland und Polen weiter und vielleicht noch rascher verringern werden. Dies wird jedoch nur unter der Bedingung eintreten, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Polen genauso schnell fortschreiten wird wie im Moment und dass sie auch in Deutschland konstant bleiben wird. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler James K. Galbraith stellt die interessante Frage, ob die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages in einer Atmosphäre des Erfolgs oder aber der Enttäuschung stattfinden werden. Ein Erfolg war, dass sich das wirtschaftliche Niveau in den einzelnen

---

<sup>46</sup> James K Galbraith: *Maastricht 2042 and the Fate of Europe: Toward Convergence and Full Employment*. In: Levy Economics Institute Public Policy Brief, No. 87, November 2006. Auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert in: International Policy Analysis Unit, March 2007.

Ländern und Regionen der EU weitestgehend angeglichen hat; eine Niederlage wäre es, wenn die Unterschiede bestehen blieben oder sich sogar vergrößerten. Man geht davon aus, dass sich der gemeinsame Markt positiv auf das Angleichen des wirtschaftlichen Niveaus auswirkt, eine Garantie ist er hierfür jedoch nicht. Wenn man von einem niedrigen Niveau aus startet, wie dies Polen und die anderen neuen EU-Mitgliedstaaten aus Mitteleuropa tun, dann ist es relativ einfach, ein hohes Wirtschaftswachstum zu erarbeiten. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass es in diesem Teil Europas an langfristigen Wachstumsfaktoren wie dem Zugang zu neuen Technologien fehlt, und auf den Gebieten Demografie und Energieversorgung können hier ebenso ernste oder gar noch ernstere Probleme auftreten als in Deutschland. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Deutschlands Position schwächer wird, kann es sein, dass in einem solchen Fall der Abstand zwischen Deutschland und Polen nicht weiter schrumpft und sich ab einem gewissen Moment sogar stabilisiert oder erneut größer wird. Da die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger ist als die polnische, kann sie künftige Schwierigkeiten besser bewältigen. Es ist zu diesem Zeitpunkt jedoch kaum abzusehen, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise haben wird, die sowohl in Deutschland als auch in Polen die wirtschaftliche Entwicklung gebremst hat.

So gesehen wird die Frage nach der deutsch-polnischen Asymmetrie noch lange aktuell sein und einer Antwort harren.

## Versöhnungsprozess und Uneinigkeit

Die Erfolge der deutsch-polnischen Annäherung und Versöhnung sind offensichtlich. Die Politiker beider Länder treffen sich regelmäßig und der politische Dialog geht auch bei Meinungsverschiedenheiten ohne Unterbrechung weiter. Polen ist Mitglied der EU, die deutsch-polnische Grenze ist offen, die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich bestens. Es gibt Hunderte, wenn nicht Tausende von gesellschaftlichen Initiativen, die es Deutschen und Polen ermöglichen, sich besser kennen zu lernen und miteinander zu kooperieren. So konnten z. B. dank des Deutsch-Polnischen Jugendwerks 1,8 Mio. junger Deutscher und Polen finanzielle Unterstützung für einen Besuch im jeweiligen Nachbarland erhalten.<sup>47</sup> Zudem bestehen über 600 Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern, die ein solides Fundament dafür bilden, den Nachbarn näher und intensiver kennen zu lernen. Hinzu kommen die Europa-Universität Viadrina mit dem Collegium Polonicum und die Jugendbegegnungsstätte in Kreisau<sup>48</sup> – all dies sind sichtbare Zeichen für die deutsch-polnische Annäherung. Kein vernünftiger Mensch kann diese Errungenschaften bestreiten oder ihre nicht nur historische Bedeutung in Frage stellen.

Polen hatte sich Anfang der 90er Jahre für den Weg des Dialogs mit Deutschland entschieden, was einer der Hauptgründe für den polnischen Erfolg gewesen ist. In anderen Teilen des sich auflösenden Ostblocks hatte dieser Wille zum Dialog bisweilen gefehlt, was oft zu Misserfolgen führte. Dabei hatten sich die Anfänge durchaus schwierig gestaltet. Polen war sich der bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands bewusst gewesen und fürchtete vor allem um die Garantie seiner Westgrenze. Das geteilte Deutschland wiederum war

<sup>47</sup> Geschäftsbericht des Deutsch-Polnischen Jugendwerks für das Jahr 2007.

<sup>48</sup> Gemeint ist die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

weder für die Teilnahme Polens an den „2+4“-Verhandlungen noch für eine abschließende Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze, wobei es sich ausschließlich von innenpolitischen Beweggründen leiten ließ, nicht aber vom deutsch-polnischen Dialog.

Das romantisch-deterministische Gespräch Polens mit Deutschland wurde schnell zu einem pragmatischen Dialog, dessen Form stark davon geprägt war, dass beide Seiten für die Erweiterung der Europäischen Union waren. Polen wollte ihr beitreten, die Deutschen wollten sie erweitern, um statt an ihrer Peripherie in ihrem Zentrum zu liegen. Nachdem jedoch beide Länder das angestrebte Ziel erreicht hatten, erschöpfte sich mit der Zeit diese Dialogformel<sup>49</sup>. Es stellte sich heraus, dass der Beitritt Polens zur EU (und zur NATO) die bilateralen Probleme nicht gelöst hatte, die bis dahin nicht im Vordergrund gestanden hatten und die beiden Seiten in gewisser Weise verbargen. Mehr noch: Die Mitgliedschaft Polens in der EU hatte „die unterschiedlichen Politikansätze in Berlin und Warschau noch besser sichtbar gemacht“<sup>50</sup>.

Erwartet hatte man Glorie und Normalität, nun jedoch legte sich auf alles ein Schatten und ein Gefühl von unerfüllter Hoffnung kam auf. Beide Seiten waren auf diese „doppelte Täuschung“ nicht vorbereitet<sup>51</sup>. 1989 hatte niemand vorhersehen können, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen entwickeln würden. Man war jedoch auf beiden Seiten stillschweigend von bestimmten Annahmen ausgegangen. Polen sollte Deutschland den Krieg vergeben, Deutschland wiederum Polen bei der Integration in den Westen helfen. Beide Seiten hatten genaue Aufgaben zugeteilt bekommen, die zu erledigen waren.

---

<sup>49</sup> Vgl. Basil Kerski, Wolf-Dieter Eberwein: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2005. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?* Olsztyn 2005; Piotr Buras: *Fatalizm nierównoczesności: elity Polski i Niemiec po rozszerzeniu Unii Europejskiej na Wschód*. In: Lena Kolarska-Bobińska, Mateusz Falkowski: *Polska – Niemcy – Francja. Wzajemne postrzeganie po rozszerzeniu UE*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2008, S. 69-100.

<sup>50</sup> Arbeitspapier 13 der Kopernikus-Gruppe: Deutschland, Polen und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

<sup>51</sup> *Eine doppelte Täuschung. Der polnische Ex-Botschafter Janusz Reiter über die schwierige deutsch-polnische Nachbarschaft*. In: Der Spiegel, 2008, Nr.2.



Auf polnischer Seite galt es, die programmatische deutschfeindliche Haltung zu überwinden, und zwar sowohl die überlieferte, ins 19. Jahrhundert zurückreichende („Solange die Welt besteht, *wird der Deutsche dem Polen nie Bruder sein*“), als auch diejenige, die vom Krieg herrührte. Deutschland wiederum sollte Polen bei seinen Bemühungen um die Aufnahme in die NATO und die EU unterstützen. Auch hatten die Deutschen Polen besser kennen und verstehen lernen sollen. Heute weiß man, dass eine solche Abmachung notwendig gewesen war und mehr noch: Beide Seiten haben damit gezeigt, dass sie in der Lage sind, pragmatisch ihre Ziele zu formulieren und umzusetzen – im Namen der „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft“.

Als jedoch mit der Erweiterung der EU das politische Ziel erreicht worden war, lief der deutsch-polnische Dialog ins Leere. Man führte Gespräche, die mit einem Dialog nichts gemein hatten, und angesichts von unerfüllten Erwartungen nahm auf beiden Seiten die Enttäuschung zu. Man hatte Freundschaft gewollt, doch heraus kam lediglich eine Vernunftgemeinschaft, bei der auf Schritt und Tritt negative Emotionen geäußert wurden. Polens Hoffen auf eine „Interessengemeinschaft“ war vergebens und Deutschland musste sich von der Vorstellung verabschieden, dass Polen einer Art deutscher Führungsrolle zustimmen und aus Dankbarkeit für die Unterstützung bei der Aufnahme in die EU Vergangenes vergessen würde, mit dem Deutschland in gewisser Weise hatte abschließen wollen. Diese Enttäuschung ist größtenteils dem „Fatalismus der Ungleichzeitigkeit“<sup>52</sup> geschuldet, d.h. der Tatsache, dass in beiden Ländern große öffentliche Diskussionen geführt wurden, die keinerlei Bezug zueinander hatten. In Polen wurden nach 1989 Themen aufgegriffen, die in Deutschland längst ausdiskutiert zu sein schienen.

Die deutsche Seite erklärte sich die Schwierigkeiten zunächst ausschließlich mit der Politik der PiS-Regierung<sup>53</sup>, die sie ständig

---

<sup>52</sup> Piotr Buras: *Fatalizm nierównoczesności ...*, a.a.O.; ähnlich äußerte sich auch Zdzisław Krasnodębski: „Als in Polen eine kritische Revision der Geschichte stattfand, zeigte sich in Deutschland die deutliche Tendenz, etwas Positives in ihr zu sehen.“ (*Polskie milczenie*. In: Rzeczpospolita, 22.06.2002).

<sup>53</sup> Von 2005-2007 bestehende Koalitionsregierung der Parteien Prawo i Sprawiedliwość (PiS, dt.: Recht und Gerechtigkeit), Liga Polskich Rodzin (LPR, dt.: Liga der polnischen Familien) und Samoobrona (dt.: Selbstverteidigung).

kritisierte. Dies hatte zur Folge, dass in den deutschen Medien viele antipolnische Stereotype bemüht wurden, die wenig mit den eigentlichen Problemen zu tun hatten. Die deutsche Seite und v.a. die Medien waren bemüht, die gesamte Verantwortung auf die polnische Seite abzuwälzen. Sachliche Kritik an den antideutschen Äußerungen aus dem Umfeld von Lech und Jarosław Kaczyński vermischte sich mit polenkritischen Stereotypen wie denen, dass Polen Nationalisten und die Demokratie in Polen gefährdet sei. Dabei bemerkte man nicht, dass die polnische Haltung der Ungeduld angesichts dessen geschuldet war, dass die deutsche Seite einfach nicht hören wollte, was für Warschau wichtig und grundlegend war. Viele der Konfliktsituationen waren entstanden, noch bevor die PiS an die Macht gekommen war. Dazu gehörten die Initiative von Erika Steinbach, ein Zentrum gegen Vertreibung zu errichten, und die „neue“ Aufarbeitung der Geschichte in Deutschland, ferner die Entscheidung zum Bau der Ostsee-Pipeline oder auch die ungelöste Frage der Rückgabe von Kunst- und Kulturgütern, wobei sich die deutsche Seite so verhielt, als ob Polen Deutschland hier etwas schuldig sei und nicht umgekehrt<sup>54</sup>.

Den ersten deutschen Kommentaren nach dem Wahlsieg der PO [Platforma Obywatelska, dt.: Bürgerplattform, Anm. d. Ü.] konnte man die Erwartung entnehmen, dass die polnische Seite nun ein angenehmerer Partner sein würde. Langsam reift jedoch in Deutschland die Erkenntnis, dass die Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen wesentlich ernsterer Natur sind. Die Tatsache, dass in Polen Władysław Bartoszewski für die deutsch-polnischen Beziehungen zuständig ist, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt von enormer Bedeutung.

Wenn man den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen rein sachlich betrachtet, kann man sie dennoch als stabil und in gewisser

---

<sup>54</sup> Auf deutscher Seite schien sich die Frage der Rückgabe von Kunst- und Kulturgütern fälschlicherweise einzig auf die sog. „Berlinka“ zu beschränken, also auf einen Teil der gegen Kriegsende aus Berlin ausgelagerten Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek. Diese befanden sich nach Kriegsende auf polnischem Staatsgebiet und wurden von Polen übernommen.

Weise auch als normaler bezeichnen, als sie es zu dem Zeitpunkt gewesen waren, als man – wie sich herausstellte – wenig realistische Erwartungen gehegt hatte. Die erklärte „Aussöhnung“, deren Errungenschaften man nicht unterschätzen sollte, wird dadurch ersetzt, dass man pragmatisch definiert, wo man gleiche und wo unterschiedliche Interessen hat. Ungeklärte Fragen werden in sachlichen Gesprächen und Konsultationen besprochen, und zwar sowohl europäische Themen als auch bilaterale, darunter auch solche, die mit Geschichte zu tun haben. Das Jahr 2009 ist für Deutschland und Polen eine Herausforderung, aber zugleich auch eine Chance, die Diskussion über die Erinnerungskultur in beiden Ländern zeitgleich zu führen – selbstverständlich im Geiste der Versöhnung und damit eines Prozesses, der nach wie vor nicht abgeschlossen ist.

Man kann die These wagen, dass eine umfassende Versöhnung<sup>55</sup> im ethischen Sinn von den Deutschen eine erneute, schwierige Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit verlangen würde, ein Aufarbeiten der Zeit des Zweiten Weltkriegs in Polen und Mitteleuropa sowie eine Auseinandersetzung mit ihrem Verhältnis gegenüber dem „Osten“. Erst wenn diese Erfahrungen aufgearbeitet sind, werden sich die Deutschen von ihrem Komplex befreien können, der sich häufig in Form eines Überlegenheitsgefühls gegenüber Polen äußert. Dies ist für die Deutschen keine leichte Aufgabe und man muss hinzufügen, dass auch Polen heute Verantwortung dafür trägt, dass dies gelingt. Polen sollte heute nicht anklagen, sondern gekonnt und überlegt erklären. Auch muss man sich immer wieder vor Augen führen, dass die Vergangenheit nur einen Teil der deutsch-polnischen Beziehungen darstellt. Man kann gar nicht oft genug betonen, dass die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen in direkter Wechselwirkung mit den Beziehungen innerhalb der Europäischen Union stehen. Die EU-Politik bildet die Rahmenbedingungen für die deutsch-polnischen Beziehungen und man darf diese nicht losgelöst vom europäischen Kontext betrachten.

---

<sup>55</sup>Den Begriff „Versöhnung“ benutzen wir hier bewusst und definieren ihn als symbolischen und langfristigen, jedoch bewussten Prozess, der Vergebung und die Aufnahme gegenseitiger Beziehungen zwischen Gesellschaften zum Ziel hat.

## **„Bessere“ Deutsche – „schlechtere“ Polen oder eine Frage des Respekts**

Die zuvor erwähnte Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen entbindet Polen nicht von der Pflicht, einen Dialog mit Deutschland zu führen, vor allem auf gesellschaftlicher Ebene. Daher lohnt die Frage, wie viel wir voneinander wissen, woher wir diese Informationen beziehen und wie sie die gegenseitige Wahrnehmung beeinflussen. Die Asymmetrie haben wir bereits erwähnt und wie man sehen konnte, hat sich die Art dieser Asymmetrie in den letzten zwanzig Jahren verändert. Deswegen wäre es nützlich, sich genauer mit dem Bild Polens und seiner Rolle in der deutschen Politik zu befassen, d.h. mit der Frage, inwieweit Deutschland Polen und dessen Beitrag am Entstehen eines freien Europa respektiert und inwieweit ihm an der deutsch-polnischen Verständigung liegt bzw. gelegen hat. Denn schließlich müssen Versöhnung und Dialog kontinuierlich gepflegt werden, und dies besonders im Fall von Polen, wo die Folgen des Zweiten Weltkriegs stets sichtbar waren und es auch weiterhin sind.

Die Liste mit Zitaten deutscher Politiker, die in den vergangenen Jahren ihre Sympathie für Polen zum Ausdruck gebracht haben, ist lang. So sprach Außenminister Hans-Dietrich Genscher 1990 anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags über die Anerkennung der Grenzen von der Verantwortung für die Folgen des Zweiten Weltkriegs und von der Notwendigkeit, eine gemeinsame Zukunft aufzubauen<sup>56</sup>, Helmut Kohl betonte am 17. Juni 1991 die Notwendigkeit zu einer intensiven Zusammenarbeit und zur Versöhnung und sprach über die Perspektiven für eine Aufnahme Polens in der Europäischen Union<sup>57</sup>. Roman Herzog wiederum verlieh 1994 anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstands der Scham über die Verbrechen Ausdruck, wobei er gleichzeitig um Vergebung des von den Deutschen zuge-

---

<sup>56</sup> Gemeint ist die Rede, die er am 14.10.1990 nach der Vertragsunterzeichnung gehalten hat.

<sup>57</sup> Außenminister Genscher und Bundeskanzler Kohl beziehen sich in ihren Reden auf das Hambacher Fest als Topos der Solidarität und Zusammenarbeit. Auch Außenminister Steinmeier verwendet dieses Beispiel.

fügten Leids bat. Von „Opfern der Barbarei“, guter Nachbarschaft und der Gewerkschaft „Solidarität“ sprach Johannes Rau auf der Westerplatte am 60. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs. Er und der polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski betonten in ihrer Danziger Erklärung die Notwendigkeit eines Gedenkens an die Opfer von Umsiedlungen und Vertreibung, warnten jedoch zugleich davor, Erinnerung und Trauer zu missbrauchen, um Europa erneut zu spalten<sup>58</sup>. Ein Jahr später sagte Rau am Vorabend des polnischen Beitritts zur EU im polnischen Parlament:

Ein stolzes Land mit seiner reichen Kultur und seiner großen Geschichte kehrt in die Mitte Europas zurück. Europa findet wieder zu sich selber, weil ein Europa ohne die Länder und Völker, die morgen beitreten werden, nicht Europa war. Bez Polski, Europa to nie Europa! (Ohne Polen ist Europa nicht Europa!).<sup>59</sup>

In jenem Jahr erklärte auch Bundeskanzler Gerhard Schröder in Warschau, dass sich die deutsche Regierung jeglichen Entschädigungsforderungen seitens der Vertriebenen entgegenstellen werde und betonte: „Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat, und wer seine ersten Opfer waren“, weshalb es keinen Raum mehr geben dürfe für Restitutionsansprüche. Im selben Jahr versichert auch Horst Köhler auf seiner ersten Auslandsreise als Bundespräsident den Polen, dass Deutschland die Geschichte nicht umschreiben werde und „dass nie wieder über Polens Kopf hinweg sein Schicksal entschieden wird“<sup>60</sup>.

Dennoch muss man feststellen, dass sich die Mehrheit dieser Reden – unabhängig von ihrer politischen Bedeutung – eher an Polen als an Deutsche richtet. Zwar spielen sie eine wichtige

---

<sup>58</sup> Aleksander Kwaśniewski, Johannes Rau: *Deklaracja Gdańska w sprawie osób wysiedlonych, zmuszonych do ucieczki i wypędzonych w Europie*. Gdańsk, 29.10.2003.

<sup>59</sup> Rede von Bundespräsident Johannes Rau vor beiden Kammern des polnischen Parlaments – „*Deutschland und Polen – unsere Zukunft in Europa*“, 30.04.2004.

<sup>60</sup> Tischrede von Bundespräsident Horst Köhler während seines Nachbarschaftsbesuchs in Polen bei einem Mittagessen, gegeben vom polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski in Warschau am 15. Juli 2004.

Rolle im deutsch-polnischen Dialog, und zwar gerade dem, der auf Versöhnung abzielt, doch sind sie nur in geringem Maße in der Lage, die öffentliche Meinung in Deutschland zu verändern. Das zuvor erwähnte Beispiel von Präsident Herzog ist hier mehr als bezeichnend. Er wusste, dass er bei seinem Besuch in Polen seinen Fehler wieder gutmachen musste – das Verwechseln des Aufstands im Warschauer Ghetto 1943 mit dem Warschauer Aufstand von 1944<sup>61</sup> – und aller Opfer gedenken sollte, nicht nur der jüdischer Abstammung<sup>62</sup>. Michael Jochum, der Herzog in jener Zeit begleitete, beschreibt, dass dieser lange sowohl nach einer Geste wie auch nach den passenden Worten gesucht hat. Es bestand kein Zweifel, dass diese Worte an den Brief der polnischen Bischöfe von 1965 anknüpfen sollten, obwohl er wusste, dass er auch die deutschen Opfer der Vertreibung berücksichtigen musste<sup>63</sup>. Es gab mehrere Vorschläge: „In diesem Geiste stehe ich heute vor Ihnen als Staatsoberhaupt meines Landes, um zu sagen: Prosimy o przebaczenie. Wir bitten um Vergebung“, dann „Ich wiederhole diesen Satz heute, aber ich wiederhole ihn mit einem ganz anderen Akzent. Ich sage: Wir bitten um Vergebung, so wie auch wir vergeben“, und anschließend „Wir Deutschen haben für unendlich mehr um Vergebung zu bitten, als wir selbst zu vergeben haben“. Doch auch diese Version schien zu ‚arrogant‘, weshalb der Satz vorgeschlagen wurde „Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern und den Opfern der Stadt Warschau und bitte um Vergebung“, doch auch diese Variante wurde geändert. Letztlich wurde folgende Formulierung gewählt: „Heute aber verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was

---

<sup>61</sup> In einem Interview für den „Stern“ (01.06.2004) hatte Herzog erklärt, dass er anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstands im Warschauer Ghetto nach Polen reisen werde.

<sup>62</sup> Der Kniefall Willy Brandts hatte vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes stattgefunden, weshalb man fragen kann, ob er auch die polnischen Kriegsoffer einschloss. Es stellt sich jedoch die Frage, vor welchem anderen Denkmal in Warschau der deutsche Bundeskanzler symbolisch um Vergebung für den Zweiten Weltkrieg hätte bitten können.

<sup>63</sup> Michael Jochum: „*Ich bitte um Vergebung*“. *Wie Roman Herzogs Warschauer Rede entstand*. In: Die Zeit, 2000, Nr.7.

ihnen von Deutschen angetan worden ist<sup>7</sup>. Herzog stimmte diese Version nicht mit Bundeskanzler Kohl ab, jedoch nicht, weil er die Notwendigkeit dazu nicht gesehen hätte. Vielmehr wollte er Kohl auf diese Weise vor Kritik in Deutschland schützen.

Das Verfassen wichtiger Reden für Politiker ist ein langwieriger und mühseliger Prozess. Das genannte Beispiel zeigt, wie in der Elite der deutschen Politik eine neue Linie entworfen wurde, die in den deutsch-polnischen Beziehungen bis zum heutigen Tag fortgeführt wird.

Traurig ist jedoch, dass die historische Erfahrung Polens, der Beitrag der „Solidarność“ sowie von anderen osteuropäischen Freiheitsbewegungen so gut wie keine Erwähnung finden, wie z. B. in den Reden deutscher Politiker zum Tag der Deutschen Einheit. Denn schließlich wäre genau dann diese „neue Linie“ zu erwarten<sup>64</sup>.

Man kann und sollte daher die Frage stellen, inwieweit diese neue Linie das Ergebnis neuer reiflicher Überlegungen zum Verhältnis zu Polen ist und inwiefern sie lediglich eine Art politischer Imagepflege für Deutschland darstellt.

Fragen, die Mitteleuropa und Polen betreffen, waren und sind in Deutschland kein Gegenstand ernsthafter Diskussionen. Besonders offensichtlich ist dies bei geschichtlichen Themen, die in Deutschland für gewöhnlich sehr ernst genommen werden. So wurde z. B. nicht nach den Opfern des Kommunismus in Polen, Litauen oder Tschechien gefragt (heute würde man sicherlich noch die Ukraine in diese Liste aufnehmen müssen). Auch die Souveränität ganzer Staaten war oftmals dem Kommunismus zum Opfer gefallen. Vor 1989 musste somit jede deutsch-polnische Geschichtsdebatte zwangsläufig unvollständig bleiben. Die große Öffnung nach 1989

---

<sup>64</sup> An dieser Stelle gilt es, sich jedoch auch an die eigene Nase zu fassen und zuzugeben, dass auch Polen mit seinem Anliegen bisher wenig erfolgreich gewesen ist. Es ist bezeichnend, dass vor dem Reichstag lange nur eine Gedenktafel stand, die an den Beitrag Ungarns für die deutsche Einheit erinnert. Ein ähnliches Symbol zum Gedenken an die Verdienste der „Solidarność“ ist erst 2009 entstanden, und zwar auf Initiative des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński, des Marschalls des polnischen Sejms, Bronisław Komorowski, und des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert.

hat die Möglichkeit gebracht, die geschichtliche Aufarbeitung in Deutschland v. a. im Dialog mit Polen zu vervollständigen. Diese so wichtige Diskussion sollte bei Fragen nach der Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts ansetzen, eines Ereignisses, das für Mitteleuropa von fundamentaler Bedeutung ist<sup>65</sup>.

Die Deutschen hatten dies schlicht nicht bemerkt, keinen Bedarf hiernach verspürt und historische Fragen als erledigt erachtet. Ebenso hatte auch Polen in den 90er Jahren historische Debatten beiseite gelassen, oftmals ebenso bewusst, da es die Dynamik des deutsch-polnischen Dialogs den beiden Hauptzielen der polnischen Außenpolitik untergeordnet hatte, d.h. dem Beitritt zu NATO und EU. Man kann jedoch den Eindruck gewinnen, dass diese Haltung Polens der deutschen Seite sehr gelegen kam, die trotz einiger Versöhnungsgesten die Erfahrungen Mitteleuropas nicht weiter berücksichtigte, weder in ihrer Geschichts- noch in ihrer Außenpolitik.

Ausdruck dieser Sicht auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts und damit der fehlenden Beachtung Polens waren die von Bundeskanzler Kohl organisierten Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Kriegsendes<sup>66</sup>. Eingeladen wurden Russland, Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten, nicht aber der polnische Präsident Lech Wałęsa<sup>67</sup>. Um einen diplomatischen Eklat zu vermei-

---

<sup>65</sup> Vgl. Artur Hajnicz: *Ze sobą czy przeciw sobie: Polska - Niemcy 1989-1992*. Warszawa 1996.

<sup>66</sup> Zu beachten sind auch kritische Reaktionen in der deutschen Presse: Helga Hirsch: *8. Mai. Nicht ohne Polen. Auch Sieger*. In: *Die Zeit*, 13/1995; Helmut Schmidt: *Falsche Symbole*. In: *Die Zeit*, 14/1995.

<sup>67</sup> Wałęsa hat in Gesprächen mit westlichen Politikern sehr oft von der Notwendigkeit der Integration Polens in die europäischen Strukturen gesprochen und dabei folgende Metapher benutzt: „Ihr versteht nicht, was hier passiert. Wir haben den Kommunismus zu Fall gebracht, die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Es gibt das freie Polen, frei sind die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks. Ihr braucht nicht mehr aufzurüsten. Jeder von euch hat von uns einen riesigen Goldbarren geschenkt bekommen. Wir hatten euch gesagt, dass ihr ein solches Geschenk bekommen würdet, aber ihr habt uns nicht geglaubt. Ihr habt euch überlegt, dass dies höchstens ein kleines Goldklümpchen sein würde, und dann wart ihr nicht in der Lage, diese Last zu tragen. Der Barren fiel hin, hat euch etwas verletzt und ihr ruft sofort den Arzt und schreit: Wałęsa hat mein Bein kaputt gemacht“. Auf diese Weise wollte er den westlichen Politikern den großen Anteil Polens am Aufbau einer neuen Ordnung in Europa und in der Welt bewusst



den, wurde der damalige Außenminister Władysław Bartoszewski in den Bundestag eingeladen, wo er eine bedeutende Rede über den deutsch-polnischen Dialog hielt<sup>68</sup>. Dies war ein wichtiger Moment in den deutsch-polnischen Beziehungen, jedoch kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass die deutsche Seite hierzu gezwungen werden musste.

Auch lohnt es sich daran zu erinnern, wie schwierig es ist, in Deutschland eine Diskussion zu geschichtlichen Themen anzufangen, die Mitteleuropa betreffen. Dies hat z. B. der Streit gezeigt, den die Rede der lettischen Außenministerin Sandra Kalniete bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2004 entfachte. Sie hatte gesagt:

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Europa durch den Eisernen Vorhang entzweigeschnitten, was die Völker Osteuropas nicht nur versklavte, sondern auch ihre Geschichte aus der Gesamtgeschichte des Kontinentes herausradierte. Europa hatte sich eben erst von der Plage des Nazismus befreit; und es war nach dem Blutbad des Krieges sehr verständlich, daß nur wenige Menschen die Kraft hatten, der bitteren Wahrheit ins Auge zu blicken; sie konnten nicht mit der Tatsache umgehen, daß der Terror in der einen Hälfte Europas weiterging, wo hinter dem Eisernen Vorhang das Sowjet-Regime weiter Genozide an den Völkern Osteuropas verübte und sogar am eigenen Volk.

Über 50 Jahre lang ist die Geschichte Europas geschrieben worden, ohne daß wir daran teilnehmen konnten, und die Geschichte der Sieger des Zweiten Weltkrieges teilte, nur zu typisch, alles und jeden nach Gut und Böse, nach Richtig und Falsch. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten die Forscher einen Zugang zu den archivierten Dokumenten und Lebensgeschichten dieser Opfer. Diese belegen, daß beide totalitäre Regime - Nazismus und Kommunismus - gleich kriminell waren.<sup>69</sup>

---

machen. Vgl. Stefan Meller: *Świat według Mellera. Życie i polityka: ku przyszłości*. Warszawa 2008, S. 27.

<sup>68</sup> Władysław Bartoszewski: *Und reiß uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen*. Warszawa 2005.

<sup>69</sup> Der vollständige Text der Rede Sandra Kalnietes ist zu finden unter [http://www.die-union.de/reden/altas\\_neues\\_europa.htm](http://www.die-union.de/reden/altas_neues_europa.htm). Sandra Kalniete, Außenministerin Lettlands und anschließend lettische EU-Kommissarin, wurde in Sibirien geboren, wohin man ihre Eltern während der Stalin-Zeit deportiert hatte.

Schaut man sich die Geschichtsdiskussion in Deutschland an, so kann man erkennen, woher diese Zurückhaltung stammt. In Deutschland hatte und hat so gut wie niemand den Mut, mit Moskau eine Diskussion über Geschichte anzufangen, da jede ernsthafte deutsch-polnische oder deutsch-mitteleuropäische Diskussion die grundlegende Frage nach dem Verhältnis Deutschlands zu Russland berühren müsste.<sup>70</sup> Das Geschichtsbild des Zweiten Weltkriegs ist nach wie vor durch den Kalten Krieg geprägt, und wie Norman Davis schreibt, ist dies „die Sicht der Alliierten auf die Geschichte“<sup>71</sup>. Der Streit Warschaws mit Moskau über das Massaker von Katyn<sup>72</sup> scheint die Deutschen nicht zu interessieren, sollte es aber unbedingt, da das Verbrechen eine Folge des Hitler-Stalin-Pakts war und gleichzeitig ein Verbrechen an der polnischen Elite, das sehr an die AB-Aktion erinnerte.

In den Reden von Bundeskanzlerin Merkel sind jedoch gewisse Veränderungen zu sehen. Ganz abgesehen natürlich von ihrer Rede an der Universität Warschau, die mit Zitaten polnischer Autoritäten und mit historischen Fakten gespickt war, scheint die deutsche Regierungschefin – allen (leider häufig zutreffenden) Stereotypen bzgl. Deutscher aus der ehemaligen DDR zum Trotz – besser als viele Westdeutsche polnische bzw. generell mitteleuropäische Anliegen zu verstehen. Dies vielleicht gerade deshalb, weil sie selbst aus der DDR stammt und den Kommunismus am eigenen Leib erfahren hat.

In einem Vortrag an der Universität Warschau sagte sie „Polen bildet einen zentralen Platz im politischen Denken und Handeln eines jeden deutschen Bundeskanzlers“<sup>73</sup>. Dies ergebe sich, so die Kanzlerin, aus dem Gefühl der Verantwortung für Leid und

---

<sup>70</sup> Kazimierz Wóycicki: *Europejski konflikt pamięci*. Warszawa 2008.

<sup>71</sup> Vgl. Norman Davies: *Europa walczy 1939-1945. Nie takie proste zwycięstwo*. Kraków 2008.

<sup>72</sup> Im Massaker von Katyn ermordeten im Frühjahr 1940 Einheiten des sowjetischen Innenministeriums NKWD u. a. in einem Wald bei Katyn (damals Sowjetunion) ca. 22 000 polnische Offiziere und Zivilisten.

<sup>73</sup> Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Universität Warschau, 16.03.2007.

Zerstörung, die der Zweite Weltkrieg gebracht hatte, in dem „mehr als 6 Millionen Polen durch Deutsche ihr Leben verloren“<sup>74</sup>.

Auch erinnert die Kanzlerin anlässlich verschiedener Jahrestage, die an den Kampf um Freiheit in Mitteleuropa erinnern die mit dem Ende des Kommunismus verbundene Veränderung der Ordnung Europas und der Welt und Polens Beitrag hierzu. So z. B. anlässlich des 40. Jahrestags des Prager Frühlings, als sie sich direkt auf ihre eigenen Erfahrungen bezieht:

Als der 21. August 1968 diese Hoffnungen zerstörte, war das ein Schlag für ganz Mittel- und Osteuropa. Aber heute wissen wir: 1968 war ein Vorbote kommender Umwälzungen, die dann 1980 in Polen mit der Solidarność-Bewegung und 1989 mit der friedlichen Revolution in der DDR und der „samtenen“ Revolution in der ehemaligen Tschechoslowakei weitergingen.<sup>75</sup>

An anderer Stelle sagt sie: „Ich erinnere mich, dass [...] solche Bewegungen – ob 1968 oder 1980 die Solidarność-Bewegung oder 1989 –, [...] uns darin einten, gegen ein diktatorisches Regime zu sein [...]“<sup>76</sup>.

Dieser persönliche Ton in den Reden der Kanzlerin ist auch ein Ergebnis von konkreten Begegnungen, Gesprächen und Erfahrungen. Auch ihre Anwesenheit bei der Premiere von Andrzej Wajdas Film „Katyń“ auf der Berlinale 2007 ist sehr positiv zu bewerten, ähnlich wie folgende Äußerung:

Am vergangenen Freitag habe ich auf der Berlinale den Film „Katyń“ von Andrzej Wajda gesehen. Ich habe mit Andrzej Wajda über die polnische Geschichte gesprochen, über den Nationalsozialismus, unter dem Polen gelitten hat, über die anschließende Sowjetherrschaft, unter der Polen wieder gelitten hat. Ich habe ihm auch gesagt, dass diese Aufeinanderfolge von Diktaturen für Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn

---

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Tschechisch-Slowakischen Gedenkveranstaltung „40 Jahre Prager Frühling“ in Berlin, 25.06.2008.

<sup>76</sup> Ebd.

ein hohes Maß an Ungerechtigkeit darstellte. Daraufhin hat er mir gesagt: Wissen Sie, das ist mein Leben gewesen. Ich habe nicht erwartet, dass wir eines Tages Mitglied der Europäischen Union werden und wir heute ohne Pass reisen können. Das aber ist meine größte Freude.<sup>77</sup>

Oder auch Sätze wie diese, die sie in Warschau sagte:

Doch wissen wir auch: Der Weg von der Gründung der *Solidarność* bis zur Freiheit Polens war noch schwer und steinig. Aber was den Volksbewegungen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei noch nicht gelingen konnte, das gelang der *Solidarność*: Am Ende führte der Weg in die Freiheit - für Polen und für Mittel- und Osteuropa insgesamt. Für Deutschland hat Polen damit gleichzeitig das Tor zur Überwindung der deutschen Teilung aufgestoßen.<sup>78</sup>

Solcherlei Äußerungen gibt es in Reden deutscher Politiker nach wie vor zu wenig. Entsprechend ist auch das Bewusstsein der Deutschen für dieses Thema nicht allzu ausgeprägt<sup>79</sup>. Man kann sagen, dass eine solche Sichtweise auf Europa und die Einheit Deutschlands ebenso wie derartige Dankesworte bei deutschen Politikern nur für den Export bestimmt sind. Es fehlt an Reden, die im Land selber grundlegend die Frage nach dem Verhältnis Deutschlands zum Osten oder speziell zu Polen stellen und deren

---

<sup>77</sup> Laudatio von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Verleihung des Deutschen Staatsbürgerpreises an den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker, 19.02.2008.

<sup>78</sup> Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der *Universität Warschau*, 16.03.2007.

<sup>79</sup> Forschungen, die das Polenbild in Deutschland anhand von Assoziationen untersuchen, zeigen sehr deutlich, dass die *Solidarność*-Bewegung und die Veränderungen von 1989 immer seltener im Zusammenhang mit Polen genannt werden, genauso wie Papst Johannes Paul II. häufiger mit Polen assoziiert wird als Lech Wałęsa. Man kann fragen, ob der Zusammenhang zwischen der Sichtweise von Polen als Katholiken und der Polens als eines religiösen (und rückständigen) Landes das Bild von Papst Johannes Paul II. positiv oder negativ beeinflusst. Vgl. Mateusz Falkowski: *Polacy i Niemcy: wzajemny wizerunek po rozszerzeniu Unii Europejskiej*. In: Lena Kolarska-Bobińska, Mateusz Falkowski: *Polska – Niemcy – Francja ...*, a.a.O.

Absicht es wäre, eine Diskussion über das Verhältnis zu Polen auszulösen<sup>80</sup>.

In diesem Zusammenhang brauchen auch Formulierungen nicht zu wundern, wie sie z.B. in der renommierten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu finden sind: „Die europäische Integration hat die Möglichkeit geschaffen, nationale Schuld unterschiedlichsten Grades einzugestehen und Schritt für Schritt einen bestimmten gemeinsamen geschichtlichen Zielpunkt zu erreichen [...]“. So weit, so gut, doch wir lesen weiter: „Hierbei stören die Äußerungen der Europäer aus dem Osten jedoch erheblich“<sup>81</sup>.

Dieser Kommentar scheint kein Ausdruck einer spezifischen Arroganz zu sein. Angesichts der gelungenen Integration Deutschlands in die westlichen Strukturen sowie der deutsch-französischen Versöhnung mag einem westlichen Kommentator das Herumstochern in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs oder der des Kommunismus überflüssig erscheinen. Das Diskutieren über die Rolle des Kommunismus und die Verantwortung für ihn, v. a. in Bezug auf Russland, wird auch heute noch oft als etwas betrachtet, was die Beziehungen zu Moskau unnötig belastet. Mitteleuropa, wo sich eine eigene öffentliche Meinung wieder ungestört herausbilden kann, will, muss und kann nicht anders als über seine historische Erfahrung zu reden. Der „gemeinsame historische Zielpunkt“ ist jedoch weiter entfernt, als sich dies ein westlicher Kommentator vorstellt. Indem Mitteleuropa das von der kommunistischen Propaganda auferlegte Tabu bricht, sich mit „weißen Flecken“ beschäftigt und erstmals ganz unbefangen über seine historische Erfahrung spricht, „stört“ es nicht, sondern trägt zweifellos zur europäischen Integration bei. Das Überwinden des europäischen Erinnerungskonflikts ist zugleich der Weg zur europäischen Versöhnung.

---

<sup>80</sup> Man kann den Eindruck bekommen, dass die deutsche Geschichtspolitik seit Ende der 90er Jahre zunehmend die Kontrolle über die Entwicklung des deutschen Geschichtsbewusstseins verloren hat und sich den Herausforderungen, vor denen sie stand, nicht restlos gestellt hat. Die Forschungen zur Geschichte der DDR haben einen großen Raum eingenommen, was u. a. durch das Entdecken der deutschen Opfer des Kommunismus zur Diskussion über die eigenen Kriegsoffer geführt hat.

<sup>81</sup> „FAZ“, 18.02.2007.

Beispiele für einen Mangel an Respekt lassen sich jedoch in vielen Bereichen finden. So kann man sich in Polen gut an die langjährige Missachtung der Solidarność-Bewegung durch die deutschen Sozialdemokraten erinnern und an deren Überzeugung, dass es den polnischen Romantikern an politischer Vernunft fehle.

Deutsch-polnische Diskussionen über Geschichte können Polen auch deshalb festgefahren vorkommen, als die öffentliche Meinung in Deutschland von ihnen zumeist aus Berichten über Vertriebenentreffen erfährt, an denen stets wichtige Politiker teilnehmen. Ein Teil der öffentlichen Meinung in Polen reagiert dabei sehr empfindlich auf diese Auftritte.

Fairerweise muss man jedoch sagen, dass bei solchen Anlässen sorgfältig auf den Aufbau der Reden der teilnehmenden Politiker geachtet wird: Polnische Erfahrungen werden berücksichtigt und die Vertreibung wird im für Polen so wichtigen Zusammenhang von Ursache und Wirkung dargestellt. Stets wird betont, dass Deutschland mit dem Zweiten Weltkrieg enormes Leid hervorgerufen hat und dass es ohne den Nationalsozialismus mit seinen unermesslichen Verbrechen, Leiden und Zerstörungen die Vertreibung der Deutschen nach 1945 nicht gegeben hätte.<sup>82</sup> Deshalb „darf [es] keinen Zweifel darüber geben, dass die Ursache für Flucht und Vertreibung nicht im Ende des Krieges zu suchen ist. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang [...]“<sup>83</sup>. Dennoch lassen sich in den Reden deutscher Politiker gewisse Idealisierungen bzgl. der Vertriebenen und deren enormen Beitrags zum Versöhnungsprozess mit den östlichen Nachbarn finden:

Aber die Vertriebenen haben sich nie zurückgezogen. Sie haben immer wieder – Erika Steinbach hat das eben ganz beeindruckend darge-

---

<sup>82</sup>Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „60 Jahre Vertreibung – 60 Jahre Wege zur Versöhnung“, 18.09.2006.

<sup>83</sup>Kulturstaatsminister Bernd Neumann anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ in Berlin, 17.05.2006.

stellt – den Dialog gesucht. Sie wussten, dass nur dies Voraussetzung für Verständnis und Versöhnung ist. Ich glaube, es ist genau diese Bereitschaft zu Verständigung und Ausgleich, die den Bund der Vertriebenen seit seinen Anfängen auszeichnet.<sup>84</sup>

Solche Formulierungen sind darauf ausgerichtet, sowohl die politische Bedeutung der Vertriebenen, deren Schicksal in der Nachkriegszeit kaum thematisiert wurde als auch ihren Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands als Teil des Gründungsmythos der Bundesrepublik anzuerkennen<sup>85</sup>. Und dies zu Recht, denn sie haben beim Wirtschaftswunder eine wichtige Rolle gespielt. Und auf das Wirtschaftswunder, auf Deutschlands positive Rolle in der Welt und auf die gründliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus gründet sich Piotr Buras zufolge momentan die deutsche Identität und das deutsche Selbstbewusstsein.<sup>86</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Deutschen Auschwitz und den Holocaust aus ihrer Erinnerung verdrängt hätten, doch seien diese „keine Wegweiser mehr für das politische Handeln“<sup>87</sup>.

Auf die von der größten deutschen Tageszeitung „Bild“ im Zusammenhang mit der Fußballmeisterschaften 2005 gestellte Frage: „Ist Deutschland jetzt zu einem normalen Land geworden?“ antwortet Bundespräsident Köhler:

Es waren die Bürger selbst, die diese tolle Stimmung geschaffen haben. Wir sind auf einem guten Weg, uns zu uns selbst zu bekennen, stolz zu sein auf

---

<sup>84</sup> Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Festakts zum fünfzigjährigen Bestehen des Bundes der Vertriebenen, 22.10.2007. In einer anderen Ansprache, anlässlich der Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „60 Jahre Vertreibung – 60 Jahre Wege zur Versöhnung“ am 18.09.2006 sagte sie: „Ich möchte in dem Zusammenhang auch an den gerade schon erwähnten Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe 1965 erinnern oder an das Engagement der ökumenischen Aktion „Sühnezeichen“. Ich möchte heute auch an jemanden erinnern, der über viele Jahrzehnte Brückenbauer bei der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn war: An Herbert Hupka, der kürzlich verstorben ist.“

<sup>85</sup> Vgl. Bartosz T. Wieliński: *Steinbach niecznie żywa*. In: Gazeta Wyborcza, 28.09.2007.

<sup>86</sup> Vgl. Piotr Buras: *Nowa przeszłość Niemiec*. In: Gazeta Wyborcza, 17.03.2007.

<sup>87</sup> Ebd.

das, was wir nach 1945 erreicht haben. Überlassen wir diese tolle Stimmung doch einfach den Bürgern!<sup>88</sup>

Köhler gilt – auch aufgrund seines Amtes – als großer Fürsprecher eines Deutschland, in dem die Menschen stolz auf ihr Land sind. Dabei lässt er jedoch die Konstruktion von Schuld und Verantwortung unberührt, die Deutschland für das von ihm verursachte Leid trägt. Er sagt: „Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation. Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland“.<sup>89</sup>

Anna Wolff-Powęska stellt die Frage, ob es den Deutschen erlaubt sei, Patrioten zu sein. Dies ist eine schwierige Frage, doch muss man der Autorin darin Recht geben, dass „vielele darauf hindeudet, dass die aus der Aufklärung stammende Auffassung von Vaterland als einer Gemeinschaft freier, verantwortungsbewusster Bürger wieder zu Ehren kommt. Vielen Deutschen und Polen gibt das geistige Vaterland ein größeres Gefühl von Sicherheit als das, das durch Ländergrenzen festgelegt ist“.<sup>90</sup>

Einmal abgesehen von der Frage, ob Deutschland bereits ein „normales“ Land ist, ob es das Recht hat, ein solches zu sein, und ob Deutsche überhaupt Patrioten sein dürfen, gibt es aus polnischer Sicht in Deutschland einige geschichtliche Themen, die noch ausführlichere politische Diskussionen erfordern. Und wie Wojciech Pięciak und Joachim Trenkner schreiben, hat Polen das Recht dazu, an die Geschichte zu erinnern, und die Erinnerung an sie sollte ebenso Teil des europäischen Bewusstseins sein.<sup>91</sup> So ist es z. B. erstaunlich, dass im öffentlichen Diskurs in Deutschland die ent-

---

<sup>88</sup> Sebastian von Bassewitz, Kai Diekmann und Rolf Kleine: „*Ich bin stolz auf dieses Land*“ – Bundespräsident Horst Köhler im Gespräch mit der BILD-Zeitung. In: Bild, 5.07.2006.

<sup>89</sup> „Begabung zur Freiheit“: Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, 08.05.2005.

<sup>90</sup> Anna Wolff-Powęska: *Czy Niemcom wolno być patriotami?* In: Gazeta Wyborcza, 31.05.2008.

<sup>91</sup> Wojciech Pięciak, Joachim Trenkner: *Polska-Niemcy: o wiele słów za daleko*. In: Tygodnik Powszechny, 09.07.2007.



sprechenden Unterscheidungen fehlen, um beim Thema Flucht, Zwangsaussiedlungen und Vertreibung aus den Gebieten, die Polen nach dem Zweiten Weltkrieg zugeteilt worden waren, nicht allgemein von Polen als Tätern zu sprechen, sondern von der kommunistischen Regierung, die Polen immerhin aufgezwungen worden war.<sup>92</sup>

Indem Polen die Lücke im deutschen Bewusstsein ausmacht, unternimmt es den ersten Schritt dahin, sie zu schließen. Diesem Schritt müssen jedoch Taten folgen, und zwar v.a. auf deutscher Seite, auch wenn Polen ebenfalls nicht aus dieser Pflicht entlassen ist. Und dies ist, wie Pięciak und Trenkner schreiben, mühselige und wenig attraktive Grundlagenarbeit. Darüber hinaus sollte Polen, damit andere seine Geschichte achten, dies auch selber tun.<sup>93</sup>

In gewisser Weise hat auch Zdzisław Krasnodębski Recht, wenn er schreibt:

„Das, was Deutsche *volens nolens* bei Amerikanern, Engländern, Franzosen, Holländern und Russen akzeptieren müssen, sind sie nicht in der Lage, bei Polen zu akzeptieren.“<sup>94</sup>

Nichtsdestotrotz kann man fragen, ob Polen alles getan hat, um Deutschland von seinen Argumenten zu überzeugen.

Bei einer so grundlegenden Frage wie der Intervention im Irak erschöpfte sich wiederum die deutsche Haltung gegenüber Polen darin zu fragen, warum die Polen so naiv seien, so dermaßen politisch unerfahren, so dermaßen proamerikanisch etc.<sup>95</sup> Ein Austausch

---

<sup>92</sup> In Polen wurden viele Anstrengungen unternommen, um in Bezug auf den Krieg vom „Dritten Reich“ oder den Nationalsozialisten/Nazis zu sprechen und nicht verallgemeinernd von den Deutschen.

<sup>93</sup> Wojciech Pięciak, Joachim Trenkner: *Polska-Niemcy ...*, a.a.O.

<sup>94</sup> Zdzisław Krasnodębski: *Prasowe salwy. W niemieckich mediach bracia Kaczyńscy są gorsi od Łukaszenki*. In: Wprost, 03.09.2006. Ähnlich äußerte sich auch der polnische Präsident: „Donald Tusk hat begriffen, dass für die deutsch-polnischen Beziehungen nicht der fiese Charakter der Kaczyński-Brüder von grundlegender Bedeutung ist, sondern die Haltung des deutschen Staates, der es nicht gewohnt ist, in den Beziehungen zu Polen bei wirklich wichtigen Angelegenheiten nachzugeben.“ Vgl. Lech Kaczyński: *Polska musi w Unii grać ostro*. In: Fakt, 24.10.2008.

<sup>95</sup> Dies sieht man z.B. sehr deutlich an der Reaktion des ungarischen Schriftstellers Péter Esterházy, der Jürgen Habermas auf dessen Empörung über die Unterzeichnung des Briefes der Acht durch die Länder Mitteleuropas entgegnet: „Früher war ich

von Argumenten fand nicht statt. Polnische Publizisten und Politiker wurden nicht zur deutschen Diskussion zugelassen, wodurch die Verwunderung über die polnische Entscheidung nur umso größer wurde.

Bei bilateralen Beziehungen ist das Thema Respekt eng mit dem Gefühl einer beidseitigen Partnerschaft verbunden. Den Partner zu respektieren heißt auch, von ihm lernen und in vielen Bereichen mit ihm kooperieren zu wollen, was nicht bedeutet, dass es nicht zu Konflikten kommen kann. Dass man aber in den deutsch-polnischen Beziehungen von Partnerschaft im Grunde nur in wichtigen Reden spricht, v. a. im Zusammenhang mit der polnischen Mitgliedschaft in der NATO und der EU, hat man in letzter Zeit daran gesehen, dass weder deutsche noch polnische Politiker hierzu etwas Konkretes unternommen haben. Es stellt sich so die Frage, wie man ein partnerschaftliches Verhältnis im deutsch-polnischen Dialog erreichen kann, und nicht, in wessen Interesse eine solche Partnerschaft liegt oder wessen „Wohllollen“ sie möglich macht. Marek Cichocki schreibt zu Recht, dass „Polens Platz in Europa nicht das Ergebnis der Prädestination ist und schon gar nicht des Wohllollens unserer Nachbarn und Partner, sondern das Ergebnis unserer eigenen politischen und zivilisatorischen Entscheidungen“<sup>96</sup>.

Diese Feststellung ist als Aufruf an die polnischen Eliten zu verstehen, sich konkret für partnerschaftliche Beziehungen einzusetzen. Mit seiner Entscheidung für Europa hat Polen den langen und schwierigen Weg eingeschlagen, für seine Interessen zu werben und sich und seinen Partnern zu beweisen, dass es ein ehrgeiziges und verantwortungsbewusstes Land ist. Mit Blick auf Deutschland ist dies insofern notwendig, als sich „die Formel der Versöhnung als Grundlage und wichtigste Motivation für die deutsch-polnischen

---

Osteuropäer, dann wurde ich in den Rang eines Mitteleuropäers erhoben – das waren schöne Zeiten, es gab Centrelyuropdriims und Visionen und Bilder von der Zukunft. Vor einigen Monaten bin ich ein Neuer Europäer geworden, doch bevor ich mich an diesen Zustand hätte gewöhnen oder ihn hätte ablehnen können, bin ich nun ein Nicht-Kerneuropäer.“ Vgl. Péter Esterházy: Wir Störenfriede. Wie groß ist der europäische Zwerg? In: Süddeutsche Zeitung, 11. 06.2003.

<sup>96</sup> Marek A. Cichocki: *Nic nam się nie należy*. In: Rzeczpospolita, 10.-11.11.2007.

Beziehungen erschöpft hat. Der Übergang zu einer Partnerschaft ist schwierig, da die Instrumente, über die wir verfügen, immer noch auf Versöhnung geeicht sind und auch wir selbst nicht immer bereit sind, diese Veränderung zu akzeptieren“.<sup>97</sup>

Diese Worte von Marek Prawda, dem heutigen Botschafter Polens in Berlin, sind nach wie vor aktuell. Die Bereitschaft dazu, die Veränderungen in Deutschland und Polen zu akzeptieren und ihnen politische Konzepte folgen zu lassen, ist in beiden Ländern noch zu gering. Dies sieht man besonders in Deutschland, wo der Glaube an Polen als an einen politischen Partner schlicht noch nicht selbstverständlich ist. Es gibt jedoch auch positive Beispiele im deutsch-polnischen Dialog, die erwähnt werden sollen. So ist die Teilnahme der Bundeskanzlerin an den Feierlichkeiten zum 90. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens in Warschau sehr positiv aufgenommen worden. Auch deshalb, weil nicht zum ersten Mal ein deutscher Regierungschef den zeitgleich stattfindenden Feierlichkeiten in Frankreich zur Erinnerung an die Beendigung des Ersten Weltkriegs ferngeblieben war. Dies war eine sehr gute Entscheidung der Kanzlerin. Dass sie damit etwas Außergewöhnliches tat, zeigt dieser Kommentar:

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel einer Einladung des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński folgte und zu einer Gedenkveranstaltung nach Warschau reiste, wurde in Frankreich zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht negativ kommentiert. Vor zehn Jahren hatte ihr Vorgänger Gerhard Schröder mit einer Absage [seiner Teilnahme an Feierlichkeiten in Frankreich, Anm. d. A.] wegen Terminproblemen für Irritationen gesorgt.<sup>98</sup>

Deutschland hat Frankreich gegenüber oft nachgegeben, doch darum geht es hier nicht. Der Bundeskanzlerin war mit Sicherheit klar, dass sie gegen einen gewissen deutsch-französischen Grundsatz verstieß, und sie war sich somit auch ihrer Geste gegenüber Polen bewusst. Doch hatte sie nicht davon ausgehen können, dass ihr

---

<sup>97</sup> Marek Prawda: *Odlóżyłmy mity dyżurne*. In: Gazeta Wyborcza, 17.05.2000.

<sup>98</sup> *Kriegsende vor 90. Jahren. Europa gedenkt der Katastrophe*. In: Spiegel online, 11.11.2008 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,589805,00.html>).

Besuch weder in Deutschland noch in Frankreich negativ verstanden werden würde. Umso bedeutender ist diese Geste.

Es wäre gut – und auf der Ebene der bilateralen Politik sieht es auch durchaus danach aus –, wenn wie im Fall von Besuchen von Angela Merkel ein neuer Tonfall in die deutsch-polnischen Beziehungen Einzug halten würde. Dennoch zeigt die hier dargestellte umfassendere Analyse der gegenseitigen Beziehungen weiterhin eine „Asymmetrie des Respekts“, d.h. ein Phänomen, das an Marek Cichockis These vom „Fatalismus der Ungleichheit und der Disproportionalität“<sup>99</sup> anknüpft oder auch an Piotr Buras’ These vom „Fatalismus der Ungleichzeitigkeit“<sup>100</sup> beim Dialog zwischen Deutschland und Polen. Doch nicht nur in der Politik ist der Respekt ungleich verteilt. Auch die Wirtschaft wird von dieser Denkweise bestimmt, wobei nicht fehlendes Wissen über Polen der Hauptgrund für Missverständnisse ist, sondern gerade der Mangel an Respekt für die Partner aus Polen, der sich darin äußert, dass die Frage nach den Bedürfnissen des Partners nicht gestellt wird.<sup>101</sup>

Man kann nun fragen, wie Polen diesen für sich ungünstigen Zustand der „Asymmetrie des Respekts“ überwinden und wie es sowohl in bilateraler als auch in europäischer Hinsicht zu einem Partner werden kann. Recht hat der bereits verstorbene Stanislaw Stomma, einer der großen Pioniere der deutsch-polnischen Annäherung und Versöhnung, der feststellte, dass die Deutschen die polnische Mentalität erst noch verstehen lernen müssten<sup>102</sup>.

## Die Unversöhnlichen und die Schlichter

Wenn man von der „Asymmetrie des Respekts“ spricht, so kann man jedoch nicht die gesamte Schuld für die Unvollkommenheit der deutsch-polnischen Partnerschaft auf die deutsche Seite abwälzen.

<sup>99</sup> Marek A Cichocki: *Porwanie Europy*. Kraków-Warszawa 2004, S. 63.

<sup>100</sup> Piotr Buras: *Fatalizm nierównoczesności ...*, a.a.O.

<sup>101</sup> Sanna Schondelmayer: *Stereotypisierung am Arbeitsplatz. Zur Handlungsrelevanz von Selbst- und Fremdbildern in der deutsch-polnischen Interaktion*. Münster 2008.

<sup>102</sup> Stanislaw Stomma: *Niemcy odebrać mają jeszcze lekcje polskości*. In: Stanislaw Stomma: *Czy fatalizm wrogości? Refleksje o stosunkach polsko-niemieckich 1871-1933*. Kraków 1980.

Auf polnischer Seite fehlt es offenkundig an einer ausgeglichenen Haltung dem Nachbarland gegenüber. Als ausgeglichen ließe sich eine solche Haltung bezeichnen, die mit der Grundausrichtung der polnischen Außenpolitik konform ist, die wiederum auf einem breiten Konsens darüber beruht, was Polen von Deutschland möchte, und bei der das Verhältnis zu Deutschland nicht ständigen emotionalen Schwankungen unterworfen ist.

Leider gibt es in Polen keinen solchen Konsens, denn wenn es um Deutschland geht, ist Polen klar geteilt. Diese Teilung sagt wenig über die Deutschen aus, dafür aber viel über die Polen. Wir wollen diese antagonistischen Einstellungen als die von „Schlichtern“ und von „Unversöhnlichen“ bezeichnen. Die Einen wie die Anderen sind große Kenner von Deutschland und den Deutschen und unterscheiden sich lediglich in ihrer Empfindlichkeit und ihrer Wahrnehmungsperspektive.

Die „Unversöhnlichen“ scheinen eine alte polnische Tradition fortzusetzen, nach der von Deutschland größte Gefahr ausgeht. Diese Überzeugung beruht auf historischen Erfahrungen, deren Bedeutung offensichtlich ist. Dazu gehören die polnischen Teilungen, die Germanisierungspolitik im 19. Jahrhundert, die Haltung der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg und schließlich der tragische Höhepunkt all dessen in Form der deutschen Völkermordpolitik während des Zweiten Weltkriegs<sup>103</sup>. Die Liste namenhafter polnischer politischer Schriftsteller, die auf die deutsche Gefahr hinweisen, ist lang – von Józef Feldman<sup>104</sup> über Roman Dmowski bis hin zu Stanisław Stomma, auch wenn letzterer sorgfältig Veränderungen in der deutschen Haltung registrierte und bei all seinem Warnen vor Deutschland gleichzeitig auch einer der großen Pioniere der deutsch-polnischen Annäherung war<sup>105</sup>.

---

<sup>103</sup> Eine hervorragende und kritische Zusammenfassung der deutschen Polenpolitik hat Martin Broszat in seinem Buch „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik“, München 1963, geliefert.

<sup>104</sup> Vgl. Józef Feldman: *Traktat wersalski jako etap zmagani polsko-niemieckich*. Poznań 1930; ders.: *Antagonizm polsko-niemiecki w dziejach*. Toruń 1934.

<sup>105</sup> Stanisław Stomma: *Czy fatalizm wrogosci?*, a.a.O.

Zu den „Unversöhnlichen“ wäre Zdzisław Krasnodębski zu zählen. Gewiss hat er Recht, wenn er schreibt: „Das deutsch-polnische Problem werden wir nur dann lösen können, wenn wir realistisch sind“.<sup>106</sup> Die vielen Veröffentlichungen und Kommentare Krasnodębskis bereichern die polnischen Diskussionen zu deutschen Themen. Als langjähriger Dozent und Professor der Universität Bremen ist er einer der wenigen Polen, die in der deutschen Wissenschaft vertreten sind und geschätzt werden. Krasnodębski beschreibt sehr genau die deutschen „Gegner“ der Verständigung mit Polen, egal ob sie dem linken oder dem rechten Lager angehören:

Den Linken in Deutschland gefallen die traditionellen polnischen kulturellen Modelle nicht, sie möchten unser Land umkrepeln. Indem die einflussreiche pro-russische Lobby Polen in ein negatives Licht rückt, kann sie die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Russland begründen und die polnische Ostpolitik desavouieren.<sup>107</sup>

Und weiter heißt es im selben Text:

Schließlich gibt es auch solche Menschen wie die Herren Jochen-Konrad Fromme und Alexander von Waldow<sup>108</sup> [...], die sich im Grunde nicht mit dem Ende des Reiches abgefunden haben. Für sie ist die Wiedervereinigung nur eine Etappe auf dem Weg zum Wiedererlangen der einstigen Position Deutschlands. Für sie ist die Frage der Grenze offen, und darüber sprechen sie mit unvorsichtiger Ehrlichkeit.<sup>109</sup>

Krasnodębski betont oft, dass in Deutschland die Geschichte uminterpretiert werde, dass die Deutschen zu wenig über Kriegsverbrechen wüssten und dass die gegenwärtige Tendenz dazu, auch auf deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs hinzuweisen, in für Polen und Europa schädlicher Weise historische Konstrukte demontiere. Sicher hat er weitestgehend Recht, wenn

---

<sup>106</sup> Zdzisław Krasnodębski: *Kto w Niemczech przeciw nam*. In: Rzeczpospolita, 03.01.2007.

<sup>107</sup> Ebd.

<sup>108</sup> Jochen-Konrad Fromme ist Bundestagsabgeordneter der CDU, Alexander von Waldow ist Mitbegründer der Preußischen Treuhand.

<sup>109</sup> Zdzisław Krasnodębski: *Kto w Niemczech ...*, a.a.O.

er polemisiert: „Ich denke, man sollte die Enkel und Urenkel daran erinnern, was konkret ihre Vorfahren im besetzten Polen getan haben, so dass nicht alles zu einer unverbindlichen Abstraktion verschwimmt“.<sup>110</sup>

Sicher muss man den Deutschen Fragen stellen, wichtig ist jedoch, in welcher Form und mit welchem Ziel man dies tut: im Geist der Konfrontation oder mit dem Ziel der Verständigung. Liest man die Kommentare von Krasnodębski, dann kommt Zweifel daran auf, ob er in Deutschland überhaupt Befürworter eines Dialogs mit Polen sieht. Der Realist Krasnodębski warnt lediglich. Aber würde es ein weitergehender Realismus nicht gebieten, auf deutscher Seite nicht nur Gefahren zu suchen, sondern auch Chancen für eine Annäherung? Und selbst wenn man nur die Gefahren sehen würde, sollte man dann nicht auch mehr Vorschläge machen, wie man ihnen konkret begegnet?

Abgesehen von geschichtlichen Themen reden die „Unversöhnlichen“ den Menschen in Polen ein, dass die deutsche Hegemonie das Ziel verfolge, die Europäische Union zu dominieren und Polen zu unterdrücken, um in aller Ruhe Geschäfte mit Russland machen zu können. Zu diesen Verfechtern einer antideutschen Haltung gehört Piotr Semka, der ebenso häufig Bedrohungsszenarien entwirft und ebenso selten der polnischen Öffentlichkeit Lösungsvorschläge unterbreitet. Bisweilen muss man ihm Recht geben, wenn er schreibt: „Mit dem Beitritt zur EU haben die Polen schmerzhaft zur Kenntnis genommen, dass nationale Interessen und die Aufarbeitung der Geschichte als Themen nicht nur nicht verschwinden, sondern zu einem immer ernsteren Problem werden.“ Nur schwerlich lässt sich jedoch zustimmen, wenn er behauptet:

Die polnischen Eliten können versuchen, gemeinsam ein Heilmittel hierfür zu finden oder sich von den Interessen unserer Partner ausspielen lassen – und zwar unter dem beeindruckenden Banner des „Europäertums“. Zu wiederholen, dass wir vor Deutschland nicht weglaufen können, hilft Polen

---

<sup>110</sup> Zdzisław Krasnodębski: Ebd.

nicht dabei, eine partnerschaftliche Position in den Beziehungen zu Berlin aufzubauen.<sup>111</sup>

Zu schreiben, dass Deutschland Polen ausspiele, da es cleverer sei, heißt – ob vom Autor gewollt oder nicht – die deutsche Cleverness in der Außenpolitik zu glorifizieren, und die Bemerkung, dass Deutschland dies unter dem Banner des „Europäertums“ tue, sagt mehr über die Europaskepsis Semkas als über Deutschland selbst.

Es gibt jedoch auch weniger gemäßigte „Unversöhnliche“. So entwirft Mariusz Muszyński – oft gemeinsam mit Krzysztof Rak – Horrorszenarien für die bilateralen Beziehungen, die voller Warnungen vor den Gefahren sind, die auf deutscher Seite lauern. Schreiben sie über die Preußische Treuhand, dann verallgemeinern sie und zeigen auf, in was für eine eindeutig falsche Richtung sich die deutsche Geschichtspolitik bewege, deren Ziel es nicht nur sei, die Unterschiede zwischen Tätern und Opfern zu verwischen, sondern gar aus Opfern Täter zu machen<sup>112</sup>. Deutschland sei bedrohlich und gefährlich:

Berlin betrachtet Mitteleuropa, darunter auch Polen, als seinen Einflussbereich. [...] Heute schreibt Berlin das Drehbuch für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Anstatt ein eigenständiges geopolitisches Potenzial aufzubauen, vergeudet Warschau seine Energie mit einzelnen Ideen, die keine praktischen Konsequenzen haben. [...] Berlin hat nicht vor, seinen egoistischen Appetit zu zügeln, und macht daraus noch nicht mal einen Hehl. [...] Es schlägt in allen Bereichen unserer Beziehungen einen zunehmend antipolnischen Kurs ein. [...] Gleichzeitig setzt es seine Politik der Dränage des polnischen Markts fort und entzieht ihm hochqualifizierte Fachkräfte.<sup>113</sup>

Für Muszyński und Rak ist Deutschland nichts weiter als ein Feind, und seine Absichten sind nur eine neue Version dessen, was wir ohnehin schon aus der Vergangenheit kennen. Ihren Texten zu-

---

<sup>111</sup> Piotr Semka: *Zimna wojna polsko-niemiecka*. In: Wprost, 2006, Nr. 35.

<sup>112</sup> Vgl. Mariusz Muszyński, Krzysztof Rak: *Powiernictwo Pruskie zniszczyło kompromis*. In: Rzeczpospolita, 19.12.2006.

<sup>113</sup> Mariusz Muszyński, Krzysztof Rak: *Katastrofa Berlińska*. In: Wprost, 2008, Nr. 25.



folge sind die Deutschen im Grunde heute gefährlicher als früher, denn sie wollen Polen mit Hilfe der gesamten EU unterjochen. Es ist nur schwer ersichtlich, von wo Rettung nahen soll, und in den Texten fehlt jeglicher Hinweis darauf, wie Polen den vermeintlichen Gefahren begegnen könnte.

Im anderen Lager befinden sich die „Schlichter“ und unter ihnen so herausragende Deutschlandexperten wie Adam Krzemiński. Trotz ihres wertvollen Beitrags zum deutsch-polnischen Dialog neigen die „Schlichter“ dazu, wenn der Dialog ins Stocken gerät, die Schuld dafür v. a. auf polnischer Seite zu suchen. Krzemiński ist z. B. der Ansicht, dass Polen zur Zeit der Kaczyński-Regierung einen Krieg geführt hat:

[...] diesmal jedoch nicht gegen die Deutschen, sondern um Deutschland, nicht gegen den deutschen Angreifer, sondern um die polnische Sichtweise auf den Westen [...] Im Grunde genommen führen wir Polen diesen Krieg gegen uns selbst. Denn in unseren Köpfen stoßen zwei völlig gegensätzliche Visionen von deutsch-polnischer Nachbarschaft aufeinander. In den Köpfen der Deutschen gibt es diesen Krieg nicht.<sup>114</sup>

Dabei ist es schade, dass es diesen Krieg, dieses Nachdenken über den östlichen Nachbarn gerade in den Köpfen der Deutschen nicht gibt. Man könnte Krzemiński polemisch entgegen, dass die Reaktionen Polens zum großen Teil das Ergebnis eben dieses fehlenden deutschen Nachdenkens über Polen sind. Die „Schlichter“ vermeiden es weitestgehend, in ihren schriftlichen und mündlichen Äußerungen schwierige Themen zu berühren, die ihrer Meinung nach dem Dialog schaden könnten. Sie konzentrieren sich vielmehr auf Themen wie Versöhnung und Verständigung im weiteren Sinne. Diese Absicht ist ehrbar und nicht zu unterschätzen. Man kann jedoch manchmal den Eindruck gewinnen, dass die Hauptsorge der „Schlichter“ der antideutschen Haltung der Polen gilt und nicht den gegensätzlichen Interessen, die man sachlich gegeneinander abwägen und analysieren sollte. Öfter auch als mit

---

<sup>114</sup> Adam Krzemiński: *Wojna czy pokój*. In: Gunter Hofmann, Adam Krzemiński (Hrsg.): *Zbrodnia & kara & дума & uprzedzenie. Polacy i Niemcy*. Berlin–Warszawa 2007, S. 203 f.

den Deutschen polemisieren sie mit ihren polnischen „antideutschen“ Gegenspielern.

Es lohnt sich allemal, die Texte von Krasnodębski und Krzemiński zu lesen. Unabhängig von den Unterschieden, die sie trennen, ja vielleicht sogar gerade wegen ihnen ist die polnische Diskussion über Deutschland zweifellos nicht ohne Wert. Es scheint jedoch, als habe der versteckte Antagonismus, der sie voneinander trennt, manchmal weniger mit den Deutschen als mit innerpolnischen Auseinandersetzungen zu tun. Bei den Veröffentlichungen von Krasnodębski ist oft zu sehen, dass es, obwohl das Thema einen Deutschlandbezug hat, nicht unbedingt auch um Deutschland geht.

Im emotionalen Streit über die Geschichte haben sich manche bereits so sehr vergaloppiert, dass sie es den Polen vorwerfen, dass sie sich nach wie vor als Opfer der Deutschen sehen. Im neuen, transformierten Diskurs über den Zweiten Weltkrieg gilt das Erinnern an das aus dem Kontext gerissene Schicksal der „Vertriebenen“, was auch in Deutschland manchmal als Revanchismus angesehen wird, als Ausdruck einer liberalen, proeuropäischen und überaus moralischen Haltung. Das Erinnern an die Opfer von Stutthof hingegen ist Ausdruck eines engstirnigen Nationalismus, einer europakritischen Haltung sowie von Ressentiments.<sup>115</sup>

Bei diesem äußerst interessanten Zitat weiß man nicht mehr, um wessen „liberale“ und „proeuropäische“ Haltung es geht – die deutsche oder die polnische. Der Zusatz „überaus moralisch“ legt nahe, dass es um in Krasnodębskis Augen naive polnische Ansichten geht. Der Streit über Deutschland wird zu einer innerpolnischen Auseinandersetzung mit den naiven, europafreundlichen Liberalen.

Vollkommen klar ist die Sache hingegen bei Mariusz Muszyński. Er ist deutschland- und europafeindlich, und um vor der EU zu warnen, droht er mit Deutschland.

Ein weiteres Beispiel für innerpolnische Auseinandersetzungen, die auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen werden, ist Marek Cichocki. Er behauptet, es gebe in Polen Spezialisten für bilaterale Themen, die sich einzig und allein deshalb mit Umsiedlungen und

---

<sup>115</sup> Zdzisław Krasnodębski: *Prasowe salwy. W niemieckich mediach bracia Kaczyńscy są gorsi od Łukaszenki*. In: Wprost, 2006, Nr. 35.

Ostprien beschäftigen, weil sie sich nicht mit der Europäischen Union auskennen und nicht in der Lage sind, den deutsch-polnischen Dialog im europäischen Kontext zu verorten. Cichocki schreibt: „[...] aus Sicht der Realpolitik ist diese Logik für die deutsch-polnischen Beziehungen parasitär, und mit Blick auf die Konsequenzen schlicht tödlich, da sie sie von der Welt der realen politischen Entscheidungen trennt“<sup>116</sup>.

Auf diese Weise stellt Cichocki allzu viele polnische Experten für die deutsch-polnischen Beziehungen gesammelt in die Ecke, wobei er nicht mit ihnen polemisiert. Dies macht deutlich, wie die „Schlichter“ und die „Unversöhnlichen“ ihren Streit über Deutschland austragen, aber mehr noch wie sie sich gegenseitig über innerpolnische Themen belehren und über die Öffentlichkeit hinwegsetzen. Die polnische Öffentlichkeit will hingegen in Deutschland keinen Feind und keine Bedrohung sehen. So sieht es im Alltag aus. Es ist auch gar nicht so einfach, sie mit antideutschen Parolen zu mobilisieren. Unserer Ansicht nach gibt es keine Beweise dafür, dass man in Polen mit Deutschfeindlichkeit eine große Zahl von Wählern mobilisieren könnte. Polen muss und will ganz einfach nicht deutschfeindlich sein, auch wenn ihm die „Schlichter“ dies nur allzu gerne unterstellen.

Die polnische Öffentlichkeit hat jedoch ein Recht darauf, dort sensibel zu reagieren, wo es um wirklich wichtige Sachen geht. Eigentumsfragen in den Westgebieten lösen in Polen verständliche Emotionen aus. Wenn einer der „Unversöhnlichen“ diese Fragen thematisiert, und sei es mit radikalen Worten, dann sollte man ihn nicht wegen seiner antideutschen Haltung rügen, sondern sich zunächst mit dem Problem beschäftigen.<sup>117</sup> Und es muss auch gefragt werden, weshalb nicht einer der „Schlichter“ dieses Problem als erster angesprochen hat, das schließlich größtenteils den Versäumnissen der polnischen Verwaltung geschuldet ist und nicht der deutschen Habgier.

---

<sup>116</sup> Marek A. Cichocki: *Polska polityka musi byc wiadoma wlasnej podmiotowoci. Z Markiem Cichockim rozmawia Wojciech Przybylski*. In: Pressje, Heft: *Polak, Niemiec – dwa bratanki*, Krakow 2008, S. 35-56.

<sup>117</sup> Dank des Urteils des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg haben diese Fragen ein positives Ende gefunden.

Egal wie kritisch man die polnischen Diskussionen über Deutschland sehen mag, sie sind wesentlich vielfältiger und differenzierter als die deutschen Diskussionen über Polen.

## Schule wie im 19. Jahrhundert

Die „Asymmetrie des Respekts“ im deutsch-polnischen Dialog ist, wie schon gesagt, tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt. Meinungsumfragen belegen dies sehr deutlich.

So zeigen Umfragen aus dem Jahr 2005, wie groß die Vorurteile und die negativen Stereotype sind, die Deutsche gegenüber Polen hegen. Auf die Frage, ob die polnische Wirtschaft wachse, antwortete jeder fünfte Deutsche, dies sei für ihn unvorstellbar. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bezüglich des Glaubens an die polnische Marktwirtschaft: Jeder fünfte Deutsche verband hiermit stereotyp den Ausdruck „polnische Wirtschaft“. Und fragt man einen durchschnittlichen Deutschen nach seinen Assoziationen zu Polen, so wird an erster Stelle „Dieb“ genannt<sup>118</sup>.

Ebenso zeigt eine PBS-Umfrage für die polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ vom Juli 2006, dass 43% der Deutschen negative Assoziationen zu Polen haben. Nur 23% der Befragten verbinden etwas Positives mit dem Nachbarland. Solche Einstellung zu Polen wurde auch von einer Umfrage des ZDF-Politbarometers vom März 2007 bestätigt. Sie ergab, dass Polen die meisten Antipathien hervorruft – für 23% der Befragten war es das Land, das sie am wenigsten sympathisch fanden. Jeder zehnte Deutsche mag auch Rumänien nicht. Positiv äußern sich die Deutschen zu Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und den Niederlanden. Polen hingegen bezeichneten gerade mal 3,2% der Deutschen als besonders beliebtes Land. Aus der Umfrage geht hervor, dass die Abneigung der Deutschen gegenüber Polen nicht von Alter und

---

<sup>118</sup> Vgl. Xymena Dolińska, Mateusz Falkowski: *Polen und Deutschland. Gegenseitige Wahrnehmung vor der Osterweiterung der Europäischen Union*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych, 2003.

Bildung abhängig ist oder gar davon, ob der Befragte in Ost- oder Westdeutschland lebt.<sup>119</sup>

Man muss jedoch hinzufügen, dass sich diese Tendenz verändert. Auch wenn man in Deutschland Polen nach wie vor mit Religion und Diebstahl in Verbindung bringt und das Land als rückständig ansieht, so verbessert sich sein Image doch allmählich. An die Stelle von negativen Assoziationen treten positive. Nicht selten werden Polen Fleiß (38%), Toleranz, Unternehmergeist und Disziplin zugeschrieben und das Land mit einem schnellen Wirtschaftswachstum in Verbindung gebracht<sup>120</sup>. Dennoch ist dies für Polen kein zufriedenstellendes Bild, u. a. auch deshalb, weil Polen Deutsche in einem wesentlich positiveren Licht sehen. Die Akzeptanz von Polen nimmt zwar auf gesellschaftlicher Ebene zu und wie aus Umfragen hervorgeht, kann sich ein Großteil der Deutschen vorstellen, einen Polen als Chef zu haben, als Abgeordneten im Stadtrat oder sogar im engsten Freundeskreis. Dennoch fällt es ihnen schwer, Polen als ein Land zu akzeptieren, das eine größere Rolle in Europa spielen könnte. Wie Falkowski schreibt, ergibt sich diese fehlende Akzeptanz nicht aus einer etwaigen Rückständigkeit Polens, sondern daraus, dass die Emanzipation der polnischen Politik nicht verstanden wird<sup>121</sup>, d.h. die Tatsache, dass Warschau seine eigene Meinung vertritt, die sich oftmals von der Berlins unterscheidet.

Dem muss man jedoch hinzufügen, dass andere Umfragen, die unter der deutschen Führungsschicht durchgeführt wurden, wesentlich positiver für Polen ausfallen und zeigen, dass die Deutschen eine Annäherung an Polen wollen.<sup>122</sup> Ein Teil der Elite wendet sich Polen zu und dies sollte man in Polen zu schätzen wissen. Man kann jedoch nicht sagen, dass der Durchschnittsdeutsche Polen mag.

---

<sup>119</sup> Vgl. *Niemcy nas nie kochają*. In: *Gazeta Wyborcza*, 20.03.2007. Frühere Umfragen bespricht Mieczysław Tomala: *Jak Polacy i Niemcy widzą siebie nawzajem?* Warszawa 2000, wobei er zu ähnlichen Ergebnissen kommt.

<sup>120</sup> Mateusz Falkowski, *Polacy i Niemcy ...*, a.a.O.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Wolf-Dieter Eberwein, Sergiusz Kowalski, Janusz Reiter: *Elity Polski i Niemiec. Wspólnota interesów i wartości?* Warszawa: Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2000.

Politiker wiederum sind von der Stimme der Wähler abhängig. Dass Polen nur begrenzten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt haben, hat garantiert keine wirtschaftlichen Gründe, sondern ist der öffentlichen Meinung in Deutschland geschuldet.

Die Gründe hierfür sind sicherlich darin zu suchen, wie Polen im Allgemeinen in den deutschen Medien dargestellt wird. Wer in Deutschland lebt und einen durchschnittlichen Medienkonsum hat, wird kaum den Eindruck bekommen, dass Polen ein Nachbarland von Deutschland ist oder dass die deutschen Medien etwas dazu beitragen wollen, der Öffentlichkeit Polen irgendwie näher zu bringen.

Relativ selten finden sich Artikel in der deutschen Presse bzw. Informationen im Fernsehen, in denen versucht wird, die jeweiligen Fakten differenziert und komplex zu vermitteln. Man kann gar die These aufstellen, dass Informationen aus und über Polen in wenig konstruktiver und empathischer Form dargestellt werden. Es ist, als ob den deutschen Kommentatoren manchmal ein Minimum an Sympathie für Polen sowie generell Optimismus fehlen würde. Selten steht die Frage im Mittelpunkt, wovon sich Polen bei konkreten Entscheidungen leiten lassen, häufig wird gar spöttisch über Polen berichtet. Diese Einstellung wundert bei Journalisten, die wohl wissend, welche antipolnischen Stereotype unter Deutschen verbreitet sind, diese wenigstens etwas abschwächen sollten, selbst wenn sie der Meinung sind, dass sie gegenüber diesem oder jenem Phänomen in Polen kritisch sein sollten.

Als 2007 hitzige Diskussionen über die Zukunft des EU-Reformvertrags geführt wurden, druckte „Der Spiegel“ auf seiner Titelseite ein Bild der Kaczyński-Brüder mit der Aufschrift „Wie die Polen Europa nerven“, und deutsche Medien schrieben allenthalben, was für ein großer Bremsen Polen für den europäischen Einigungsprozess sei. Nach dem gescheiterten Referendum in Irland, das in der Tat die Integration der EU gebremst hat, fragen dieselben Medien, wie man aus dieser Situation wieder herauskommen und wie man Irland helfen könne. Kann man hier von Objektivität sprechen, von Empathie oder von Verantwortung? Dabei ist genau das die Aufgabe der Medien. Sie sollen beschreiben, erklären und kritisch

analysieren. Es fällt daher nicht schwer, folgender Einschätzung zuzustimmen, dass

die deutschen Medien es jedoch immer seltener schaffen, sich zu einer solchen Beurteilung der polnischen Politik durchzuringen. Die meinungsbildenden Eliten verhalten sich ironischerweise genau so, wie sie es den Kaczyński-Brüdern vorgeworfen haben. Sie beschreiben die Wirklichkeit in Kategorien von absoluten Wahrheiten und lassen nur die Wahl zwischen Wahrheit und Unwahrheit, schwarz oder weiß. Es überrascht kaum, dass Politiker gerne eine solch eindimensionale Wirklichkeit konstruieren. Doch dass fast die gesamte deutsche Presse in den letzten zwei Jahren geschlossen hinter der staatlich-nationalen Linie ihrer Regierung steht, zeigt, wie weit wir in den deutsch-polnischen Beziehungen noch von Partnerschaft und europäischer Einheit entfernt sind.<sup>123</sup>

In deutschen Fernsehdiskussionen werden polnische Teilnehmer und polnische Themen äußerst selten berücksichtigt. Besonders deutlich wird dies bei Medien in der deutsch-polnischen Grenzregion (wie z. B. dem MDR), auch wenn man gerade dort eine intensivere Zusammenarbeit mit Polen erwarten könnte.

Erika Steinbach wäre an dieser Stelle keiner Erwähnung wert, wenn die von ihr hervorgerufenen deutsch-polnischen Spannungen nicht eine recht wichtige Lehre beinhalten würden. Es hat sich gezeigt, dass eine große deutsche Volkspartei – die CDU – mit Rücksicht auf ihre Wähler dazu bereit ist, einen Konflikt mit Polen zu riskieren, oder, was noch schlimmer ist, nicht bemerkt, was für ein sensibles Thema in den deutsch-polnischen Beziehungen da berührt wird. Die Absicht, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, hätte in Polen keine größeren Bedenken hervorzurufen brauchen – was allerdings zu Recht der Fall ist –, wenn die Deutschen allgemein über die nationalsozialistischen Verbrechen in Polen Bescheid wüssten und sich dies in Berlin in einer entsprechenden Symbolik äußern würde. Auch wäre diese Initiative anders aufgenommen worden, wenn in Deutschland die Tatsache allgemein bekannt wäre, dass die Menschen in Polen während des Zweiten Weltkriegs als erste zu

---

<sup>123</sup> Magdalena Latkowska, Julia Walter: *Polska-Niemcy: Niezrozumienie i nierównowaga*. In: Odra, 2007, Nr. 12, S. 7-9.

Opfern von Vertreibungen geworden sind. In Polen stößt zudem die Tatsache auf Verwunderung, dass in Deutschland die nationalsozialistischen Verbrechen nicht aufgearbeitet worden sind, die an der eigenen Bevölkerung während der „Flucht“ verübt wurden und die der Vertreibung voraus gegangen waren.

Jener Mangel an bisweilen grundlegendem Respekt, den man gerade in den deutschen Medien findet, ist schwer zu verstehen und zu akzeptieren. Beim Thema Polen offenbaren sie entweder beschämende Wissenslücken oder aber enorme Vorurteile. Oder aber sowohl das Eine als auch das Andere. Man kann daher fragen, ob es nicht so ist, dass die Deutschen nicht hierüber nachdenken wollen, was man leider als Arroganz und Ignoranz gegenüber Polen bezeichnen muss. Andernfalls müssten sie sich ernsthaft fragen, wie ihre Einstellung gegenüber Polen und dem Osten aussieht. Und das wollen die Deutschen dann doch nicht, denn sie sind der Meinung, dass sie historische Themen bereits abgeschlossen haben, bzw. sie ziehen es vor, auf wirtschaftlich-politischem Gebiet einen herablassenden Tonfall gegenüber Polen anzuschlagen, da sie befürchten, dass Polen ihnen gegenüber das Gleiche auf moralischem Gebiet tun könnten.

Angesichts dieser Anzeichen für eine „Asymmetrie des Respekts“ in den Medien sind Initiativen wie z.B. die Deutsch-Polnischen Medientage, jegliche Art deutsch-polnischer Journalistenpreise und Studienreisen für Journalisten<sup>124</sup> ein unverzichtbarer Bestandteil der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Sie werden jedoch nicht viel bewirken, wenn man sich nicht noch eines anderen Themas annimmt, nämlich der deutschen Schulbildung.

Wie der Philosoph und Soziologe Norbert Elias feststellt, zeichnen sich gesellschaftliche Einstellungen durch eine große Trägheit aus: Überzeugungen und Ideen werden von Generation zu Generation weitergegeben und verändern sich allen Anstrengungen zum Trotz nur schwer.

---

<sup>124</sup> Erwähnenswert ist hier z. B. die Warschauer Initiative „Mediantandem“, die sich für den Austausch und das bessere Kennenlernen von Journalisten aus Deutschland und Polen einsetzt.



Für das hier als „Asymmetrie des Respekts“ bezeichnete Phänomen findet man tiefer gehende Ursachen in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Versuche Preußens, die polnischen Teilungen zu rechtfertigen, die jahrelange Nicht-Existenz des polnischen Staates und damit auch Polens als eines gleichberechtigten politischen Partners, das fehlende Verständnis für die republikanischen Prinzipien Polens in der Zeit vor den Teilungen<sup>125</sup> – all dies erklärt in gewisser Weise die negativen Stereotype, die in Deutschland gegenüber Polen herrschen. Etwas erklären und verstehen zu können, heißt gewissermaßen, etwas zu entschuldigen. So gesehen könnten Polen Deutschen deren negative Vorurteile verzeihen, jedoch unter einer Bedingung: dass dieses Phänomen in Deutschland aufmerksam beobachtet und ernst genommen wird und dass man versucht, diesen Zustand zu ändern. Davon ist jedoch nichts zu merken und man könnte sogar boshaft sagen, dass die im 19. Jahrhundert entstandenen Stereotype sowohl in der Schule als auch in den Medien weiterhin gepflegt werden. Die Schule und das Schulsystem sind langfristig im Grunde genommen sogar wichtiger als die Medien.

Schaut man sich die Schulbücher für das Fach Geschichte an, die nur ein Minimum an Wissen über Polen enthalten, dann muss man sich schon sehr für das Land interessieren, um in Erfahrung zu bringen, dass Polen 38 Mio. Einwohner hat, dass Renaissanceschlösser und -palais in Polen keine Seltenheit sind, dass Moskau nicht immer die Hegemonialmacht Osteuropas war oder dass der Nationaldichter der Polen Mickiewicz heißt.<sup>126</sup> Jörg-Dieter Gauger hat eine Analyse deutscher Schulbücher unter dem Aspekt der dort aufgeführten Informationen zu Polen, den deutsch-polnischen Beziehungen und generell zur Bedeutung des „Ostens“ für Deutschland vorgenommen und ist zu einem niederschmetternden Ergebnis gekom-

---

<sup>125</sup> Wer wissen möchte, welche politische Bedeutung diese Problematik auch heute noch hat, den verweisen wir auf Klaus Zernacks Buch *Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte*. Berlin 1994.

<sup>126</sup> Jörg-Dieter Gauger: *Deutsche und Polen im Unterricht. Eine Untersuchung aktueller Lehrpläne/ Richtlinien und Schulbücher für Geschichte*. Schwalbach 2008, S. 85. Ebenso: *Polska – Niemcy. Historia. Nie kapitulować przed demagogami*. In: *Gazeta Wyborcza*, 17.06.2008.

men: „Deutsche Schulabgänger sind im Durchschnitt ostkundliche Analphabeten“.<sup>127</sup>

Und selbst wenn man in einem Großteil der Schulbücher Informationen zu den polnischen Teilungen finden kann, so werden die Aufstände der Freiheitskämpfer im 19. Jahrhundert sowie das Wiedererlangen der Unabhängigkeit durch Polen im Jahr 1918 in den meisten Fällen kaum erwähnt. Auch werden die späteren Freiheitsbewegungen, die schließlich auch für Deutschland nicht unwichtig waren (und hier nicht nur die „Solidarność“) kaum weiter diskutiert. Geradezu empörend ist, wie wenig Wissen deutsche Schüler über Polen zur Zeit der deutschen Besatzung nach 1939 vermittelt bekommen, ganz zu schweigen von der Bedeutung der katholischen Kirche für die polnische Identität. Gauger schreibt, dass die Beziehung zwischen der „Solidarność“, Papst Johannes Paul II. und der deutschen Wiedervereinigung höchstens indirekt hergestellt wird, d.h. dass sie im Grunde genommen nicht existiert<sup>128</sup>.

Was ein junger Deutscher beim Abitur über Polen wissen sollte, kann man anhand einer Publikation sehen (auch wenn man dort nichts Neues erfährt), die wesentlich weniger ehrgeizig ist als Gaugers fundierte Untersuchung: die vom renommierten und auf Publikationen dieser Art spezialisierten Cornelsen Verlag herausgegebene Lernhilfe „*Geschichte. Pocket Teacher Abi*“<sup>129</sup>. Die Antwort fällt knapp aus: nichts außer dem, dass es die polnischen Teilungen gegeben hat.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Bild Polens so ist, wie es ist, wenn in der Schule – durch die alle gehen, auch die zukünftigen Journalisten – noch nicht einmal Grundkenntnisse zu Polen vermittelt werden. Es wundert allerdings, dass es seit nunmehr 20 Jahren, die uns vom geschichtsträchtigen Jahr 1989 trennen, in Deutschland keine nennenswerten Anstrengungen gegeben hat, die Lehrpläne zu überarbeiten, damit deutsche Schüler etwas über das nach Frankreich bevölkerungsreichste Nachbarland Deutschlands erfahren können. In

---

<sup>127</sup> Jörg-Dieter Gauger: *Deutsche und Polen im Unterricht ...*, a.a.O., S. 86.

<sup>128</sup> Ebd. S. 85.

<sup>129</sup> Wilhelm Matthiessen: *Geschichte. Pocket Teacher Abi* oder Martin Liepach: *Geschichte von der Antike bis 1789. Pocket Teacher*.

dieser Hinsicht hat sich an deutschen Schulen seit dem 19. Jahrhundert nichts geändert, da sie die damalige Sichtweise des Ostens und v.a. Polens kultivieren, und dies trotz der europäischen Integration. Wenn das Wissen der meisten von uns zu einem großen Teil das Ergebnis unserer Schulzeit ist, dann sollte man die Deutschen fast dafür bewundern, dass sie überhaupt so viel über Polen wissen, denn wissen dürften sie im Grunde genommen gar nichts.

Wenn ein junger Deutscher Polnisch spricht, dann ist es so gut wie ausgeschlossen, dass er in der Schule diese exotische Sprache gelernt hat, von der alle Deutschen behaupten, sie sei unglaublich schwer sei (auch wenn wesentlich mehr Deutsche Russisch lernen, was für einen Deutschen nun ganz bestimmt nicht leichter ist). Polnisch ist die einzige bedeutende europäische Sprache, die nicht an der Schule angeboten wird – von wenigen Ausnahmen abgesehen, wo Polnisch im Rahmen spezieller Projekte unterrichtet wird<sup>130</sup>.

Die hier beschriebenen negativen Erscheinungen werden sicherlich durch die überall anzutreffende politische Korrektheit gemindert, wobei diese jedoch in größerem Maß gegenüber Russland gilt als gegenüber Polen. Gleichzeitig lernen junge Deutsche in der Schule eine gewisse Unbefangenheit, die sich aus ihren Wissenslücken ergibt, ja sogar eine Art Selbstsicherheit, mit der sie ihr fehlendes Wissen rechtfertigen. Ein Schulabgänger in Deutschland weiß in der Regel, dass er vorsichtig sein sollte, da Deutsche generell Täter sind und Polen Opfer.<sup>131</sup> Er weiß jedoch überhaupt nicht, was dieser Zusammenhang bedeutet, was noch dadurch verstärkt wird, dass die Stereotype aus dem 19. Jahrhundert im Unterbewusstsein weiter umherspuken<sup>132</sup>.

---

<sup>130</sup> In Sachsen, das an Polen grenzt, lernen 400 von 500 000 Schülern Polnisch. Ein interessantes Dokument stellt eine 2001 vom Sächsischen Kultusministerium aus Anlass des Europäischen Jahres der Sprachen herausgegebene Broschüre dar, in der Polnisch nur ganz am Rand behandelt wird. Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Kultus: *Das war das Jahr der Sprachen. War's das? Ein Rückblick. Ein Ausblick. Dokumentation.* Dresden 2001.

<sup>131</sup> Jörg-Dieter Gauger: *Deutsche und Polen im Unterricht ...*, a.a.O.

<sup>132</sup> Werner Clever: *Germanen, Slawen und Deutsche in Ostmittel- und Osteuropa. Zur Darstellung ihrer Beziehungsgeschichte in Schulgeschichtsbüchern der nationalsozialistischen Zeit.* Dortmund 2000.

Die deutsche Aufarbeitung des Zeitraums 1933-1945 umfasst universelle Inhalte und stellt Deutschland nicht das schlechteste Zeugnis aus als einer politischen Gesellschaft, die bereit ist, die Verantwortung für die Last der Vergangenheit zu tragen.<sup>133</sup> Zudem verbindet die Deutschen aufgrund der Erfahrungen Ostdeutschlands in den Jahren 1945-1989 eine Schicksalsgemeinschaft mit dem östlichen Teil des Kontinents. Und dennoch kann man aus polnischer Sicht ernsthafte Vorbehalte gegen diese Aufarbeitung und das derzeitige deutsche Geschichtsbewusstsein äußern, denn Polen ist hierbei nur am Rande berücksichtigt worden.

Deutsche merken daher oft gar nicht, welche Vorurteile in ihrem Land gegenüber Polen bestehen. Dass jemand seine Abneigung gegenüber Polen offen bekundet, kommt nur selten vor, denn dies erlaubt u. a. die schon erwähnte politische Korrektheit nicht. Wenn man Deutsche jedoch auf die durchaus existierenden Vorurteile anspricht, reagieren sie häufig irritiert. Sie sind es gewohnt, dass eher sie Polen gute Ratschläge geben, als dass sie sich von ihnen Kritik anzuhören brauchen. Man kann natürlich jemanden, dessen direkter Nachbar man ist, einfach nicht weiter beachten, was sehr vielsagend ist. Komplizierter sind jedoch die Fälle, in denen Vorurteile mit deutlicher Sympathie einhergehen. Jemand, der z. B. nach einem Aufenthalt in Krakau erzählt, er sei „positiv überrascht“ gewesen, dass er dort so viele Renaissancebauten gesehen habe, lässt einen nachdenken darüber, welche Qualität seine Sympathie für Polen hat. Wenn jemand wiederum bei der Erwähnung des Namens Mickiewicz fragt: „Wer ist das?“ und auf die Antwort „Das ist für Polen jemand wie für euch Goethe“ antwortet: „Ach so“, sich kein bisschen seiner Unwissenheit schämt und ein Gesicht macht, als wolle er sagen „Ja, ich weiß, jeder Schäfer lobt seine Keule“, dann kann man vermuten, dass er die Polen zwar sympathisch finden möchte, aber trotzdem nicht aufhört, sie von oben herab zu behandeln.

Die deutschen Medien sorgen in Polen häufig für Irritationen. Zu Recht wird vermutet, dass sie an dem schlechten Image, das Polen

---

<sup>133</sup> Kazimierz Wóycicki: *Niemiecki rachunek sumienia. Niemcy wobec swojej przeszłości 1933-1945*. Wrocław 2003.

in Deutschland hat, mitschuldig sind. Hierbei verwechselt die polnische Seite jedoch Ursache und Wirkung. Die Haltung der deutschen Medien ist lediglich Ausdruck eines komplizierteren Phänomens und die Folge von wesentlich tiefer liegenden Ursachen. Gemeint ist die deutsche Schulbildung – Schule wie im 19. Jahrhundert –, der mentale Gefrierschrank für negative Stereotype, die aus der Anfangszeit des deutschen Nationalismus stammen.<sup>134</sup>

Nicht über die Medien muss man mit den Deutschen v. a. diskutieren und sich beschweren, denn dies bleibt in der Regel wirkungslos und ist sogar kontraproduktiv. Es gilt vielmehr, eine ernsthafte Diskussion über die Tradition der Schulbildung in Deutschland und ihr Verhältnis zu Polen zu beginnen. Auf diesem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung hat Deutschland noch viel nachzuholen.

---

<sup>134</sup> Überaus detailliert behandelt der bekannte polnische Germanist und Historiker Hubert Orłowski diese Fragen in seiner schon als Klassiker zu bezeichnenden Arbeit *„Polnische Wirtschaft“: zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit*. Wiesbaden 1996. Zuletzt hat Izabela Surynt dieses Thema auf sehr interessante Weise analysiert. Vgl. Izabela Surynt: *Das „ferne“, „unheimliche“ Land. Gustav Freytags Polen*. Dresden 2004.

## **Was sollte Polen von Deutschland fordern?**

Außer der politisch-historischen Versöhnung erwartet Polen von Deutschland einen partnerschaftlichen Dialog strategischer Art nach dem Vorbild der deutsch-französischen Beziehungen. Wir gehen davon aus, dass geschlossene Verträge und Abkommen eingehalten werden. Wir stellen uns besonders auf eine Zusammenarbeit bei solchen Themen ein, die für beide Länder sowie die gesamte EU wichtig sind.<sup>135</sup>

Nur dies bzw. nicht weniger als dies lesen wir in der Grundsatzserklärung des polnischen Außenministers. Der Richtigkeit und dem Ernst dieser Äußerungen lässt sich nicht widersprechen. Sie enthalten Grundsätze, die seit vielen Jahren gelten und die noch lange fester Bestandteil der polnischen Außenpolitik sein werden. Dennoch lässt sich die Frage, worin ein „Dialog strategischer Art“ bestehen sollte, nicht automatisch beantworten. Hierfür muss man eine weitere Frage stellen: Was sollte Polen gerade in strategischer, langfristiger Sicht von Deutschland erwarten? Gemessen an den Erfordernissen der aktuellen Politik und den aktuellen Problemen wird diese Frage in Polen zu selten gestellt und noch seltener mit Deutschland diskutiert.

### **Deutsch-polnische Interessengemeinschaft und -unterschiede**

Der am 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen unterzeichnete Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit stellt die Grundlage für

---

<sup>135</sup> Erklärung des Außenministers zur Außenpolitik der Republik Polen im Jahr 2008. In: <http://www.ms.gov.pl/Informacja,Ministra,Spraw,Zagranicznych,nt.,polityki,zagranicznej,RP,w,2008,roku,16954.html>.

den deutsch-polnischen Dialog dar. Er hat die Bereiche abgesteckt, in denen Deutschland und Polen zusammenarbeiten, und sollte so die Interessengemeinschaft definieren. Aus dem 2007 von der polnischen Regierung vorgelegten Bericht zur Umsetzung dieses Vertrags geht hervor, dass geschichtliche Fragen, die im Vertrag geregelt bzw. offen gelassen worden waren, nach wie vor aktuell sind, darunter vor allem der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen, Entschädigungsforderungen sowie die Situation von Polen in Deutschland und die Bildungspolitik der Bundesländer<sup>136</sup>. Auch die Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf das „Sichtbare Zeichen“ werden gewiss noch auf die deutsch-polnische Agenda gesetzt werden. Die Entschädigungsfrage ist inzwischen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklärt worden, wohingegen die Situation der polnischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland nicht im Geiste des Vertrags geregelt wird. Hierbei geht es sowohl darum, mehr Möglichkeiten zu schaffen, die polnische Sprache und Kultur zu pflegen, als auch darum, ein Forschungs- und Wissenschaftszentrum einzurichten, das sich damit beschäftigt, Wissen über Polen zu fördern.

Neben den ungeklärten Themen des Vertrags gibt es im deutsch-polnischen Dialog auch Differenzen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven auf konkrete Herausforderungen ergeben. Dies ist im Grunde ganz normal, auch wenn es oft dazu führt, dass beide Länder nicht an einem Strang ziehen. Deutschland und Polen sind Partner in NATO und EU und diese Mitgliedschaften geben die Richtung der Außenpolitiken beider Länder vor, wobei es eine wichtige Herausforderung ist, das jeweilige nationale und europäische Interesse zu definieren.

Polens Ziel ist es, sich weiterzuentwickeln. Dies ergibt sich einerseits aus der Notwendigkeit, Rückstände im Bereich der Infrastruktur aufzuholen, und andererseits aus den aktuellen Herausforderungen.

---

<sup>136</sup> Erklärung der polnischen Regierung zur Umsetzung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit anlässlich des 15. Jahrestags seiner Unterzeichnung vom 25.01.2007. In: [http://orka.sejm.gov.pl/Druki5ka.nsf/wgdruku/1328/\\$file/1328.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Druki5ka.nsf/wgdruku/1328/$file/1328.pdf).

Daher befindet sich Polen momentan in einer Phase, die Krzysztof Szczerski als „Notwendigkeit zur Entscheidung“ bezeichnet hat<sup>137</sup>, an deren Ende wohlüberlegte politische Aktivitäten stehen sollen, mit denen das zuvor genannte Ziel erreicht werden kann.

Infolgedessen lässt sich leicht feststellen, wo Deutschland und Polen unterschiedliche Interessen haben. Zu nennen wäre hier in erster Linie die geplante Ostseepipeline. Auch dieses Thema ist von der deutsch-polnischen Agenda gestrichen worden und selbst einige deutsche Experten stehen der Umsetzung dieses Projekts distanziert gegenüber, und zwar nicht aus politischen Gründen oder wegen der polnischen Bedenken, sondern v. a. aus finanziellen Erwägungen.<sup>138</sup>

Ebenso wichtig für beide Länder ist der EU-Haushalt. Deutschland gehört zu den Nettozahlern der Europäischen Union und es ist ihm daran gelegen, möglichst wenig Geld nach Brüssel zu überweisen. Polen, ein Nutznießer der europäischen Fonds, würde es hingegen gern sehen, dass Brüssel über so viel Geld wie möglich verfügt. Warschau befürwortet daher zudem ein Festlegen der Höhe der Zahlungen an die EU auf 1,24% des Bruttonationaleinkommens, während Deutschland dafür plädiert, sie auf den minimalen Betrag von 1% zu senken. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Noch größere Differenzen bestehen hinsichtlich der Struktur des EU-Haushalts. Polen erhält umfangreiche Mittel im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die immerhin 35% des EU-Haushalts ausmacht. Deutschland hingegen profitiert nur in geringem Maß von ihr. Sowohl Berlin als auch London würden die Zuschüsse für die Landwirtschaft gern deutlich einschränken, während sich Warschau und Paris auf der anderen Seite der Barrikade befinden.

Deutschland und Polen unterscheiden sich zudem in ihrem Verhältnis zu Russland. Dies ist nur zum Teil historisch begründet, auch wenn man diesen Faktor nicht unterschätzen sollte. Wirtschaftliche Aspekte haben wohl eine größere Bedeutung.

---

<sup>137</sup> Krzysztof Szczerski: *Wyzwania polityki Polski w Unii Europejskiej*. In: Jacek Czaputowicz (Hrsg.): *Polityka zagraniczna Polski. Unia Europejska – Stany Zjednoczone – Sąsiedzi*. Warszawa 2008, S. 19.

<sup>138</sup> Stephen Bastos: *Idylla się skończyła*. In: *Dziennik*, 03.10.2008.



Deutsche Konzerne, die sich in Russland engagieren, können sich eine vollkommen andere wirtschaftliche Strategie erlauben als polnische Firmen. Der größte Unterschied zeigt sich jedoch im Bereich der Energiepolitik. Deutschland bezieht aus Russland Gas, sieht dies als ein gutes Geschäft und zugleich als die beste Lösung in ökologischer Hinsicht. Polen hingegen hält dies für kurzfristig und unvernünftig. Auch sieht Deutschland in Russland einen „vertrauenswürdigen Lieferanten“ und die Gefahr, von Gazprom aus politischen Gründen von Lieferungen abgeschnitten zu werden, ist so gering, dass sie strategische Entscheidungen nicht beeinflusst.<sup>139</sup> Die Grundlage für ein solches Denken bilden 35 Jahre reibungsloser deutsch-russischer Zusammenarbeit, die bereits während des Kalten Kriegs andauerte. Zudem reden wir hier von wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen Gazprom und der deutschen Energiewirtschaft sowie von der Überzeugung der Energiefirmen, dass ihre Interessen „identisch sind mit denen des Staates und seiner Bürger“<sup>140</sup>, worin sie die bisherige politische Unterstützung bestätigt. Diese Unterstützung rührt daher, dass für die Gewährleistung der Energiesicherheit in Deutschland nicht der Staat, sondern private Konzerne zuständig sind. Diese unterliegen jedoch bestimmten nationalen Regulierungen wie auch solchen der EU.

Die unterschiedlichen deutschen und polnischen Interessen haben auch Einfluss darauf, wie Ängste und Gefahren wahrgenommen werden. Polen fürchtet, wie bereits erwähnt, v.a. Russland, Deutschland hingegen hat – so paradox dies auch klingen mag – nach dem, was in den Jahren 1933-1945 geschehen ist, am meisten Angst vor sich selbst. Angst vor Russland äußern über 60% der Polen, Angst vor Deutschland 19%.<sup>141</sup>

Diese Unterschiede haben erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik. Für Polen hat Sicherheitspolitik eine wesentlich größere militärische Bedeutung und stellt die Suche nach Absicherung

---

<sup>139</sup> Piotr Buras: *Między Europejzją a Gazpromem. Niemcy, Rosja i bezpieczeństwo energetyczne*. In: Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych, 06/2008.

<sup>140</sup> Piotr Buras: *Interesy koncernów przeciw interesom obywateli?* In: Dialog, 2008, Nr. 84.

<sup>141</sup> Piotr Pacewicz: *Polubiliśmy tarzę, bo boimy się Rosji - sondaż "Gazety"*. In: Gazeta Wyborcza, 20.08.2008.

auf diesem Gebiet dar. In Polen will man in der NATO ein effizientes militärisches Instrument zur gemeinsamen Verteidigung sehen, Deutschland hingegen betrachtet sie vielmehr als politisches Instrument.

## **Was sollte Polen in Brüssel von Deutschland fordern?**

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind Teil des Beziehungsgeflechts innerhalb der EU, was mit Blick auf die polnischen Interessen von Vorteil ist. Die Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen muss daher intensiviert werden.<sup>142</sup> Vor allem auf der Ebene verschiedener Gemeinschaftspolitiken ist die Zusammenarbeit beider Länder unerlässlich, so z. B. bei der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Dies betrifft auch die Diskussion innerhalb der EU zur Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2014-2020. Deutschland wird als Nettozahler eine allgemeine Ausgabenreduzierung auf höchstens 1% des Bruttonationalprodukts der EU-Staaten anstreben sowie ein Verschieben von Geldern in Bereiche, von denen es mehr profitieren kann. Polen muss bei den Gesprächen mit Deutschland entscheiden, was seine Prioritäten sind: die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik oder die Strukturfonds sowie Investitionen in zukunftsweisende Wissens- und Industriebereiche. In beiden Bereichen kann die Höhe der Ausgaben reduziert werden und in beiden Fällen

---

<sup>142</sup> Man muss bedenken, dass die Spezifik von Verhandlungen und die Machtverteilung in Brüssel eine andere ist als in Berlin oder Warschau. Mehr dazu schreibt K. Szczerski: „Bei den Gemeinschaftspolitiken der Europäischen Union ist es für die Interessen einer jeden der daran beteiligten Seiten von grundlegender Bedeutung, sich mit der Rechtspraxis auszukennen, sie für die eigenen Ziele nutzen zu können, die Konsequenzen von Regeln zu verstehen, in der Lage zu sein, etwas im Rahmen dieser Regeln zu verfügen, die Folgen von Regulierungen zu analysieren und sich im Wirrwarr der Vorschriften sicher zu bewegen. Macht wird in diesem System aufgeteilt in Stränge scheinbar nicht miteinander verbundener Verfahrensentscheidungen, die in vielen unterschiedlichen Beschlusszyklen fallen, in verschiedensten Entscheidungsketten, Institutionen und Gremien, die manchmal über keine nennenswerten politischen Funktionen verfügen.“ Vgl. Krzysztof Szczerski: *Polska i Niemcy w europejskiej mozaice. Szkieł wstępny*. In: Presse, Heft: *Polak, Niemiec – dwa bratanki*. Kraków 2008.

hat Deutschland ein Interesse an einer solchen Reduzierung. Die Umverteilung der EU-Finzen kann (und sollte) u. a. zu Gunsten wissenschaftlicher Forschungen und neuer Technologien (auch im Energiebereich) erfolgen.

Der Haushalt der EU sollte mehr Mittel für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung bereitstellen. Diese Finanzierung sollte Projekte betreffen, von denen nicht alle Teile in den einzelnen Mitgliedstaaten effektiv durchgeführt werden können, d.h. sie sollte – ähnlich wie in anderen Bereichen – das Kriterium des europäischen Mehrwerts berücksichtigen. [...] Die besondere Schwäche der Forschungs- und Entwicklungsinstitute der neuen Mitgliedstaaten kann durch die gezielte Verwendung der ihnen im Rahmen der Kohäsionspolitik zustehenden Fonds berücksichtigt werden.<sup>143</sup>

Auf diesem Gebiet nimmt Polen eine sehr schwache Position ein (mit einer extrem geringen Beschäftigungsquote im Zukunfts technologiesektor und einer geringen Zahl an Patenten) und sollte deshalb eine Partnerschaft mit Deutschland anstreben.<sup>144</sup> Beim Verhandeln sollte Polen v. a. betonen, wie wichtig die Unterstützung der Kohäsionspolitik ist, von der auch Deutschland profitiert.<sup>145</sup> Es sollte argumentieren, dass es in dem Moment, in dem es selbst zum EU-Nettozahler wird, anderen helfen können wird.<sup>146</sup>

Deutschland sollte nicht die polnische Europaskepsis und Ängste gezeigt bekommen, sondern eine offensive proeuropäische Politik (was durch Meinungsumfragen in Polen gestützt wird). Polen sollte daher demonstrativ europäischer sein als Deutschland und diese europafreundliche Haltung als eine Art Druckmittel gegenüber den deutschen Partnern benutzen (z. B. in Fragen der

---

<sup>143</sup> Jarosław Pietras: *The future of the EU budget. In search of coherence of objectives, policies and finances of the Union.* In: [http://www.demoseuropa.eu/upload/editor/demos/File/Raport\\_J.Pietras\\_engl.pdf](http://www.demoseuropa.eu/upload/editor/demos/File/Raport_J.Pietras_engl.pdf), 20.10.2008.

<sup>144</sup> Peter Becker: *Rewizja budżetu UE według Niemiec.* In: *Międzynarodowy przegląd polityczny*, 2007, Nr. 4.

<sup>145</sup> Marcin Kaczor: *Stanowisko Niemiec i Polski w sprawie przyszłości budżetu UE.* In: *Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych*, 26.05.2008.

<sup>146</sup> Erklärung des Außenministers zur Außenpolitik der Republik Polen im Jahre 2008. In: <http://www.ms.gov.pl/Informacja,Ministra,Spraw,Zagranicznych,nt.polityki,zagranicznej,RP,w,2008,roku,16954.html>.

Energiepolitik, einer gemeinsamen Armee und der Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit oder auch bei der Erarbeitung von gemeinsamen Forschungsvorhaben). Denn Deutschland lässt sich über eine europafreundliche Haltung beeinflussen, nicht jedoch über Europaskepsis, die in Deutschland von vornherein als provinziell gilt und „Belehrungen“ Vorschub leistet. Indem Polen Deutschland mit einer europafreundlichen Haltung „attackiert“, ruft es ihm die Grundsätze der Bonner Außenpolitik in Erinnerung, die sich durch Selbstbeschränkung im Geiste einer starken europäischen Integration ausgezeichnet hatte. Wie Krzysztof Szczerski schreibt: „gilt es auch, von den deutschen Partnern ihre besondere Fähigkeit zu mystifizieren zu lernen, die darin besteht, das Interesse Deutschlands als Interesse Europas zu bezeichnen und es mit europäischen Instrumenten durchzusetzen.“<sup>147</sup>

In polnischen Diskussionen wird bisweilen die These geäußert, dass die Europäisierung<sup>148</sup> ein Instrument der deutschen Politik sei bzw. sein könnte, um größeren Einfluss in Polen zu erlangen und dort verschiedene Bereiche deutschen Interessen unterzuordnen. Dies lässt sich jedoch nicht ausreichend belegen. Polen hat genau am Gegenteil Interesse: an einer möglichst weitgehenden Europäisierung Deutschlands, denn dadurch kann die Asymmetrie in den gegenseitigen Beziehungen verringert werden.

In Polen sollte daher nicht der deutsche Druck, die Beziehungen zu europäisieren, Unruhe auslösen, sondern alle Anzeichen, die von einer Relativierung derselben zeugen sowie das Unterscheiden zwischen dem europäischen Interesse und dem nationalen Interesse Deutschlands. Solche Tendenzen sind in letzter Zeit durchaus zu beobachten und sollten in Polen Kritik und Beunruhigung hervorrufen, nicht aber die europafreundliche Haltung Deutschlands.<sup>149</sup>

---

<sup>147</sup> Krzysztof Szczerski: *Polska i Niemcy w europejskiej mozaice. Szkic wstępny*. Kraków 2008.

<sup>148</sup> Europäisierung kann man als Prozess definieren, in dem z.B. die bilateralen Beziehungen in den europäischen multilateralen Rahmen eingeflochten werden.

<sup>149</sup> Gunther Hellmann, *Lamed Power: Germany and European Integration*. In: Gunther Hellmann (ed.): *Germany's EU Policy on Asylum and Defence*. De-

Fazit: in den deutsch-polnischen Beziehungen sollte es so viel Brüssel wie möglich geben, was eine Konkretisierung der Direktive ist, dass die deutsch-polnischen Beziehungen überall dort mit den multilateralen Beziehungen verbunden sein sollten, wo dies möglich ist.

## Wirtschafts- und Energiefragen

Polen ist ein Land, das in großem Maß von der deutschen Wirtschaft abhängig ist. 2007 hat sich der Export von Waren und Dienstleistungen nach Deutschland auf 26,1 Mrd. Euro belaufen und der Import auf 28,4 Mrd. Euro, was 25,8% des gesamten polnischen Exports und 23,9% des Imports ausmacht. Auch umgekehrt ist Polen für Deutschland zu einem wichtigen Partner geworden: Beim Import nimmt es Platz 12 ein, beim Export Platz 10.<sup>150</sup> Jede Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland muss sich somit negativ auf die Wirtschaft in Polen auswirken, wie z. B. die schlechter werdenden Perspektiven für den deutschen Export auch den polnischen beeinflussen.

Gleichzeitig hat jedoch die Nachbarschaft zum wirtschaftlich starken Deutschland positive Folgen für Polen. Würde es an Griechenland oder Portugal grenzen, wäre zwar der Unterschied zu den Nachbarn in der wirtschaftlichen Entwicklung geringer, doch aufgrund der geringeren Herausforderungen wären auch die Anforderungen an die polnische Wirtschaft nicht so groß. Da sich Polen aber mit Deutschland misst, muss es die Messlatte hoch legen.

Der Unterschied zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Polens besteht nicht nur darin, dass Polen weniger produziert. Er besteht vor allem bei der Qualität, denn die Wirtschaft in Polen produziert verhältnismäßig wenig High-Tech-Produkte.

---

*Europeanization by Default?* (New Perspectives in German Studies). New York 2006, S. 166.

<sup>150</sup> Łukasz Adamski: *Polityka Polski wobec Niemiec*. In: *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej*, Warszawa: Polski Instytut Spraw Zagranicznych, 2008, S. 114.

Was das Pro-Kopf-Einkommen angeht, so holt Polen gegenüber Deutschland auf. Der Grund für die polnische Aufholjagd liegt unabhängig von ihrem Tempo darin, dass Polen die elementaren Rückstände wettmacht, die der Krieg sowie die wirtschaftliche Katastrophe der Volksrepublik verursacht hatten. Um mit der EU gleichzuziehen, braucht Polen eine Wirtschaft, die über Spitzentechnologien verfügt. Man muss fragen – und sehr sachlich diskutieren –, inwieweit die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland einen Transfer von Technologien und eine Modernisierung der polnischen Wirtschaft bedeutet. Hierbei kann man sich sicher nicht einfach auf seine Intuition verlassen, denn die polnische Wirtschaft hat nach 1989 einen Riesenschritt nach vorn getan. Mit bloßem Auge ist zu sehen, wie viel von der einstigen Rückständigkeit aufgeholt worden ist. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass eine Entwicklung eingeschlagen wurde, die der polnischen Wirtschaft eine entsprechend gute Position ermöglicht. Somit kann man fragen, ob Polen einzig das konsumieren soll, was modern ist, oder ob es auch produzieren soll, was modern und technologisch fortschrittlich ist. Diese Frage ist rein rhetorisch, denn sie bezieht sich auf Absichten und Ambitionen. Sie ist jedoch sehr wichtig und schwierig zu beantworten, wenn wir nach den Möglichkeiten der Verwirklichung dieser Ambitionen fragen.

Ebenso muss man fragen, auf welchem Gebiet Polen am meisten an einer Zusammenarbeit mit Deutschland liegen sollte, um in die Liga der Länder aufzusteigen, deren Wirtschaft mit Spitzentechnologien ausgestattet ist. Die Antwort auf diese Frage setzt nicht nur eine ernsthafte Diskussion von Experten und Politikern voraus, sondern auch das Engagement einzelner Unternehmer und staatlicher Institutionen. Diese Zusammenarbeit mit dem Ziel eines deutlichen technologischen Fortschritts darf sich zwar mit Sicherheit nicht auf einen Bereich beschränken, doch sollte der Bereich Energie zweifellos absoluten Vorrang haben. Er entwickelt sich momentan zu dem Bereich, der in Zukunft nicht nur über Entwicklung der Wirtschaft entscheidet, sondern in gewissem Maße auch über ihr Fortbestehen.

Tabelle: Die polnische Energiebilanz

| Vorrat und Verbrauch | Kohle   | Erdöl  | Erdöl<br>-produk<br>te | Gas   | Atom<br>-kraft | Wasser<br>-kraft | Erdwärme,<br>Solar<br>-energie | Bio<br>-masse | Elektri<br>-zität | Gesamt  |
|----------------------|---------|--------|------------------------|-------|----------------|------------------|--------------------------------|---------------|-------------------|---------|
| Produktion           | 688 577 | 887    | 0                      | 3883  | 0              | 189              | 2121                           | 4 795         | 0                 | 78 633  |
| Import               | 21 533  | 18 530 | 6 648                  | 85655 | 0              | 0                | 0                              | 0             | 430               | 36 327  |
| Export               | 151 433 | -207   | -2 810                 | -36   | 0              | 0                | 0                              | -62           | -1 392            | -19 650 |

Quelle: IEA in thousand tonnes of oil equivalent (ktoe) on a net calorific ([http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY\\_CODE=PL](http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY_CODE=PL)) (10.10.2008)

Tabelle: Die deutsche Energiebilanz

| Vorrat und Verbrauch | Kohle | Erdöl  | Erdöl<br>-produk<br>te | Gas   | Atom<br>-kraft | Wasser<br>-kraft | Erdwärme,<br>Solar<br>-energie | Bio<br>-masse | Elektri<br>-zität | Gesamt |
|----------------------|-------|--------|------------------------|-------|----------------|------------------|--------------------------------|---------------|-------------------|--------|
| Produktion           | 56490 | 4575   | 0                      | 14220 | 42493          | 1684             | 2855                           | 12187         |                   | 134505 |
| Import               | 26351 | 114695 | 36231                  | 73510 | 0              | 0                | 0                              | 0             | 4890              | 255677 |
| Export               | -635  | -718   | -26774                 | -7795 | 0              | 0                | 0                              | 0             | -5283             | -41208 |

Quelle: IEA in thousand tonnes of oil equivalent (ktoe) on a net calorific ([http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY\\_CODE=DE](http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY_CODE=DE)) (10.10.2008)

In den deutsch-polnischen Beziehungen spielen Energiefragen eine extrem große Rolle, wobei sich dieses Thema nicht allein auf die Ostseepipeline reduzieren lässt. Egal wie wichtig schon diese Frage an sich ist, ist das Thema Energie im deutsch-polnischen Kontext wesentlich komplexer und schwieriger.

Ohne allzu sehr auf Details der deutschen und der polnischen Energiebilanz einzugehen, so sind doch einige auffällige allgemeine Abhängigkeiten festzustellen. Die deutsche Wirtschaft verbraucht wesentlich mehr Energie als die polnische, was v. a. mit dem fast fünfmal so hohen Sozialprodukt zusammenhängt. In Deutschland beträgt der Verbrauch 352 000 ktoe, in Polen hingegen 98 000 ktoe. Beide Länder sind Netto-Energieimporteure, wobei die Abhängigkeit der deutschen

Wirtschaft vom Energieimport wesentlich höher ist (72% der verbrauchten Energie stammen aus dem Import) als die der polnischen (wo 36% der verbrauchten Energie importiert werden).

Polen deckt über 90% seines Energiebedarfs mit Kohle, während ihr Anteil in Deutschland gerade mal bei 8% des Verbrauchs liegt.<sup>151</sup> Die deutsche Wirtschaft stützt sich größtenteils auf den Import von Gas, das 22,7% des Energieverbrauchs deckt, in Polen hingegen nur 5%. Darüber hinaus nutzt Deutschland Kernenergie (12,5% der Produktion), was in Polen nicht der Fall ist.<sup>152</sup>

Schaut man sich die Energieproblematik an, so fällt ein sehr wichtiger Unterschied auf, und zwar beim Zusammenhang von Energie- und Klimapolitik. Polen, dessen Energieproduktion sich auf Kohle stützt, hat einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Deutschland hingegen nutzt kaum noch Kohle und hat sich während und nach seiner EU-Ratspräsidentschaft sehr für den Klimaschutz eingesetzt. Daher hat Polen ein Interesse daran, Deutschland davon zu überzeugen, dass ihm und anderen Ländern Mitteleuropas gegenüber Konzessionen gemacht werden müssen, da in ihrem Fall die Energiesicherheit, d.h. die Nutzung ihrer eigenen Kohle, ebenso wichtig ist wie der Umweltschutz. Der unter der französischen Ratspräsidentschaft angenommene Kompromiss sowie die ihm vorausgegangenen zahlreichen Konsultationen Polens mit Frankreich und Deutschland, aber auch mit anderen Ländern Mitteleuropas, berücksichtigen die polnische Spezifik.

Die deutsche Energiepolitik ist eng mit der Klimapolitik verbunden und berücksichtigt an erster Stelle ökologische Gesichtspunkte, aber auch wirtschaftliche. Dass sie auf Erdgas setzt, hängt auch damit zusammen, dass es umweltfreundlicher ist als Kohle. Auch stößt Kernenergie in Deutschland auf so große Ablehnung, dass sich die Große Koalition ebenso wie die Vorgängerregierung dazu verpflichtet hat, nach und nach die bestehenden Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen (auch wenn die CDU dem Atomausstieg zunehmend

---

<sup>151</sup> In der EU beträgt der durchschnittliche Anteil von Kohle an der Energiegewinnung 28,1%.

<sup>152</sup> IEA Energy Statistics 2006.



kritisch gegenüber steht). In Polen, das über keine Atomkraftwerke verfügt, nimmt die Zustimmung zur Kernenergie ständig zu, auch weil die Menschen Angst vor einer möglichen Erhöhung der Energiepreise haben. Dieser Umstand findet in den Plänen und Projekten der Regierung seinen Niederschlag.

Polen ist bei seiner Energieversorgung kaum auf Deutschland angewiesen, und wäre es im Besitz moderner Technologien zur Gewinnung von „sauberer Kohle“ und würde es deren Produktion erhöhen, so könnte es bei der Energieversorgung weitgehend unabhängig werden. Lediglich in einem Bereich macht sich die polnische Abhängigkeit stärker bemerkbar, und zwar beim Import von Erdöl, das es im Grunde über einen einzigen Anbieter bezieht – Russland. Polens relative Unabhängigkeit besteht allerdings nur in der Theorie, da enorme Investitionen in Infrastruktur und neue Technologien getätigt werden müssten, die sich Polen kurzfristig im Grunde genommen gar nicht leisten kann.

Die derzeitige europäische Diskussion zum Klima- und Energiepaket macht bewusst, dass in einer Zeit, in der infolge der Finanzkrise weltweit die Wirtschaft nachlässt, das Umsetzen von ehrgeizigen Zielen nicht nur das Kämpfen gegen den Treibhauseffekt bedeutet, sondern auch ein „Werkzeug der technologischen Revolution“<sup>153</sup> ist, was Polen ganz bewusst nutzen sollte. Diese Revolution sollte neben dem Konzept eines „europäischen Pakts zur Energiesolidarität“ zum wichtigsten Projekt Polens in der Europäischen Union werden.

Das europäische Paket zur Energiesolidarität, das von Polen erfolgreich lanciert wird, wird auch in Deutschland diskutiert, auch wenn es dort nicht genauso wichtig ist.<sup>154</sup> Dies ergibt sich, wie be-

---

<sup>153</sup> Iwona Dominik, *Zmagania z ekologią*. In: eko Newsweek Polska, 24.11.2008.

<sup>154</sup> Vgl. Interview mit Andreas Schockenhoff: *Niemcy liczą na Miedwiediewa*. Rozmawiał Bartosz W. Wieliński. In: Gazeta Wyborcza, 5.06.2008: „Die Europäische Union muss gegenüber Energieversorgern mit einer Stimme sprechen. Man muss endlich damit aufhören, dass die EU-Länder bilateral handeln. Europa ist ein großer Markt, das ist ein Vorteil, den wir ausnutzen sollten. Wenn ein Mitglied der EU mit einem Lieferungsstopp bedroht wird, muss die ganze Union ihm zu Hilfe kommen. Erpressungsversuche gegenüber einem Mitglied müssen als Erpressungsversuch gegenüber allen EU-Staaten verstanden werden. Das ist das Prinzip der EU- Solidarität.

reits erwähnt, auch aus den in beiden Ländern unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Diskussion zur Energiepolitik.

Darüber hinaus sollte Polen Deutschland davon überzeugen, auf Beschränkungen bei der Weiterentwicklung der Kernenergie zu verzichten und sich auf diesem Gebiet stärker zu engagieren. Unter anderem deshalb, weil es sich durch unvernünftige Entscheidungen bei der Energieversorgung von Russland abhängig macht. Indem es auf Erdgas setzt – eine Politik, die in den 70er Jahren begonnen wurde und die zunächst darin bestand, im Sinne der Entspannungspolitik wirtschaftliche Brücken nach Moskau zu bauen –, begibt sich Deutschland heute in eine Abhängigkeit.

Das Paradoxe dabei ist, dass die deutschen Energiekonzerne, die gerade zu Moskau umfangreiche Geschäftsbeziehungen unterhalten, zugleich intensive Lobbyarbeit zu Gunsten der Atomenergie betreiben und bereit sind, sowohl in den Bau von Kernkraftwerken als auch in die entsprechende wissenschaftliche Forschung zu investieren.<sup>155</sup> Nicht nur, weil sie hieran ein geschäftliches Interesse haben, sondern auch, weil sie sich der Begrenztheit der herkömmlichen Energiequellen bewusst sind.

Sowohl die Umsetzung des Atomkraftkonzepts als auch das der „sauberen Kohle“ erfordern immense Investitionen in neue Technologien, denen umfangreiche wissenschaftliche Forschungen vorausgehen müssen. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen scheint hierbei geradezu unerlässlich. Natürlich nicht nur mit Deutschland, doch Deutschland ist Polens größter Wirtschaftspartner, ein bedeutender Investor auf dem polnischen Markt sowie ein wichtiger Produzent von neuen Technologien, sowohl im Bereich der Atomkraft als auch der erneuerbaren Energien. Paradoxerweise sollte Polen diese Überlegenheit

---

Dann muss aber auch die Infrastruktur entsprechend entwickelt sein. Wir brauchen gleiche Standards bei der Bevorratung von Öl und Gas. [...] Die Leitungsnetze müssen ausgebaut werden, damit wir z. B. im Falle einer Krise Gas aus Deutschland nach Polen, aber eben auch aus Polen in die baltischen Staaten pumpen können. [...] Die EU braucht eine eigene Strategie zur Sicherung ihrer Energieversorgung.“

<sup>155</sup> *Wir müssen jetzt Patriotismus zeigen. Nach der Kanzlerrunde: RWE-Chef Großmann verspricht verantwortungsbewusstes Handeln in der Finanzkrise.* In: Die Welt, 16.10.2008.

Deutschlands für sich nutzen, und zwar sowohl auf bilateralem Weg als auch über die EU. Erreichen lässt sich dies über die staatlich geförderte Zusammenarbeit im Bereich der Forschung zu neuen Energietechnologien und ihrer Anwendung. Auch geht es um gemeinsame deutsch-polnische Lobbyarbeit in Brüssel für Forschungs- und Entwicklungsprojekte in dieser Branche. Bereiche für eine Zusammenarbeit gibt es viele: sichere Kernkraftwerke, saubere Kohletechnologien oder erneuerbare Energiequellen wie Solarenergie, in die immer öfter Hoffnung gesetzt wird, und Biomasse. All diese Bereiche sollten als strategische Forschungsprojekte der Europäischen Union behandelt werden. Und Polen sollte, v.a. in Kooperation mit Deutschland (seinem einzigen EU-Nachbarn mit großen Kohlevorkommen), zu einem Zentrum für Forschung an neuen Kohletechnologien werden.

Deutsch-polnische Ideen dürfen nicht an Schwung verlieren, auch nicht nur auf dem Papier. Die einst von den Außenministern beider Länder als zukunftssträchtige Perspektive angekündigte Gemeinschaft für Kohle und Stahl des 21. Jahrhunderts<sup>156</sup> ist nie ernsthaft politisch diskutiert worden. Im Grunde jedoch sollte Polen Deutschland ein großes Abkommen zum Technologietransfer vorschlagen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Es sollte im Namen des Klimaschutzes umgesetzt werden, d.h. im Namen der Zukunft, die für Deutschland ein wesentlich wichtigerer Bezugspunkt ist als bisher für Polen. Mit Blick auf seine eigenen Interessen muss Polen heute die umweltfreundliche Politik Deutschlands bremsen und dabei klarstellen, dass es ihm um die polnische Kohle geht. Deutschland ist heute dem Klima- und Energiepaket gegenüber realistischer eingestellt, da es sich selbst um seine energieintensiven Industrien wie die Hütten-, Chemie-, Zement- oder Glasindustrie sorgt und ähnlich wie Polen v.a. einen Anstieg der Energiepreise befürchtet.

---

<sup>156</sup> Gemeinsame Erklärung der Außenminister Bronislaw Geremek und Joschka Fischer „Deutschland und Polen im 21. Jahrhundert.“ In: <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2000/september00/gemeinsamer-beitrag-des-deutschen-aussenministers--joschka-fischer--und-des-polnischen-aussenministers--bronislaw-geremek--uber-polen-und-deutsche-an-der-schwelle-des-neuen-jahrtausends-in-den-tageszeitungen---der-tagesspiegel-und---rzczechpospolita-.html>.

Diese Situation sollte Polen nutzen, zumal Deutschland bereits damit begonnen hat, über seine Kohle zu diskutieren.<sup>157</sup> Nun geht es darum, dieses Thema zum Gegenstand deutsch-polnischer Gespräche zu machen. Von der Kohle gilt es dann zu anderen Themen überzuleiten, die mit Energie, Ökologie und modernen Technologien zu tun haben. Polen sollte sowohl Deutschland als auch andere europäische Länder fragen, warum sie erneuerbare Energien fördern, wie z. B. im Klimapakete vereinbart (bis 2020 sollen 20% der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen), sich aber gegen Kohle (auch gegen CCS-Technologien) sträuben. Bei seiner Lobbyarbeit für die Kohle und die Notwendigkeit, in neue Technologien zur Herstellung von „sauberer Kohle“ zu investieren, sollte Polen auch China und Indien erwähnen. Diese Länder werden vorerst nicht auf Kohle verzichten und produzieren so große Mengen an CO<sub>2</sub>. Je schneller Deutschland und Polen neue Technologien entwickeln und das Interesse Chinas bzw. Indiens hieran wecken, desto schneller ist mit tatsächlichen Wirkungen des Klimapakets zu rechnen.

Ideen für eine solche Zusammenarbeit existieren bereits und werden zurzeit formuliert. Die Einrichtung eines deutsch-polnischen Energierats nach dem Muster des Deutsch-Polnischen Umweltrats scheint z. B. geradezu unerlässlich.<sup>158</sup> Aufgabe dieses Rats wäre es v. a., die jeweiligen nationalen Konzepte aufeinander abzustimmen, d. h. die Konzepte, die die jeweilige Spezifik Deutschlands und Polens berücksichtigen, sowie konkrete Vorschläge für eine europäische Klima- und Energiepolitik auszuarbeiten. Hierbei geht es nicht nur um die Lieferung von Energie, sondern auch um erneuerbare Energien bzw. Energiesparen sowie um neue Technologien zur „sauberen“ Verarbeitung von Kohle.

Dieser Möglichkeit eines großen deutsch-polnischen „Deals“ muss man sich bewusst sein, doch möglich wäre er nur, wenn auch der größere Kontext berücksichtigt wird. Wenn Polen auf seinen eigenen Fortschritt setzt und auf entsprechende Änderungen im EU-Haushalt hinarbeitet, hat es eine Chance, Deutschlands Unterstützung

---

<sup>157</sup> Frank Sieren: *Im Kohlerausch*. In: Die Zeit, 2008, Nr. 45.

<sup>158</sup> Kai-Olaf Lang: *Polens Energiepolitik*. Berlin: SWP, Juni 2007.

zu bekommen. Wenn Polen jedoch um jeden Preis die derzeitige europäische Agrarpolitik und ebenso einseitig den Kohäsionsfonds unterstützt und damit gleichzeitig eine Erhöhung der EU-Mittel für Forschung und Technologieentwicklung erschwert, wird es in diesen Fragen sicher nicht zu einer Einigung mit Deutschland kommen. Deutschland wird dann v. a. darauf hinarbeiten, seine Zahlungen an den EU-Haushalt zu verringern.

Wenn man sich nun dafür einsetzen soll, dass die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen dem Transfer von Spitzentechnologie nach Polen dienen, dann stellt sich die Frage, was man Deutschland von polnischer Seite her anbieten kann. Rufen wir uns nochmals die demografischen und die wirtschaftlichen Zahlen in Erinnerung, die auf eine Schwächung Deutschlands hindeuten. Bei einer anhaltenden Rückständigkeit Mitteleuropas kann dies dazu führen, dass Deutschland seine heutige zentrale Position in Europa verliert. Ein stärkeres Polen stellt somit eine Garantie dafür dar, dass Deutschland seine Bedeutung behält. Aus historischer Sicht mag es paradox sein, doch die neue Geopolitik der EU kann dazu führen, dass eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen beiden Seiten dabei hilft, ihre Position in Europa zu wahren. Und eine Zusammenarbeit wie die hier beschriebene kann genau das richtige Gebiet hierfür sein.

## **Sicherheitspolitik**

Die strategischen Ziele der deutschen Außenpolitik brauchen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik nicht hinterfragt zu werden. Die transatlantische Partnerschaft ist neben der europäischen Integration der wichtigste Pfeiler der deutschen Außenpolitik.<sup>159</sup> Dennoch haben die strategischen Übereinstimmungen der deutschen und der polnischen Außenpolitik ihre Grenzen.

Im polnischen Interesse liegt es auch, eine möglichst weitgehende militärische Zusammenarbeit anzustreben. Auch wenn man sich dar-

---

<sup>159</sup> <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/Uebersicht.html>, 27.10.2008.

über im Klaren sein muss, dass die Idee einer europäischen Armee derzeit eher eine Absichtserklärung ist als ein sachlicher Vorschlag, so kann sie doch ein wichtiges Instrument der polnischen Politik darstellen. Zudem scheinen die Offiziere der Bundeswehr proatlantischer eingestellt zu sein als der Rest der deutschen Öffentlichkeit, und sie ist gelegentlich auch bereit, dies öffentlich zu äußern.<sup>160</sup>

Es wäre jedoch kontraproduktiv und wenig glaubhaft, die polnisch-amerikanischen Beziehungen den deutsch-polnischen gegenüber zu stellen. Polens proatlantische Haltung sollte möglichst positive, jedoch keine polemischen Züge tragen. In Polens Interesse liegt es nicht, transatlantischer als Deutschland zu sein, sondern dass Deutschland und die gesamte EU proatlantisch eingestellt sind.

Sicherheitspolitik findet heutzutage naturgemäß nicht im Rahmen bilateraler Beziehungen in Europa statt. Nichtsdestotrotz lässt sich nur schwer aus polnischer Sicht über Sicherheitspolitik reden, wenn man das Thema Deutschland dabei unberücksichtigt lässt.

Im Gegensatz zu früher sollte Polen heute paradoxerweise Druck ausüben, dass Deutschland seinen Verteidigungshaushalt erhöht. Infolge der gegenwärtigen Tendenz zur Verringerung der Militärausgaben droht Europa seine militärische Position zu verlieren.<sup>161</sup> Diese Tendenz betrifft besonders Deutschland, wo seit Anfang der 90er Jahre die Verteidigungsausgaben systematisch verringert worden sind (von über 2% auf 1,4% im letzten Zeitraum)<sup>162</sup>.

Trotz der offiziell proatlantischen Haltung sind in Deutschland antiamerikanische Einstellungen deutlich zu spüren und die Meinung,

---

<sup>160</sup> Diese Ansicht stützt sich auf Erfahrungen von Kazimierz Wóycicki, die er sowohl während eines Vortrags als auch bei der anschließenden Diskussion im Internationalen Clausewitz-Zentrum der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg sowie bei einer Diskussion im Polnischen Institut in Leipzig gemacht hat, bei der zur Zeit der Intervention im Irak Offiziere der Bundeswehr zu Gast waren.

<sup>161</sup> Die Wirtschaft der USA ist etwa genauso stark wie die der EU, doch trotzdem belaufen sich die Militärausgaben der Länder der EU nur auf die Hälfte der Ausgaben der USA, pro Kopf gerechnet sogar nur auf ein Drittel. Für Rüstungsforschung und -entwicklung geben die USA gar sechsmal so viel aus wie die Länder der EU. Siehe u. a. Stephan Bierling: *Die Huckleback-Strategie. Europa muss die USA einspannen*. Berlin 2007.

<sup>162</sup> SIPRI: World and regional military expenditure estimates 1988-2006. In: [http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex\\_wnr\\_table.html](http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_wnr_table.html), 30.09.2008.

dass gegenüber den USA und gegenüber Russland die gleiche Distanz notwendig sei, findet große Zustimmung. Russland gilt in Deutschland als strategischer Partner. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen vertritt eine Haltung, die sich an Europa orientiert (und die von der Notwendigkeit jener gleichen Distanz spricht), im Gegensatz zur atlantischen Orientierung, die in den letzten Jahren deutlich schwächer geworden ist, was u. a. der Regierung Bush und dem unpopulären Krieg im Irak geschuldet ist. Die vom früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder verfochtene russlandfreundlichere Haltung verliert unserer Ansicht nach an Bedeutung, was durch den Georgienkonflikt sowie durch Energiekrise noch verstärkt wird. Ein Thema für sich sind das Interesse und der Druck seitens deutscher Großunternehmen, denen besonders an guten Beziehungen zu Moskau gelegen ist.

Interessant sind auch die deutlichen Unterschiede zwischen den beiden größten Parteien, CDU und SPD, die momentan eine Große Koalition bilden. Die CDU ist generell proatlantischer, gleichzeitig sind in ihr jedoch nationalistische Tendenzen stärker vertreten (so sprach sich die CDU für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ aus). Ganz anders die SPD, in der die proatlantische Haltung wesentlich schwächer ist (und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ auf Widerstand stößt). Daher kann man aus polnischer Sicht nur schwer von einem bevorzugten Partner in der deutschen Politik sprechen. Eine solche Situation kommt jedoch in den internationalen Beziehungen oft vor.

## **Ostpolitik**

Spricht man im Zusammenhang mit Deutschland über die polnische Ostpolitik, so taucht häufig die Frage auf, ob sich Deutschland auf Kosten Mitteleuropas für ein Bündnis mit Russland entscheiden könnte. Die spontane Antwort lautet: „Nein“. Die polnischen Befürchtungen hinsichtlich eines zu engen Verhältnisses zwischen Moskau und Berlin sind oft übertrieben und stützen sich auf extrem realitätsfremde Argumente. Ein Hitler-Stalin-Pakt ließe sich heute

nicht wiederholen. Derartige Befürchtungen beruhen auf Polens geschichtlicher Erfahrung und als solche sollte man sie in Deutschland ernst nehmen. Ein „Pakt“ zwischen Schröder und Putin ist aber dennoch nicht dasselbe. Es gibt genug Äußerungen, die Sorgen bezüglich der deutschen Haltung gegenüber Russland besänftigen sollten. So stellt z. B. Bundeskanzlerin Merkel fest:

Ich werde weiterhin Russland als Partner ansehen, wenn Russland sich entsprechend unserer gemeinsamen Werte verhält. Es ist nur unsinnig zu behaupten, dass zum Beispiel die Raketenfrage in Polen ein Problem darstellt, das gegen Russland gerichtet ist. Russland ist manchmal vielleicht auch dabei, immer wieder Argumente vorzubringen, die nicht stimmen. Wir wollen vernünftige Partnerschaft mit Russland, aber natürlich nicht zum Nulltarif, sondern basierend auf vernünftigen Werten.<sup>163</sup>

In Deutschland herrscht zudem in manchen Kreisen die Überzeugung – die allerdings nicht allzu weit verbreitet ist –, dass Polen eine besondere Ost-Kompetenz besitzt. Wolfgang Schäuble hat dies wie folgt ausgedrückt:

Polen war aufgrund seiner Lage und seiner Geschichte schon immer in der Ostpolitik der Europäischen Union aktiv engagiert. Und im Dialog mit den östlichen Nachbarn sehe ich Polen in einer Vorreiterrolle, die wir unterstützen und die in unserem gemeinsamen Interesse ist.<sup>164</sup>

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Polen die deutsch-russischen Beziehungen nicht ständig beobachten sollte. Wenn Meinungsumfragen zeigen, dass der durchschnittliche Deutsche Wladimir Putin größeres Vertrauen entgegenbringt als dem Präsidenten der Vereinigten Staaten (egal wer dies wäre), muss dies zu denken geben.

Deutschland wird permanent von Moskau in Versuchung geführt, das zu einzelnen Ländern der EU bilaterale Beziehungen unterhalten will. Dadurch will Moskau die EU an sich weitestgehend

---

<sup>163</sup> Angela Merkel: *Glaubwürdigkeit muss sein*. Interview für das ZDF, 24.08.2008.

<sup>164</sup> Wolfgang Schäuble: *Deutsche und Polen – gemeinsam in Europa*. Rede vom 03.11.2006 in Krakau. In: [http://www.wolfgang-schaeuble.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/061103polen.pdf](http://www.wolfgang-schaeuble.de/fileadmin/user_upload/PDF/061103polen.pdf).



ignorieren und lässt Deutschland eine Sonderbehandlung zuteil werden. Deutschland wiederum neigt in gewisser Weise dazu, dieser Versuchung zu erliegen, weshalb Polen es immer wieder daran erinnern sollte, dass es nicht dem Geist der europäischen Integration entspricht, Politik über die Köpfe seiner Nachbarn – nicht nur Polens – hinweg zu betreiben. Leider gibt es hierzu oft genug Anlass. Man braucht dabei gar nicht den Hitler-Stalin-Pakt ins Spiel zu bringen, was ein allzu plumptes Argument wäre, auch wenn es geschichtlich relevant ist. Man kann jedoch – leider – nicht nur auf Gerhard Schröder verweisen, sondern auch auf das Verhalten deutscher Energiekonzerne, denen ein Teil der deutschen Politiker nur allzu gerne nachgibt<sup>165</sup>. Auch verhält sich ein nicht unwesentlicher Teil der deutschen Eliten so, als wäre Russland für Deutschland mehr als nur ein Partner. Richard Wagner schreibt, während Deutschland für andere Länder Verständnis habe, hege es für Russland gewisse Gefühle<sup>166</sup> und er bedauert, dass ein Teil der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht begriffen habe, dass sich hinter der deutschen Ostgrenze die Staaten Mitteleuropas befinden.

Das polnische Engagement für die Ukraine ist lange Zeit auf Unverständnis gestoßen und tut dies immer noch. Allzu große Begeisterung angesichts der Orangen Revolution war in Deutschland nicht zu bemerken. Auch im Fall des Georgienkonflikts hat Deutschland in den ersten Tagen eine große Zurückhaltung an den Tag gelegt, auch wenn dabei Veränderungen in der Einstellung gegenüber Russland zu erkennen waren<sup>167</sup>. Erstmals hat Deutschland versucht, seine bisherige Strategie von „Wandel und Einfluss durch Verflechtung“ zu überdenken. Bundeskanzlerin Merkel rang sich in Tiflis gar zu der Bemerkung durch, Georgien werde Mitglied der NATO, doch tat sie dies offensichtlich aufgrund des Drucks

---

<sup>165</sup> Piotr Buras: *Między europeizacją a Gazpromem*, vgl. auch: *Relacje gospodarcze Niemiec z krajami Europy Środkowo-Wschodniej*. Raport Ośrodka Studiów Wschodnich, Warszawa 2008.

<sup>166</sup> Richard Wagner: *Der deutsche Horizont. Vom Schicksal eines guten Landes*. Berlin 2006, S. 356.

<sup>167</sup> Bartosz T. Wielński: *Merkel wpada w furię*. In: *Gazeta Wyborcza*, 05.09.2008, Piotr Buras: *Niemcy na gruzińskim kacu*. In: *Gazeta Wyborcza*, 06.-07.09.2008.

der Situation und ohne Überzeugung. Der polnisch-schwedische Vorschlag einer Östlichen Partnerschaft hat jedoch die Zustimmung Deutschlands gefunden und bildet momentan die Grundlage für die Politik der EU gegenüber der Ukraine, Moldawien, Aserbajdschan, Armenien, Georgien und Weißrussland.<sup>168</sup>

Aus polnischer Sicht werden Länder wie die Ukraine und Weißrussland in Deutschland nicht hinreichend wahrgenommen, doch sollte man sich davor hüten zu behaupten, dass Deutschland die Probleme dieser Länder nicht zur Kenntnis nehmen oder unterschätzen würde<sup>169</sup>. Zu Nachgiebigkeit gegenüber Moskau und dazu, das Thema Ukraine nicht ernst zu nehmen, neigen v.a. die deutschen Medien und nicht so sehr die deutschen Politiker. Dennoch bleibt das Problem bestehen. Berlin und Warschau haben recht unterschiedliche Wahrnehmung vom Osten des Kontinents, was aber nicht immer bedeutet, dass sie politisch unterschiedlicher Meinung sind.

Polen darf und sollte seinen deutschen Partnern deutlich zu verstehen geben, dass wie auch immer geartete Sonderbeziehungen zu Russland im Widerspruch zur europäischen Idee stehen.<sup>170</sup> Ein Bündnis der Starken, das die Interessen der schwächeren Partner missachtet, würde an die schlimmste Tradition der europäischen Politik anknüpfen, wie sie im 19. Jahrhundert verfolgt wurde.

---

<sup>168</sup> Jacek Pawlicki: *Partnerstwo Wschodnie modne w Brukseli*. In: *Gazeta Wyborcza*, 24.10.2008. Die Kommission hat etwa 600 Mio. Euro für die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft vorgesehen (<http://www.euractiv.pl/wersja-do-druku/artukul/partnerstwo-wschodnie--olbrzymi-sukces-polski-000602>).

<sup>169</sup> Siehe z. B. die Tätigkeit des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB), das in Minsk von Astrid Sahn mit großem Elan geleitet wird und das mit Polen zusammenarbeitet.

<sup>170</sup> Wie der frühere polnische Außenminister Bronislaw Geremek schrieb: „Zur Zeit ist der Ruf Russlands in der Europäischen Union gut. Es ist wichtig, dass wir dieses gute, offene Verhältnis zu Russland unterstützen. Aber zugleich wissen wir, wie sehr dies ein unrealistisches Bild von einem Land ist, das nicht existiert. Das Bild Russlands beruht eher auf Hoffnungen und Mythen, entsprechend dem politischen Prinzip ‚Russia first‘. Diese Situation kann gefährlich sein für Europa und gefährlich für Polen. Wir sollten daran arbeiten, dass die Europäische Union das wirkliche Russland sieht und dass die Europapolitik Russlands eine realistische Politik ist.“ In: *Gazeta Wyborcza*, 12.01.2006.

Gleichzeitig sollte sich Polen jedoch nicht von Ängsten und Befürchtungen leiten lassen. Ganz im Gegenteil: Die Deutschen sind mit Sicherheit wesentlich eher dafür geneigt, die polnischen Ansichten zur europäischen Ostpolitik zu teilen als die Franzosen, Spanier oder Italiener. Wenn Polen Partner sucht, so darf es auf keinen Fall die Deutschen übergehen. Die polnische Ostpolitik wird umso effektiver sein, je enger Deutschland und Polen auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. Je mehr es gelingt, mit Berlin gemeinsame, konkrete Projekte für die Länder im Osten Europas auszuarbeiten, umso mehr wird die Position Polens bei der Gestaltung der europäischen Ostpolitik verstärkt werden (so wie man auch die Kompetenz Frankreichs, Italiens oder Spaniens in Fragen der Mittelmeerpolitik der EU sieht).

Ziel sollte es sein, die *Europäische Ostpolitik* als Politik gegenüber der Ukraine, Weißrussland, Moldau und dem Kaukasus gesondert zu behandeln und gleichzeitig eine gesonderte *Russlandpolitik* zu definieren. Schon die Bezeichnung dieser beiden EU-Politikbereiche hat große politische Bedeutung.

Auch sollte verhindert werden, dass es zu einer Aufgabenteilung kommt (wie es manchmal von deutscher Seite suggeriert wird), die darin besteht, dass sich Polen um die Belange der Ukraine und Weißrusslands kümmert und Deutschland sich um die Russlands. Polen sollte unaufhörlich darauf hinarbeiten, dass die deutsche Politik gegenüber Moskau (als Europapolitik) mit Warschau abgesprochen wird, und zwar nicht erst dann, wenn Warschau lauthals protestiert. Der beste Weg, die deutsche Seite zu Konsultationen zu bewegen, wäre eine eigene Initiative Polens.

Jegliche Form von gemeinsamem deutsch-polnisch-ukrainischem<sup>171</sup> sowie von deutsch-polnisch-weißrussischem Handeln sollte ausgeweitet werden. Eine wichtige Rolle könnte z. B. eine gemeinsame deutsch-polnische Politik der Stipendienvergabe an die junge ukrainische bzw. weißrussische Intelligenz spielen. Angebracht wäre eine

---

<sup>171</sup> Mateusz Falkowski, Kai-Olaf Lang: *Wspólne zadanie. Polska, Niemcy i Ukraina w przeobrażającej się Europie / Eine Gemeinsame Aufgabe. Deutschland, Polen und die Ukraine im sich wandelnden Europa*. Warszawa 2004.

Ausweitung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Kaukasus und nach Möglichkeit auch in Mittelasien. Wirkungsvoll wäre auch eine Kooperation von Nichtregierungsorganisationen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit universitärer Einrichtungen und Think Tanks (wie das Zentrum für Oststudien, das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten, das Institut für Osteuropastudien, das Zentrum für Internationale Beziehungen u. a.).

Russland hat in der Außenpolitik Deutschlands stets eine wichtige Rolle gespielt, was angesichts seiner Bedeutung und Stärke verständlich ist. Es geht jedoch darum, dass diese Rolle nicht zu wichtig wird. Es liegt im Interesse Europas und Polens, dass die Europäische Union einen Dialog mit Russland führt – und zwar einen Dialog, der die Stimmen aller EU-Staaten berücksichtigt, vor allem derjenigen, die direkte Nachbarn Russlands sind. Man braucht sich keine Sorgen zu machen, dass Deutschland bereit sein könnte, sich über Polens Kopf hinweg mit Russland zu verständigen. Genauso wenig ist davon auszugehen, dass sich das Verhältnis Deutschlands zu Russland plötzlich ändert und zu 100% den polnischen Vorstellungen entspricht. Nichtsdestotrotz muss man wahrnehmen, dass sich das Russlandbild in Deutschland immer weiter verschlechtert, vielleicht sollte man sagen: dass es realistischer wird. Einzig durch einen intensiven Dialog über die Europäische Ost- bzw. Russlandpolitik wird Warschau die deutsche Ostpolitik beeinflussen können.

## **Die deutsch-polnische Grenzregion**

Die deutsch-polnischen Beziehungen im grenznahen Raum lassen sich nicht ausschließlich als sog. grenzüberschreitende Beziehungen definieren. Nach der Wende 1989/90 war die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zunächst das wichtigste Thema, wenn es um die Grenze zwischen beiden Ländern ging (das Funktionieren der Grenze an sich, die besondere Art der Kriminalität usw.). Diese Änderung der Prioritäten war die völlig selbstverständliche Reaktion auf die über vierzig Jahre dauernden politischen Auseinandersetzungen über die Grenze, die bis dahin die deutsch-polnischen Beziehungen

dominiert hatten. Der durch den Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus und die deutsche Wiedervereinigung möglich gewordene Neubeginn im deutsch-polnischen Verhältnis trug Früchte in Form einer „Entpolitisierung“ dieses Themas. In polnischen Arbeiten, die nach der Unterzeichnung des Grenzvertrags entstanden, dominiert eben jener Ansatz, der sich auf regionale grenzüberschreitende Probleme konzentriert. Das ist auch heute noch so. Nur in verschwindend geringem Umfang wird der Einfluss der Grenze auf die deutsch-polnischen Beziehungen als Ganzes wahrgenommen, obwohl diese Grenze mehr bedeutet als nur grenzüberschreitende und lokale bzw. regionale Angelegenheiten.<sup>172</sup>

Die Grenzregion kann zu einer immer größeren Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen werden.<sup>173</sup> Diese Schlussfolgerung liegt nahe, wenn man sich die zweifelhaften Erfolge der Transformation in Ostdeutschland anschaut. Auf deutscher Seite verfallen die grenznahen Gebiete gesellschaftlich und wirtschaftlich immer mehr, wofür die geradezu katastrophale demografische Situation und die unzulängliche Systemtransformation verantwortlich sind. Die jüngsten Ereignisse in Löcknitz, wo es zu Überfällen auf dort lebende Polen gekommen ist, zeigen, was für Konflikte entstehen können. Man sieht, wie groß in diesen Gebieten der Teil der deutschen Gesellschaft ist, der nicht damit umgehen kann, dass Polen immer wohlhabender wird, und der zudem nicht in der Lage ist, einen partnerschaftlichen und gleichberechtigten Dialog mit Polen zu führen. Gleichzeitig sollte man diese Vorfälle nicht verallgemeinern, zumal es sich um Übergriffe von Sympathisanten der rechtsradikalen und fremdenfeindlichen NPD gehandelt hat.

Die polnische Politik in der Grenzregion sollte u. a. deutlich machen, dass die Reformen in Polen zweifellos erfolgreicher gewesen sind als die in der ehemaligen DDR. Darüber hinaus sind die wirtschaftliche und die demografische Situation in der Grenzregion auch

---

<sup>172</sup> Jan Dziadul: *Bliźniaki bez granic*. In: *Polityka*, 2007, Nr. 49.

<sup>173</sup> Marzenna Guz-Vetter: *Szanse i zagrożenia polsko-niemieckiego pogranicza w perspektywie przystąpienia Polski do Unii Europejskiej*. Warszawa 2003.

auf die fehlende Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Polen zurückzuführen – auch das muss man den Deutschen klar machen.

Genauso muss man sich dessen bewusst sein, dass die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen v.a. im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands gesehen wird. Dies zeigt sich an der Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, die im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008 als einer der wichtigsten Punkte genannt wird.<sup>174</sup> Und obwohl kein Zweifel daran besteht, dass Stettin aufgrund seiner Lage geradezu dafür prädestiniert ist, ein Motor für die Entwicklung Nordwestpolens und Nordostdeutschlands zu sein, so sind doch weder die deutschen noch die polnischen Behörden hierauf vorbereitet. Die fehlende Öffnung des Arbeitsmarktes für Polen, schwerfällig arbeitende polnische Behörden und bürokratische Auswüchse hemmen die Entwicklung.<sup>175</sup> Zudem findet man besonders auf deutscher Seite eine Denkweise, die der Prenzlauer CDU-Stadtverbandsvorsitzende prägnant wiedergibt: „Die Erkenntnis, dass Polen weiter ist, ist für viele Deutsche extrem schwer zu ertragen.“<sup>176</sup>

Deshalb sollte man darauf drängen, dass die vielen bürokratischen Hindernisse bei Firmengründungen abgeschafft und Möglichkeiten geschaffen werden, dort Polen einstellen zu können. In den Gesprächen hierzu sollte betont werden, dass sich Deutschland mehr schadet als hilft, wenn es seinen Arbeitsmarkt nicht für Polen öffnet.

Gleichzeitig muss man sich bewusst sein, welche große symbolische Bedeutung Grenzregionen für die Kontakte zwischen

---

<sup>174</sup> Hierbei geht es um eine Intensivierung der Zusammenarbeit sowohl im Rahmen der Euroregionen (Pomerania, Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober sowie Neiße-Nisa-Nysa) als auch in Wissenschaft und Kultur, wie z.B. an der Europa-Universität Viadrina. Dort kommen 53% der Studierenden aus Deutschland, 22,3% aus Polen und der Rest aus weiteren 76 Ländern.

<sup>175</sup> Michal Kokot: *Polacy ratują niemieckich kupców*. In: Gazeta Wyborcza, 20.10.2008.

<sup>176</sup> Ulrich Schmid: *Polnische Frischzellenkur für das Land der Geförderten. Wird Stettin zum wirtschaftlichen Motor für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg?* In: Neue Zürcher Zeitung, 20.08.2008. ([http://www.nzz.ch/nachrichten/international/polnische\\_frischzellenkur\\_fuer\\_das\\_land\\_der\\_gefoerderten\\_1.810742.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/polnische_frischzellenkur_fuer_das_land_der_gefoerderten_1.810742.html)).

Nachbarländern haben, und dies besonders im Fall von Deutschland und Polen. Es lohnt sich, sich selber wie auch dem deutschen Partner klar zu machen, dass die deutsch-polnische Grenzregion trotz der großen Befürchtungen vor der Erweiterung der EU und der des Schengenraums (wie man am beeindruckenden Aufgebot von Grenzschutz und Polizei sowie an der antipolnischen bzw. antideutschen Berichterstattung in den Medien sehen konnte) diese schwierigen Prüfungen erfolgreich bestanden hat.

Der grenznahe Raum ist sowohl ein Raum für potenzielle Konflikte als auch paradoxerweise ein Gebiet, in dem die Initiative in wirtschaftlichen wie auch soziokulturellen Fragen auf die polnische Seite übergehen kann. Zentren wie Stettin oder Zgorzelec können zu einem wichtigen Instrument der polnischen Politik in der Grenzregion werden. Stettin ist die natürliche Metropole für die Region beiderseits der Grenze. Im Fall von Zgorzelec hingegen würde dies aufgrund der äußerst schwierigen Situation in der Stadt sehr wohlüberlegtes Handeln erfordern.

Um diese Situation zu verbessern ist es zudem notwendig, die Mitarbeiter der polnischen kommunalen Selbstverwaltung (der Marschall-, aber auch der Woiwodschaftsämter) in den Woiwodschaften Westpommern, Lebus und Niederschlesien umfassend zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen zu schulen. Momentan sind sie nicht ausreichend auf den Aufbau und die Pflege von Kontakten zu deutschen Partnern vorbereitet. Auch sollte darüber nachgedacht werden, ob die Kompetenzen bestimmter Abteilungen der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich „Regionale Außenpolitik“ nicht ausgeweitet werden sollten. Ebenso muss analysiert werden, wie effektiv die für die Grenzregion vorgesehenen europäischen Fonds genutzt werden. Polen sollte hierbei fordern, dass die für die Zusammenarbeit im grenznahen Raum vorgesehenen EU-Mittel nicht für andere Zwecke verwendet werden.

Vor einer erheblichen Herausforderung steht man im deutsch-polnischen Grenzgebiet im Bereich der Infrastruktur. Ihr katastrophaler Zustand auf der polnischen Seite schmälert das Potenzial der Region. Es kann z. B. nicht gehen, dass ein Zug von Berlin nach

Breslau fast sechs Stunden benötigt und von Berlin nach Posen ganze vier.

In Gesprächen mit der deutschen Seite sollte Polen ständig betonen, dass in diesem Raum Bedingungen für eine erfolgreiche deutsch-polnische Zusammenarbeit geschaffen werden sollten. Es sollte seine deutschen Partner davon überzeugen, dass die Probleme in der Grenzregion gemeinsam gelöst werden müssen und nicht getrennt.<sup>177</sup> Ebenso muss verhindert werden, dass zwischen Deutschland und Polen ein wirtschaftlich unterentwickeltes Gebiet liegt. Auch wenn dies für manche paradox klingen mag, kann es v. a. dank polnischer Unternehmer zu einer Verbesserung der Situation in der Grenzregion kommen, und zwar dann, wenn Bedingungen dafür geschaffen werden, dass sie auf deutscher Seite investieren können.

Wenn sich Polen Ostdeutschland anschauen, dann hören sie auf, Witze über ihre „polnische Wirtschaft“ zu machen, da sie sehen, in welchem Zustand die ostdeutsche ist. Die Mischung aus westdeutscher Überregulierung und der aus kommunistischen Zeiten stammenden erlernten Unfähigkeit<sup>178</sup> ist wahrlich explosiv. Niemand in Polen sollte deshalb Schadenfreude empfinden, jedoch stellt sich die Frage, wie sich die Situation in der Grenzregion entwickeln wird.

Wenn man wie in der Doppelstadt Görlitz/ Zgorzelec Potemkinsche Dörfer baut, anstatt wirklich zusammenzuarbeiten, und die Grenzregion zu einer Region wird, in der die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern am höchsten ist (besonders auf deutscher Seite, wo sie oft höher ist als auf polnischer), dann zeigt dies, dass die deutsch-polnischen Beziehungen unmittelbar an Bedeutung verlieren. Wirtschaftswissenschaftler sind der Meinung, dass die Situation in der Grenzregion zusätzliche Chancen bietet und Geschäftsleute

---

<sup>177</sup> Markus Mildenerger: *Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen*. In: *Polen-Analysen*, 10, 03.04.2007.

<sup>178</sup> Dieser Begriff stammt von der polnischen Publizistin Halina Bortnowska, die sich im Übrigen sehr um die deutsch-polnische Versöhnung verdient gemacht hat. Er beschreibt sehr anschaulich, welchen Einfluss das kommunistische System v. a. auf die Leistungsfähigkeit von Beamten hatte. Leider kann man diesen Begriff auch mit Blick auf Polen verwenden.



anziehen sollte, die das Marktgefälle zu nutzen wissen. Die tatsächliche Situation straft diese Theorie jedoch Lügen. Die deutschen Einwohner fliehen geradezu aus diesen Gebieten, was v. a. daran liegt, dass ihrer Meinung nach das Leben an der Grenze zu Polen ein Leben am Ende der zivilisierten Welt ist.<sup>179</sup>

Weder Deutschland noch Polen verfügen über ein umfassendes und langfristiges Programm für die Entwicklung der Grenzregion. Nach wie vor ist eine frühere Forderung von Marek Prawda aktuell:

Die Signale, die von den Regierungen ausgehen, sollten Fachleute dazu ermuntern, nach kühnen Projekten zu suchen, an denen man die bilaterale Zusammenarbeit erkennen kann und die gleichzeitig den grenznahen Raum beleben, wo wir am meisten aufzuholen haben. Dies wäre auch ein Beweis dafür, dass die deutsch-polnischen Beziehungen von der Phase, die vom geschichtlichen Erbe geprägt wird, zu einer Zusammenarbeit übergehen, die auf die Zukunft gerichtet ist.<sup>180</sup>

Als Symbol der Grenzregion hat man in Polen die Doppelstadt Frankfurt (Oder)/ Ślubice auserkoren. Dies war nicht unbedingt die beste Entscheidung. Aus vielen Gründen würde sich Szczecin/Stettin – wie bereits erwähnt – besser als Zentrum eignen. Das polnische Ślubice ist trotz des Collegium Polonicum kein ebenbürtiger Partner für Frankfurt, da ihm das entsprechende kulturelle Potenzial fehlt. Die Brücke, die beide Städte miteinander verbindet, und das Collegium Polonicum sind bei festlichen Anlässen ein Treffpunkt für Politiker, an dem man jedoch die Asymmetrie der deutsch-polnischen Beziehungen sieht.

Daher sollte aus polnischer Sicht Stettin die Hauptstadt der Grenzregion sein. Der nördliche Abschnitt der Grenze ist der einzige, an dem polnische Initiativen denen der deutschen Partner etwas Gleichwertiges entgegensetzen können.

Stettin, das über zahlreiche Hochschulen verfügt (auch wenn diese immer noch nach einem inhaltlichen Profil und nach Unterstützung von außen suchen), ist ein bedeutendes kulturelles

---

<sup>179</sup> Marzena Guz-Vetter: *Szansa i zagrożenia ...*, a.a.O.

<sup>180</sup> Marek Prawda: *Odlóżyłmy mity...*, a.a.O.

Zentrum mit hervorragenden Theatern und einer Philharmonie, deren Parkplatz bei Konzerten voller Autos mit Nummernschildern aus den benachbarten deutschen Landkreisen ist. Es beherbergt das deutsch-dänisch-polnische „Multinationale Korps Nord-Ost“, besitzt einen großen Hafen und sollte als ein wichtiges Instrument der polnischen Außenpolitik in der Grenzregion betrachtet werden. Stettin könnte, wenn man das dort vorhandene intellektuelle Potenzial ausbaut, ein hervorragendes Aushängeschild Polens gegenüber Berlin sein und somit zur Hauptstadt der Grenzregion aufsteigen.

Da Berlin nur 70 km von der deutsch-polnischen Grenze entfernt liegt, stellt sich die logische Frage nach dem Einfluss, den diese große und immer wichtiger werdende europäische Metropole in der deutsch-polnischen Grenzregion hat. Berlins Bedeutung wird sowohl durch den Zuzug von Polen in die Stadt wachsen (schon heute leben dort über 120 000 Polen) als auch aufgrund der Auswirkungen, die die Stadt auf die Gebiete jenseits der Grenze hat (für Naherholung und Tourismus). Eine wichtige Frage ist, welche polnischen Träger (Städte) in der Grenzregion ein Partner für Berlin sein können. Hier kann man gar nicht anders, als Stettin zu nennen, das bloß 100 km von Berlin entfernt liegt.

Doch Polen hat noch aus einem anderen Grund ein besonderes Interesse daran, dass sich die deutsch-polnische Grenzregion entwickelt. Sie sollte auch deshalb ein Ort für Zusammenarbeit, Modernisierung und Innovation sein, damit sich Deutschland als Ganzes mehr dem Osten gegenüber öffnet. An dieser Stelle soll die gemeinsame Erklärung des deutschen Außenministers und seines polnischen Amtskollegen in Erinnerung gerufen werden:

Die Geschichte Europas ist voller Beispiele, dass strukturschwache Regionen dank einer durchdachten Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik an die Spitze gerückt sind. [...] In letzter Zeit gibt es in Polen Stimmen, im Rahmen der EU einen polnisch-deutschen “Oder-Verband” zu schaffen, oder gar etwas wie die “Gemeinschaft für Kohle und Stahl des 21. Jahrhunderts” – nicht in der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft, sondern im Schul- und Bildungswesen – so dass in einigen Jahren diese Region

zwischen Berlin, Rostock, Stettin, Warschau und Krakau das europäische Innovationszentrum nach Osten erweitert.<sup>181</sup>

Viele Lösungen für die Probleme der deutsch-polnischen Grenzregion sind jedoch nicht nur in den regionalen Hauptstädten oder in Berlin bzw. Warschau zu suchen. Vielmehr bietet Brüssel nicht zu unterschätzende Möglichkeiten. Dort haben die meisten Bundesländer und Woiwodschaften ihre Büros, dorthin werden die Kompetenzen für regionale Zusammenarbeit verlagert und genau dort sollten Deutsche und Polen die Dynamisierung der deutsch-polnischen Grenzregion planen<sup>182</sup>.

Auch kommt auf Schule und Bildung eine äußerst wichtige Rolle in der Grenzregion zu, und dies nicht nur im Allgemeinen, sondern ganz konkret beim Unterricht von Polnisch als Fremdsprache an deutschen Schulen. Man kann sich nur schwer eine Grenzregion vorstellen, in der nur in einem Land die Sprache des Nachbarn unterrichtet und gesprochen wird. Momentan ist jedoch genau dies der Fall. Nur die Polen lernen und sprechen Deutsch, die Deutschen jedoch verstummen, wenn sie einen Polen treffen, der ihre Sprache nicht spricht.

Moderner Sprachunterricht ist ein Weg, etwas über das Land des Nachbarn zu erklären und Menschen einander näher zu bringen. Deutschland hat sich im deutsch-polnischen Vertrag hierzu verpflichtet. So heißt es in Paragraph 25 (3): „Die Vertragsparteien setzen sich nachdrücklich dafür ein, die Möglichkeiten auszubauen, in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen die Sprache des anderen Landes zu erlernen. Dabei wird auch die

---

<sup>181</sup> Gemeinsamer Beitrag des deutschen Außenministers, Joschka Fischer, und des polnischen Außenministers, Bronislaw Geremek, über Polen und Deutsche an der Schwelle des neuen Jahrtausends in den Tageszeitungen „Der Tagesspiegel“ und „Rzeczpospolita“ (<http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang2000/september00/gemeinsamer-beitrag-des-deutschen-aussenministers--joschka-fischer--und-des-polnischen-aussenministers--bronislaw-geremek--uber-polen-und-deutsche-an-der-schwelle-des-neuen-jahrtausends-in-den-tageszeitungen---der-tagesspiegel--und---rzeczpospolita-.html>).

<sup>182</sup> Arbeitspapier XV der „Kopernikus-Gruppe“: *Deutsch-polnische grenznahe Zusammenarbeit auf europäischer Ebene*. 23-24.05.2008.

Gründung von Schulen angestrebt, in denen in beiden Sprachen unterrichtet wird.“

Dies ist eine Verpflichtung, die auf deutscher Seite nur unzureichend umgesetzt wird. Es ist nachvollziehbar, dass Polnisch im Rheinland oder in Bayern nicht gemeinhin als notwendig erachtet und daher nur an Schulen mit einem besonderen Profil unterrichtet wird. In den Bundesländern jedoch, die an Polen grenzen – Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern –, wäre Polnischunterricht mehr als gerechtfertigt, schon allein um die dortige ausgeprägte Polenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dies ist übrigens auch für Deutschland von Interesse: Es könnte junge Menschen an die Grenzregion zu binden – und die Vermittlung der Sprache des Nachbarn ist eine Möglichkeit hierzu –, damit sie sich nicht Richtung Westen absetzen. Sachsen unternimmt bereits erste Schritte in diese Richtung.<sup>183</sup> Die passive Haltung von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, von vorgetäuschten Aktivitäten einmal abgesehen, erstaunt. Polen sollte sich wesentlich mehr für den Polnischunterricht im deutschen Teil der Grenzregion interessieren und diesem Thema mehr als nur regionale Bedeutung beimessen.

## **Halbdeutsche und Halbpolen**

In Deutschland leben über 1,5 Mio. polnischsprachige Bürger, die sich – wie im Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit formuliert – zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen. Dies ist keine polnische Minderheit im juristischen Sinne, d.h. eine Bevölkerung fremder Herkunft, deren historisches Siedlungsgebiet sich dort befindet (Kriterien der Kopenhagener Konvention). Es gibt jedoch in Deutschland eine

---

<sup>183</sup> Ein Beispiel hierfür sind sowohl Polnischlehrbücher: Polnisch? Aber gern!/ Polski? Bardzo chętnie! (Wrocław: GAJT, 2007) als auch Lehrmaterialien: Deutsch und Polnisch. Bitte sehr! Bilinguale Unterrichtsmaterialien für die Fächer Geographie und Biologie; Interreg III A Projekt „Lehrstationen Polnisch – bilinguale Module“ der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Bautzen. Diese Bücher sind im Rahmen der Projekte Interreg IIIA in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Bildungsministerium entstanden, die von Kinga Hartmann initiiert und durchgeführt wurden.

große Bevölkerungsgruppe polnischer Herkunft. Ein Teil dieser Menschen fühlt sich tatsächlich als Polen und bezeichnet auch seine Identität entsprechend. Die Größe dieser Gruppe lässt sich jedoch nur schwer einschätzen. Der durchschnittliche Angehörige der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland ist kein „reiner“ Pole, sondern jemand, der sich in dem einen oder andern Maß beiden Kulturen zugehörig fühlt. Eine sehr wichtige Untergruppe davon stellen die Schlesier dar, nicht zu vernachlässigen sind darüber hinaus deutsch-polnische Ehepaare und ihre Kinder.

Es ist ein erstaunliches Phänomen, dass eine so große Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft so gut wie gar nicht in Erscheinung tritt, u. a. weil es in Deutschland an angesehenen und mitgliederstarken Organisationen von Polen fehlt. Diese Tatsache wird in Polen weder sonderlich beachtet noch diskutiert, obwohl ein Bericht der Regierung zu diesem Thema das Potenzial der Zielgruppe sowie die Handlungsdefizite der Regierung aufzeigt, und dies auch bzgl. der Polonia in Deutschland<sup>184</sup>. Genauso wenig ist das „Regierungsprogramm zur Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen“ in der Bevölkerung oder von Experten diskutiert worden. Nichtsdestotrotz fehlt es an umfassenden Untersuchungen zu diesem Thema, sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite<sup>185</sup>. Erklären lässt sich dies mit mehreren Faktoren.

Was die Polonia anbelangt, so wird in Polen meist ein eng gefasster Begriff von nationaler Identität zugrunde gelegt, so dass nur eine kleine Gruppe von Polen angesprochen wird, nicht aber die große Zahl der Polnischsprachigen. Diese Politik stößt auf Zurückhaltung und erreicht diejenigen überhaupt nicht, die sich in einem gewissen

---

<sup>184</sup> Bericht zur Politik Polens gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland in den Jahren 1989-2005. Warszawa 2007.

<sup>185</sup> Die einzig ernsthafte wissenschaftliche Arbeit ist das von Anna Wolff-Powęska und Eberhard Schulz herausgegebene Buch *Być Polakiem w Niemczech*. (Poznań 2000). Es ist bezeichnend, dass diese Publikation mit deutschen Geldern finanziert wurde (u. a. Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung). Weitere Beispiele sind die Arbeiten von Marek Kostrzewa (*Procesy integracyjne i konsolidacyjne Polonii w Niemczech w latach 1990-2000*. Warszawa 2005) und Zbigniew Klimaszewski (*Emigracja polska w Niemczech*. Białystok 2007). Außerdem erstellt zurzeit Sebastian Nagel für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) eine Analyse.

Maß auch als Deutsche oder Schlesier fühlen. Mit der Polonia in Deutschland beschäftigt sich in Polen fast ausschließlich die rechte und die rechtsextreme Presse, während das Thema Vertretern anderer politischer Richtungen so gut wie egal ist.

Darüber hinaus gibt es nur wenig polnischsprachige Organisationen, die zudem relativ klein und oftmals untereinander zerstritten sind, so dass sie nicht zusammenarbeiten. Das Ergebnis ist, dass der Großteil der polnischen Intelligenz in Deutschland aufhört, sich auf diesem Gebiet zu engagieren.

Andererseits hat die Polonia in Deutschland häufig mit der Ignoranz der Beamtenschaft zu kämpfen, die nicht in der Lage ist, die Probleme dieser Gruppe wahrzunehmen, oder dies nicht will. Der Grund hierfür liegt häufig darin, dass sich die Beamten nicht dessen bewusst sind, was für ein Potenzial die Polonia mit sich bringt, und dass sie nicht wissen, wie man richtig auf die Probleme reagiert, die sich innerhalb dieser Gruppe ergeben. Oft trifft man hier auf eine seelenlose, unterschwellig fremdenfeindliche Bürokratie, wovon die Fälle von Kindern aus gescheiterten deutsch-polnischen Ehen zeugen. Die Bestimmungen der deutsch-polnischen Verträge sind den deutschen Beamten bis heute unbekannt. Doch auch die Polonia zeigt oftmals keine Flexibilität oder Lernbereitschaft, so z. B. wenn es gilt, über neue Wege finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt zu erhalten.

Dass die polnischsprachige Gruppe so wenig in Erscheinung tritt, hat auch tiefer liegende Ursachen sozio-psychologischer Art. In vielen Fällen sprechen die Menschen zwar zu Hause Polnisch, wollen jedoch in der Öffentlichkeit nicht für Polen gehalten werden und nicht als solche auftreten, da sie glauben, dass dies unsympathisch erscheine oder ihrer beruflichen Karriere schaden könne. Spätaussiedler, die sich auch ein wenig als Polen fühlen, haben oft Schwierigkeiten damit, die komplexe Situation ihrer nationalen und kulturellen Zugehörigkeit zu beschreiben. Nach 1989 ist keine ernsthafte öffentliche Diskussion angeregt worden, die diesen Menschen dabei geholfen hätte, ihre Erfahrungen zu artikulieren. Da die gesellschaftliche Integration der Polnischsprachigen relativ gut, zumindest

aber zufrieden stellend ist, stellen sie in Deutschland kein besonderes Problem dar und betrachten ihre Situation nicht als problematisch, was sie andernfalls dazu bringen würde sich zu organisieren. Ein weiterer Faktor ist die Leichtigkeit, mit der man von Deutschland nach Polen reisen kann und umgekehrt. Dadurch lassen sich kulturelle Bedürfnisse im direkten Kontakt mit polnischer Kultur in Polen stillen. Anstatt sich zu diesem Zweck in Deutschland zu organisieren, braucht man sich bloß ins Auto zu setzen und für ein paar Tage nach Polen zu fahren.

Die Fehler der polnischen Politik gegenüber der deutschen Polonia ergeben sich zum großen Teil aus einer fehlerhaften Wahrnehmung der Geschichte. Die vollkommen unzutreffende Vorstellung von der polnischsprachigen Gruppe als einer Fortsetzung der „alten Polonia des 19. Jahrhunderts“ legt es nahe, eine falsche Politik zu verfolgen. Die Migration der Polen beginnt in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts – um nur die wichtigsten Fakten zu nennen – aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet, das damals, vor dem Ersten und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zu Deutschland gehörte.

Anfang des 20. Jahrhunderts stabilisiert sich die Situation der sog. Ruhrgebietspolen: Sie erleben einen sozialen Aufstieg und bilden allmählich eine eigene Mittelschicht heraus. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Entstehen eines unabhängigen polnischen Staates endet zunächst die Zeit, in der sich die deutsche Polonia entwickelt. Viele kehren nach Polen zurück oder emigrieren nach Belgien oder Frankreich. Die polenfeindliche Atmosphäre in der Weimarer Republik und die stark eingeschränkten wirtschaftlichen Kontakte zwischen Deutschland und Polen mindern die Bedeutung der deutschen Polonia weiter. Während des Nationalsozialismus werden Polen systematisch verfolgt. Diejenigen, die sich nach 1945 in Deutschland wiederfanden (Displaced Persons, Soldaten der Polnischen Streitkräfte im Westen), verließen das Land in der Regel wieder. In den 70er und 80er Jahren beginnt die Geschichte von Neuem mit der Emigration von Deutschen, Schlesiern, Asylbewerbern usw. Gerade diese Gruppe an Neuankömmlingen aus Polen stellt heute den größten Teil der Polnischsprachigen in

Deutschland dar. Die heutige polnischsprachige Gruppe kann daher in keinster Weise ernsthaft als Fortsetzung der „alten Polonia“ bezeichnet werden. In diesem Sinne gibt es in Deutschland im Prinzip auch keine Polonia, wohl aber eine Gruppe polnischsprachiger Neuankömmlinge aus den 70er und 80er Jahren.

Erst nach der Wende von 1989-1991, nachdem das kommunistische System zusammengebrochen und die deutsch-polnischen Verträge abgeschlossen waren, konnten diese Fragen angesprochen und politisch erläutert werden. Die neue Situation hat innerhalb der Gruppe der Polnischsprachigen – die im Übrigen sehr heterogen ist – ein vollkommen neues Bewusstsein geschaffen, an das man unter bestimmten Bedingungen appellieren und das man für eine Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen nutzen könnte. Dafür müsste jedoch eine wirkungsvolle Politik erarbeitet werden (sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite), die sich auf eine zutreffende soziologisch-politologische Diagnose stützt.

Jegliche polnische Politik auf diesem Gebiet muss sich, wenn sie Erfolg haben soll, an eben diese neue, heterogene Gruppe richten und nicht an eine Art mythischer Polonia. Die polnischen Vorschläge hierzu gehen in die richtige Richtung, denn sie setzen auf ein verbessertes Angebot an Polnischunterricht sowie auf Maßnahmen, die das Interesse der jungen Generation der Polonia an ihrer Muttersprache fördern. Genauso setzen sie sich dafür ein, dass an deutschen Schulen Polnisch als Fremdsprache schon in den unteren Klassenstufen angeboten wird, darunter auch Kurse für Anfänger. Außerdem scheint es wichtig zu sein, ein System zu finden, mit dem man schnell reagieren, d.h. das Angebot dorthin lenken kann, wo bereits eine polnische Gruppe besteht, die als Multiplikator fungieren kann<sup>186</sup>.

Wichtig ist daher die Frage nach der Finanzierung dieser Maßnahmen. Inwieweit wird der polnische Staat die erwähnten Aufgaben ernst nehmen und diese für ihn wichtige Zielgruppe mit mehr Geldern unterstützen wollen? Genauso wichtig ist, dass die Polonia Mittel aus dem Bundshaushalt erhält, auch wenn die

---

<sup>186</sup> Programm der Regierung für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen. Warszawa 2007.



Vorschriften hierfür nicht immer ganz transparent sind. Daher sollte Polen darauf pochen – wie es übrigens auch in den Richtlinien der polnischen Regierung empfohlen wird –, dass die Bundesregierung eine Partnerinstitution benennt, die für Fragen der Polonia zuständig wäre.

Dies setzt jedoch ein größeres Maß an Konsolidierung sowie verstärkte gemeinsame Anstrengungen gegenüber der deutschen Seite voraus. Bei über 100 Organisationen scheint dies eine schwierige Aufgabe zu sein, zumal sich ein Teil der Aktive zwar als mit der Polonia verbunden bezeichnet, gleichzeitig aber systematisch die Vereinbarungen des deutsch-polnischen Vertrags angreift, antideutsch eingestellt ist und jegliche Versuche torpediert, die polnischsprachige Gruppe auf einer breiten europäischen Basis zu integrieren. Die so verursachten Verluste für die polnische Außenpolitik sind nicht zu übersehen. Eine wichtige Rolle kommt hier dem 1998 gegründeten Konvent der polnischen Organisationen in Deutschland zu.

Man sollte nicht davon ausgehen, dass eine gelungene gesellschaftliche Anpassung und die daraus resultierende fehlende Motivation, sich zusammenzuschließen, Beweis genug dafür sind, dass sich der polnische Staat nicht um die polnischsprachige Gruppe in Deutschland kümmern muss. Zwar gehört mit Blick auf die große Politik und die generelle Ausrichtung der deutsch-polnischen Beziehungen die Frage der polnischsprachigen Gruppe nicht zu den drängenden Problemen. Es ist jedoch offensichtlich, dass ein Anliegen, das etwa 1,5 Mio. Menschen betrifft, auch keine Lappalie ist. Die Teilnahme dieser Gruppe am öffentlichen Leben und ihrer Größe entsprechende Aktivitäten könnten in den deutsch-polnischen Beziehungen die Rolle eines wichtigen Kulturmittlers erfüllen. Menschen, die mit der polnischen Kultur verbunden sind, sollten in der deutschen Gesellschaft nicht als „etwas exotische Neuankömmlinge aus dem Osten“ behandelt werden, selbst wenn eine solche Haltung Sympathie und Wohlwollen nicht ausschließt. Sie sollten als völlig normale Mitmenschen behandelt werden, als deutsche Staatsbürger, die etwas Besonderes über Polen zu sagen haben, die man noch so wenig kennt. Dies würde mit Sicherheit dazu

beitragen, viele Stereotype zu revidieren, die noch in den Köpfen der Menschen umhergeistern. Die bisweilen in Deutschland anzutreffende Politik, deren einziges Ziel die möglichst schnelle Assimilation ist (was die Kehrseite des Fehlens einer vernünftigen polnischen Politik dieser Gruppe gegenüber darstellt), bereitet diesen Menschen mitunter viele Probleme und vergeudet die Chancen, die z. B. die Zweisprachigkeit bietet.

Das Vorhaben, gerade dieser gesellschaftlichen Gruppe eine besondere Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen zu übertragen, sollte nicht vorschnell verworfen werden. Ganz im Gegenteil: Wenn man es ernst meint mit der europäischen Integration und dem Überwinden dessen, was früher einmal getrennt hat, sollte man hierüber gut nachdenken. Anderthalb Millionen Menschen, die die Kenntnis einer Kultur verbindet, sind für jeden, der die europäische Integration wirklich will, kein zu unterschätzendes Potenzial.

## **Was sollten Deutsche über die polnische Geschichte wissen?**

Diese Frage scheint zunächst ganz einfach zu sein. Die Antwort müsste lauten: Deutsche sollten mehr über die polnische Geschichte wissen, denn sie wissen – wie wir bereits in den vorigen Kapiteln beschrieben haben – entschieden zu wenig. Der polnische Außenminister Radosław Sikorski hat dies in seiner Grundsatzrede wie folgt formuliert:

Europa wird sich nicht mental vereinen, so lange sich unsere westlichen Partner nicht die Mühe machen zu verstehen, wirklich zu verstehen, dass unser Freiheitskampf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenso eine europäische Erfahrung darstellt wie ihr Wohlstand in jenen Jahren.<sup>187</sup>

Diese Forderung ist mit Sicherheit auch an die Adresse Deutschlands gerichtet. Was aber bedeutet jenes „mehr“? Mit

---

<sup>187</sup> Bericht des polnischen Außenministers zur Außenpolitik der Republik Polen im Jahr 2008. In: <http://www.ms.gov.pl/Informacja,Ministra,Spraw,Zagranicznych,na,temat,polityki,zagranicznej,RP,w,2008,roku,17317.html>.

Sicherheit brauchen sie über die polnische Geschichte nicht genauso viel zu wissen wie Polen selber, aus dem einfachen Grund, dass sie Deutsche sind und nicht Polen. Was also sollte man aus der polnischen Geschichte auswählen, was unsere Nachbarn wissen sollten? Oder ein klein wenig umformuliert: Wie sollten Polen Deutschen ihre Geschichte erzählen? Es versteht sich von selbst, dass man seinen Landsleuten die eigene Geschichte anders vermittelt als jemandem, der sie nur unzureichend kennt.

Wenn man sich auf das 20. Jahrhundert konzentriert, darf man die Geschichte Polens nicht nur auf den Zweiten Weltkrieg reduzieren, auch wenn dieser eine sehr wichtige Rolle spielt. Polen hat 1918 nach 123 Jahren russischer, preußischer und österreichisch-ungarischer Besetzung seine Unabhängigkeit wiedererlangt, wurde 1939 infolge des Hitler-Stalin-Pakts Opfer deutscher und russischer Aggression, war anschließend besetzt, hat im Warschauer Aufstand um seine Freiheit und Würde gekämpft und diese auch in der Zeit des Kommunismus lautstark eingefordert. Das Entstehen der „Solidarność“ unter Lech Wałęsa hat das Ende des Kommunismus und 1989 die ersten freien Wahlen in einem Land des ehemaligen Ostblocks ermöglicht. Bereits 1999 ist Polen Mitglied der NATO geworden und 2004 der Europäischen Union beigetreten. Stark vereinfacht kann man daher sagen, dass das 20. Jahrhundert für Polen ein Jahrhundert des Kampfes um seine Freiheit gewesen ist, in dem viele Polen ihr Leben gelassen haben, der jedoch Europa Freiheit und Demokratie und Polen Unabhängigkeit und einen neuen Platz in Europa und der Welt gebracht hat.

Wenn man davon ausgeht, dass über dieses Bild der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert Konsens besteht, bleibt zu fragen, wie man dafür Sorge trägt, dass dieses Bild in Deutschland vermittelt wird und was die Deutschen im Namen der europäischen Integration und einer guten Partnerschaft aus der Geschichte Polens lernen sollten. Wie man sich leicht denken kann, sollte Polen dabei auf verschiedenen Ebenen aktiv sein und sowohl die Politik als auch das Bildungswesen und die Medien nutzen.

Die zuvor erwähnten Reden deutscher Politiker spiegeln den Wissensstand in Deutschland wieder und die Art, wie historische Fakten zueinander in Bezug gesetzt werden. Allerdings werden solche Reden nach wie vor nur selten an die Menschen in Deutschland gerichtet. Wenn die Bundeskanzlerin bei ihrer Ansprache in Breslau Formulierungen benutzt, denen nicht nur jeder Pole zustimmt, sondern die aus dem Mund eines Deutschen auch für Rührung sorgen, dann scheint die Frage hinfällig, ob ein deutscher Politiker den richtigen Ton getroffen hat:

Auch diese Stadt mit dem deutschen Namen Breslau und dem polnischen Namen Wroclaw steht symbolhaft für die bitteren Lehren der gemeinsamen Vergangenheit. Mehr als sechs Millionen Polen verloren durch Deutsche ihr Leben. Millionen von Polen und Deutschen wurden vertrieben oder zwangsumgesiedelt. Da gibt es nichts zu beschönigen, da gibt es nichts zu relativieren. Wir Deutsche müssen und wollen uns dieser Vergangenheit voll und ganz stellen.<sup>188</sup>

Auf die oben gestellte Frage, welche Ereignisse der polnischen Geschichte die Deutschen kennen sollten, kann man antworten: die Kämpfe der Polen um ihre Freiheit, v.a. aber den Beitrag der „Solidarność“ zur europäischen Integration, d.h. zur Befreiung der Länder Mitteleuropas vom Kommunismus sowie zur deutschen Wiedervereinigung. Formulierungen wie die folgende von Bundeskanzlerin Merkel sollten häufiger in deutschen Reden vorkommen:

Dieser Weg, durch den ein heute wiedervereinigtes Deutschland möglich wurde, ist von Solidarność mit friedlichen Mitteln erkämpft worden. Solidarność war ein Grundstock für die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und für die Überwindung der unnatürlichen deutschen Teilung. Insbesondere für uns Bürger der ehemaligen DDR war die Gewerkschaft Solidarność seit ihrer Gründung 1980 ein Symbol der Hoffnung – Hoffnung auf Veränderung und Hoffnung auf Freiheit, die nicht auf Dauer unterdrückt werden kann.<sup>189</sup>

---

<sup>188</sup> Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Technische Universität Breslau, Breslau, 25.09.2008.

<sup>189</sup> Ebd.

Formulierungen dieser Art sollten aber v.a. auch ein Pflichtbestandteil von Reden polnischer Politiker in Deutschland sein. Man sollte keine Angst haben vor einem Satz wie „Ich freue mich, in einem Land sein zu können, das sich dank der polnischen „Solidarność“ wiedervereinigen konnte“.

Dennoch darf die Frage, was Deutsche von der polnischen Geschichte wissen sollten, nicht nur auf politische Reden und das Darstellen bestimmter historischer Kausalitäten reduziert werden. Ebenso wichtig ist die Frage nach der Erinnerungskultur, d.h. ob Deutschland und Polen in einem grundlegenden Bereich geschichtliche Fakten gleich interpretieren, zumindest in Bezug auf das 20. Jahrhundert. Leider ist die Antwort hierauf nicht eindeutig positiv. Wie Heinrich August Winkler treffend feststellt:

Und was die Westeuropäer nach 1945 getan haben, um ihre nationalen Geschichtsbilder miteinander vergleichbar zu machen, stellt noch längst keinen gesamteuropäischen Konsens dar. Dass der erste Weltkrieg die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ war: Dieser Formel des amerikanischen Historikers und Diplomaten George F. Kennan aus dem Jahr 1979 wird in Westeuropa kaum noch jemand widersprechen. In einem Land wie Polen, das diesem Krieg die Wiedergewinnung seiner nationalen Unabhängigkeit verdankt, sieht das ganz anders aus. Im Prinzip ähnlich ist das Bild des Ersten Weltkrieges in anderen Ländern Ostmitteleuropas, die erst 1918 in den Besitz einer eigentlichen Staatlichkeit gelangt sind.<sup>190</sup>

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Historiker, v.a. derjenigen, die sich mit Zeitgeschichte befassen, findet eine Ebene, auf der sie sich mit ihren polnischen Kollegen verständigen können, auch wenn dies nicht immer einer gemeinsamen Interpretation gleichkommt. Diese Verständigung lässt sich jedoch leider schon nicht mehr auf den Bereich der Publizistik übertragen. Und wie schon erwähnt haben die wertvollen Erkenntnisse der deutschen Geschichtswissenschaft zu polnischen Themen auch keinen entsprechenden Eingang in die Schulbücher gefunden.

---

<sup>190</sup> Heinrich August Winkler: *Erinnerungen in Widerstreit. Europas langer Weg zu einem gemeinsamen Bild vom Jahrhundert der Extreme*. In: Ders.: *Auf ewig in Hitlers Schatten? Anmerkungen zur deutschen Geschichte*. München 2007, S. 169.

Es scheint, als habe man sich bei der Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts bereits auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt. Er besteht im „antitotalitären Konsens“, den Jürgen Habermas in der Debatte über die Aufarbeitung der Geschichte der DDR vorgeschlagen hat. In Polen hatte man keinen antitotalitären Konsens vorzuschlagen brauchen. Er war von Anfang an allgemein als Interpretationsmuster akzeptiert, auch wenn dies nicht immer so gesagt wurde. „Antitotalitärer Konsens“ bedeutet, dass der Zweite Weltkrieg überwiegend von drei Seiten gesehen wird: Betrachtet werden sowohl die Verbrechen Hitlers als auch die Stalins<sup>191</sup>.

Daher müssen die Interpretationen, die sich zu Zeiten des Kalten Kriegs herausgebildet hatten, in Deutschland und im Westen generell in vielen Punkten überdacht und ergänzt werden. Die Bedeutung des Hitler-Stalin-Paktes wird unterschätzt, obwohl er eine der Ursachen dafür war, dass Mitteleuropa und Mitteleuropa dem Chaos des Kriegs anheimfielen und ihr Schicksal für die nächsten Jahrzehnte besiegelt war. Die Folgen des Pakts wurden im Grunde erst 1989 überwunden.

Polen sollte nicht nur darauf hinarbeiten, dass das Wissen um die polnischen Opfer der beiden Totalitarismen Eingang in die deutsche Erinnerungskultur findet. Viel mehr noch geht es darum, die europäische Erinnerungskultur so zu verändern, dass die Erfahrung Mitteleuropas darin den ihr gebührenden Platz erhält. Polen sollte gemeinsam mit den anderen Ländern Mitteleuropas den Mut haben, ein eigenes Bild des Zweiten Weltkriegs und des Zeitraums von 1939-1989 zu präsentieren sowie in diesem Bereich prägenden Einfluss auf die Form der europäischen Erinnerung zu nehmen. Die polnische Geschichtspolitik darf in diesem Bereich nicht einzig eine Reaktion auf das sein, was ihr in der deutschen Geschichtswahrnehmung nicht gefällt. Gegenüber Deutschland wäre eine Politik am wirkungsvollsten, die Polen zu einem zentralen Ort bei der Interpretation des Zweiten Weltkriegs macht und ihm die Aufgabe überträgt, das europäische Gedenken an die Opfer zu verwalten. Polen kann eine solche

---

<sup>191</sup> An dieser Stelle sei hier hingewiesen auf das in Polen unbekanntes Buch von Dietrich Beyrau *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin*. Göttingen 2000. Diese Arbeit zeigt, dass eine Annäherung hinsichtlich der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zwischen Deutschland und Polen möglich ist.

Position erlangen, allerdings setzt dies voraus, dass man sehr sorgfältig und wohlüberlegt handelt und mit den Deutschen zusammenarbeitet, die man nicht einzig als Täter und als diejenigen sehen darf, die das Böse verursacht haben und die Schuld dafür tragen. Man sollte sie auch als Partner betrachten, die ein Interesse daran haben, die schwierige Vergangenheit zu überwinden, und die für diesen Prozess der Vergangenheitsbewältigung verantwortlich sind.

Für Polen ist es z. B. inakzeptabel, das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert der Vertreibungen zu sehen. Für Polen und ganz Mitteleuropa ist es das Jahrhundert der zwei Totalitarismen und des Völkermords. Wenn wir vom Jahrhundert der zwei Totalitarismen oder – wie Winkler<sup>192</sup> – der zwei „Extreme“ sprechen, geht es in keinster Weise um eine Relativierung des Holocaust oder darum, ihn mit dem Gulag zu vergleichen und die Opferzahlen aufzurechnen. Es geht darum, die bisherige westliche Erinnerungskultur um die Erfahrung Mitteleuropas zu ergänzen.

Ein Instrument dazu, das Bild Polens in Deutschland zu verbessern, kann und sollte die Schulpolitik sein, die langfristige und tief greifende Wirkungen entfaltet. Grundlegend ändern muss sich die Arbeitsweise der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission. Diese Institution hat zweifellos große Verdienste und sollte von polnischer Seite wesentlich mehr Unterstützung erhalten, als dies bisher der Fall war. Bis 1989 hatte sie die wichtige Aufgabe, eine Art Lackmuspapier für die deutsch-polnischen Beziehungen zu sein, als die unterschiedliche Blockbindung dem gegenseitigen Verhältnis ganz prinzipielle Beschränkungen auferlegte. Auf beiden Seiten brachte die Schulbuchkommission Menschen guten Willens zusammen. Nach 1989 setzte sie ihre Arbeit fort, im Grunde erhielt sie jedoch keine neuen Aufgaben und obwohl sie als Institution nach wie vor geachtet wurde, verlor sie die Bedeutung, die sie früher gehabt hatte. Sie wurde im Grunde zu einer deutsch-polnischen Historikerkommission, zu einem Kreis mit fast rein akademischem Ehrgeiz, wie ein Blick auf die Titel der Publikationen zeigt<sup>193</sup>. Der Leitung der Schulbuchkommission

---

<sup>192</sup> Heinrich August Winkler: *Erinnerungen in Widerstreit*, a.a.O.

<sup>193</sup> Vgl. <http://www.gei.de/index.php?id=57>, 07.10.2008.

fehlte es an Initiative, um sich schwierigeren Themen zu widmen. Die Kommission ist theoretisch weiterhin eine äußerst wichtige Einrichtung, sie hat jedoch bei der deutsch-polnischen Annäherung der 90er Jahre keine größere Rolle gespielt. Besonders auffallend ist, dass sie sich immer weiter von der Schulpraxis entfernt hat.

Vor einiger Zeit haben die deutsche und die polnische Regierung beschlossen, ein gemeinsames Geschichtsbuch zu erarbeiten. Diese Initiative ist von enormer Bedeutung. Aus verständlichen Gründen hat man diese Aufgabe der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission übertragen. Diese hat sich dafür entschieden, mit dem Zeitraum vom Mittelalter bis zur Aufklärung zu beginnen. Begründen kann man dies mit dem chronologischen Ablauf. Dies bedeutet aber auch, dass das Erstellen eines Lehrbuchs zum 20. Jahrhundert, insbesondere zum Zweiten Weltkrieg, auf später verschoben wurde. Derartige Entscheidungen sind schwer nachvollziehbar, wenn man sich den Bedarf vor Augen führt.

Da jedoch eine solche Entscheidung gefällt worden ist, sollte nun schnellstmöglich ein deutsch-polnisches Schulbuch zur Geschichte des 20. Jahrhunderts in Angriff genommen werden. Dies ist unverzichtbar und hierin liegt auch eine Chance für die deutsch-polnischen Beziehungen<sup>194</sup>.

Ebenso notwendig wie unerlässlich ist es, der polnischen Kriegsoffer und Kriegsgefangenen auf deutschem Gebiet zu gedenken. Deutschland kümmert sich um seine Gräber im Ausland, wovon die vielen nach 1989 entstandenen Friedhöfe in Polen zeugen. Es fällt auf, dass solche Aktivitäten auf polnischer Seite vollkommen fehlen. Dabei lohnt es, sich ein Beispiel am Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu nehmen, dessen Aufgabe es ist, die Gräber deutscher Kriegstoter im Ausland zu pflegen. Über 13 000 Ehrenamtliche und 560 hauptamtliche Mitarbeiter kümmern sich um knapp zwei Millionen Gräber und über 724 Friedhöfe in weltweit 45 Ländern<sup>195</sup>.

---

<sup>194</sup> An dieser Stelle sei auf die ergänzenden Unterrichtsmaterialien für das Fach Geschichte *Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1949*. Dresden-Wrocław 2007 hingewiesen. Die von Kinga Hartmann herausgegebenen Materialien sind in polnischer und deutscher Sprache erschienen.

<sup>195</sup> <http://www.volksbund.de/>, 20.11.2008.



Eine weitere Aufgabe kann darin bestehen, dass sich Polen für eine Gedenktafel für Józef Pilsudski in Magdeburg einsetzt, der dort 1918 im Gefängnis saß und von dort aus mit einem Sonderzug nach Warschau gebracht wurde<sup>196</sup>. Das Erinnern an diese Tatsache ist für Polen wichtig, wegen Magdeburger Politiker der „Linken“ jedoch bisher unmöglich, da diese dem polnischen Marschall vorwerfen, er sei angeblich ein Faschist gewesen<sup>197</sup>.

Eine weitere sehr wichtige konkrete Aufgabe könnte die Einrichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Schloss Colditz sein, das in der sächsischen Grenzregion im Umkreis des ehemaligen Lagers Mühlberg liegt, in dem Teilnehmer des Warschauer Aufstands inhaftiert waren. Die Begegnungsstätte könnte nach dem Vorbild der IJBS Kreisau in Niederschlesien entstehen. In Kreisau, wo sich der „Kreisauer Kreis“ getroffen hatte, ist (überwiegend mit deutschen Geldern) eine Gedenkstätte für europäische Widerstandsbewegungen entstanden. Nach der historischen Versöhnungsmesse am 12. November 1989, an der der Bundeskanzler Kohl und der Premierminister Mazowiecki teilnahmen, wurde Kreisau zum Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung. Es lohnt sich also, auch Schloss Colditz, wo u. a. Tadeusz Bór-Komorowski<sup>198</sup> gefangen gehalten wurde, einen europäischen Charakter zu verleihen<sup>199</sup>.

---

<sup>196</sup> Józef Pilsudski war ein polnischer Marschall und Politiker in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Aufgrund der Ablehnung des Treueides der 1917 gebildeten polnischen Wehrmacht gegenüber dem deutschen Kaiser wurde Pilsudski am 20. Juli 1917 inhaftiert und in Magdeburg gefangen gehalten. Seine Freilassung infolge der Novemberrevolution 1918 und seine Ankunft in Warschau am 10. November waren Anlass für Polen, die Unabhängigkeit des Landes zu proklamieren.

<sup>197</sup> Bartosz T. Wieliński: *Niemiecka wojna o Pilsudskiego*. In: *Gazeta Wyborcza*, 10.-11.11.2008.

<sup>198</sup> Tadeusz Bór-Komorowski war seit Juli 1943 Chef der Armia Krajowa, am 1. August 1944 gab er als Oberbefehlshaber den Befehl zum Warschauer Aufstand. Am 5. Oktober 1944 begab er sich mit den letzten AK-Kämpfern über eine Barrikade in deutsche Kriegsgefangenschaft. Während der Kriegsgefangenschaft wurde er symbolisch zum Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte ernannt. Nach dem Krieg ging er ins Exil nach London. Von 1947 bis 1949 war Komorowski Premier der Exilregierung.

<sup>199</sup> Schloss Colditz ist bereits Gegenstand informeller deutsch-polnischer Gespräche gewesen, über die die polnische Botschaft in Berlin informiert ist. Mit dem Thema

Es wäre falsch, wenn die deutsch-polnischen Diskussionen einzig von historischen Themen dominiert würden, denn dies würde bedeuten, dass beide Seiten nicht imstande sind, sich von der Vergangenheit zu lösen. Nichtsdestotrotz ist eine gemeinsame Debatte über die Vergangenheit sowohl für Polen als auch für Deutschland wichtig, um zu verstehen, dass eine enge Zusammenarbeit und die Integration in Europa im Interesse beider Seiten liegt.

---

beschäftigt sich der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann, der in der CDU/CSU-Fraktion für Polen zuständig ist.

## Mit Deutschen die Zukunft aushandeln

Der Dialog und die Verständigung mit Deutschland sind wesentlich schwieriger, als die „Schlichter“ verkünden und gleichzeitig notwendiger und leichter möglich, als die „Unversöhnlichen“ meinen. Das Schicksal Polens, das sich an einem Punkt befindet, an dem es sich entscheiden muss, ist heute eng mit dem Schicksal der Europäischen Union verbunden. Ähnlich verhält es sich mit Deutschland. Aufgrund der eingangs genannten Faktoren, die Deutschland schwächen, sucht es seine Position, seinen Platz in Europa und in der äußerst komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts.

Beide Länder stützen ihre Politik auf die Europäische Union und beide Länder können ihren Wohlstand und ihre Sicherheit nur unter der Bedingung aufrechterhalten, dass die starke Gemeinschaft der EU weiterhin Bestand hat. Somit kann man die deutsch-polnischen Beziehungen auch nicht losgelöst vom europäischen Kontext betrachten.

Ziel der polnischen Europapolitik ist es, den Fortschritt im Land zu fördern. Bezogen auf die deutsch-polnischen Beziehungen kann man sagen, dass es Polen bei seiner Deutschlandpolitik vorrangig darum gehen sollte, seine eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern. Je stärker Polen wirtschaftlich gesehen ist, desto mehr wird Berlin es berücksichtigen. Allerdings besteht die Gefahr, dass Mitteleuropa zu einem unterentwickelten Gebiet in Europa wird (vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung), was ein nur gemäßigt Interesse Deutschlands bedeuten würde. Eine Rückständigkeit Mitteleuropas und die Zunahme von Problemen in Deutschland würden zudem bedeuten, dass sich die Position Deutschlands innerhalb der EU verschlechtern und es einen Großteil seines Einflusses verlieren würde, was v. a. Frankreich zugute käme. Deutschland und Polen sollten ge-

wissermaßen kommunizierende Röhren in Mitteleuropa sein, da nur dann beide Länder davon profitieren.

Unter einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht einzig eine mechanische Erhöhung des BIP pro Kopf zu verstehen. Auf diesem Gebiet kann es noch dauern, bis Polen mit Deutschland gleichzieht. Unter einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist v. a. zu verstehen, dass Polen Zugang zu Spitzentechnologien erhält, speziell auf dem Energiesektor. Der große „Deal“, den Polen im 21. Jahrhundert mit Deutschland schließen kann, heißt Technologie im Gegenzug für die Festigung der zentralen Lage Deutschlands in Europa.

Die Möglichkeit für eine solche historische deutsch-polnische Vereinbarung ist im Kontext der aktuellen Europa- und Weltpolitik zu sehen. Es ist unmöglich, eine solche Vereinbarung in Form von Verträgen zu schließen. Dies lässt die EU nicht zu und es stände im Widerspruch zu dem Grundsatz, dass die deutsch-polnischen Beziehungen so tief wie möglich im europäischen Beziehungsgeflecht verwurzelt sein sollen. Es geht vielmehr darum, sich gegenseitig abzusprechen und zu verständigen, worauf politische und wirtschaftliche Maßnahmen folgen sollten. Es ist im Moment schwierig, diese gewichtige Forderung zu konkretisieren, mit Sicherheit geht es jedoch um einen sehr intensiven Dialog zwischen zwei oftmals ganz unterschiedlichen politischen Kulturen.

Zweifellos wird Polen, um dieses Ziel zu erreichen, hart verhandeln und sich über seine Ziele im Klaren sein müssen, die es auch entsprechend zu artikulieren gilt. Die Verhandlungsstrategie muss die Tatsache berücksichtigen, dass sich Polen in vielerlei Hinsicht in einer schwächeren Position befindet. Gleichzeitig darf man aber nicht davon ausgehen, dass es aufgrund dieser Schwäche zu Passivität verurteilt oder in europäischen Fragen weniger kompetent ist. Es ist wichtig, gelegentlich daran zu erinnern, dass das 20. Jahrhundert zeigt, dass es nicht die Polen, sondern eher die Deutschen mitunter an politischer Vernunft haben fehlen lassen. Hierbei geht es nicht um Erpressung, sondern darum, Vertrauen in den polnischen Partner zu wecken.

Polen wird 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen und für die europäische Politik verantwortlich sein. Dieser Herausforderung sollte es sich bewusst sein und sich auch bewusst hierauf vorbereiten. Daher sollte es schon heute auf der kleineren deutsch-polnischen Ebene üben und seine Bereitschaft zum Dialog zeigen – allerdings zu einem Dialog, in dem sich Polen in Bezug auf Konzepte offensiv verhält. Diese offensive Haltung sollte sich darin äußern, dass es sich seiner selbstgesetzten Ziele bewusst ist und sie konsequent und systematisch darlegt, nicht jedoch darin, dass es seinem Partner gegenüber Misstrauen äußert.

Deshalb muss schon heute die Strategie für die polnische Ratspräsidentschaft ausgearbeitet werden. Konzentrieren wird sie sich auf Themen, die auch für Deutschland wichtig sind, d.h. Energiesicherheit und EU-Ostpolitik. Diese Ziele stehen im Zentrum der polnischen Geopolitik.

Fragt man nach der Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, so muss man v. a. sagen, dass sie nicht nur im Moment als stabil anzusehen sind, sondern dass sie dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch bleiben werden. Unabhängig von den einen oder anderen Verstimmungen, die vorkommen und vorkommen werden, ist nicht davon auszugehen, dass die Schwierigkeiten größer werden, selbst wenn viele der entstandenen bzw. ans Licht gekommenen Probleme langfristiger Natur und nicht leicht zu bewältigen sind. Die Europäische Union, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Intensivierung der zwischenmenschlichen Kontakte – all dies bildet einen stabilen Rahmen für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Und dennoch ist die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen offen, wenn wir ihren Zustand nicht anhand ihrer Stabilität, sondern anhand des Ehrgeizes messen, den sowohl die deutsche als auch die polnische Seite hierfür aufbringen sollte. Man kann drei mögliche Szenarien für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in den nächsten Jahren entwerfen:

Das erste Szenario ließe sich als „verdeckter Antagonismus“ bezeichnen. Resultieren könnte er v. a. aus zunehmend unterschiedlichen Interessen bei Fragen der Energieversorgung und der Ostpolitik

– auch hinsichtlich Russlands –, aus den immer größer werdenden Schwierigkeiten in der deutsch-polnischen Grenzregion, aus dem nach wie vor negativen Bild Polens und der polnischen Politik in den deutschen Medien sowie aus fehlendem Einvernehmen auf dem Gebiet der Geschichtspolitik. Warschau hätte in vielen Fällen keine andere Wahl, als die bilateralen Konflikte in ein gesamteuropäisches Forum (also nach Brüssel) zu verlagern, wo es wohl oder übel als Ankläger auftreten würde. Deutschland wiederum kann darauf hinarbeiten, sich seine deutlich stärkere Position zu Nutze zu machen. Polen würde dann versuchen, seine Zusammenarbeit mit Frankreich zu intensivieren, um in den europäischen Salons deutlich zu zeigen, dass es andere Interessen verfolgt, oder es würde versuchen, mit anderen Ländern Mitteleuropas eine gemeinsame Strategie zu entwerfen. Dies scheint das für Polen ungünstigste Szenario zu sein. Polen würde in Europa sein bestehendes negatives Image pflegen und die Folgen wären sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu spüren.

Das zweite Szenario, für das eine abgeschwächte Version des deutsch-polnischen Dialogs steht, ließe sich als „Zusammenarbeit auf Distanz“ bezeichnen. Dies würde bedeuten, dass die momentane Distanz in den gegenseitigen Beziehungen andauert, gleichzeitig jedoch die Möglichkeit bestehen bleibt, in einzelnen Bereichen intensiv zusammenzuarbeiten.

Ein wieder anderes Bild der Zukunft zeichnet das dritte Szenario, das man als „pragmatische Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Polen bezeichnen kann. Beide Seiten wären fähig, ihre jeweiligen Interessen im gegenseitigen Einvernehmen zu verfolgen. Polen würde auf dem Gebiet der europäischen Ostpolitik zum bevorzugten Partner Deutschlands werden und würde es schaffen, seinen Nachbarn für eine Zusammenarbeit in der Ukraine (und ebenso in Weißrussland) zu gewinnen. Auch käme es zu einer Annäherung bei der Wahrnehmung Russlands. Ein Verwirklichen des dritten Szenarios ist nicht nur mit Blick auf die Prämisse gutnachbarschaftlicher Beziehungen am günstigsten. Trotz der wechselnden Interessenlage innerhalb der EU scheint es, als würde Deutschland und Polen verglichen mit anderen Ländern das meiste verbinden.

Daher sollten die Beziehungen zu Deutschland intensiv dafür genutzt werden, polnische Interessen umzusetzen, genauso wie Deutschland seine umsetzen wird – jeder der Partner zu seinem eigenen Wohl, aber auch zum gemeinsamen Wohl der Europäischen Union.

Wie aber kann man ein so positives Szenario mit Deutschland aushandeln? Die erste Bedingung lautet, seine Ziele gut abzustecken und sich inhaltlich vorzubereiten, wozu dieses Buch aufruft. Zum Schluss noch einige Bemerkungen dazu, wie unterschiedlich man in Deutschland und Polen verhandelt.

Beim Verhandeln mit Deutschen sollte man das Prinzip *do ut des* (ich gebe, damit du gibst) anwenden. Wie die Erfahrung zeigt, sollte man nicht mit positiven Reaktionen auf Bekundungen des eigenen guten Willens rechnen<sup>200</sup>. In diesem Sinne haben wir die deutsch-polnische Versöhnung bereits hinter uns. Jetzt geht es um Geschäfte, nicht um Gefühlsduseleien, auch wenn beide Seiten natürlich durch entsprechende diplomatische Gesten ihren guten Willen bekunden sollten.

Polen sollte bei den gegenseitigen Beziehungen die aktivere Seite sein und hat alle Möglichkeiten, hier die Initiative zu übernehmen. Bisher hat die polnische Politik allzu häufig nur eine Reaktion auf die deutsche dargestellt, besonders eine Reaktion auf das, was in Deutschland nicht Warschaws Vorstellungen entsprach, wie z. B. die Ostseepipeline oder die Initiativen Erika Steinbachs. Polen sollte hingegen derjenige sein, der strategische Pläne entwirft, und es sollte weit reichende Visionen der bilateralen und der europäischen Beziehungen präsentieren, die den Rahmen für das deutsch-polnische Verhältnis darstellen. Es sollte den Mut haben, Deutschland prinzipielle und mitunter auch schwierige Fragen zu stellen, die im deutsch-polnischen Dialog manchmal fehlen oder mit allzu eleganten Formulierungen abgetan werden: Wie sieht Deutschland seine Rolle in Mitteleuropa? Welchen Stellenwert hat die NATO? Wie soll die gemeinsame Ostpolitik gestaltet werden? Wie soll man mit der aggressiven Politik Russlands umgehen, falls diese fortgesetzt

---

<sup>200</sup> Stanislaw Stomma: *Niemcy odebrać mają jeszcze lekcję polskości*, a.a.O.

wird? Welche neuen Formen der europäischen Idee brauchen wir heute, damit die Integration Mitteleuropas reibungslos gelingt?

Nicht alle polnischen Initiativen werden Erfolg haben, doch sollte Berlin hiermit überschüttet und somit zum Reagieren „gezwungen“, also angeregt werden.

Die Umsetzung einer solchen politischen Strategie gegenüber Deutschland würde voraussetzen, dass verschiedene Forschungseinrichtungen sehr intensiv daran mitarbeiten, dass der Personenkreis ausgeweitet wird, der sich mit dieser Politik beschäftigt, und dass die in Deutschland eingesetzten Diplomaten besonders unterstützt werden. Die gesamte polnische Infrastruktur der deutsch-polnischen Beziehungen müsste genauestens überdacht und mit Sicherheit auch finanziell deutlich besser als zuvor ausgestattet werden. Schon jetzt muss das polnische Außenministerium wesentlich stärker von Forschungseinrichtungen und Think Tanks unterstützt werden. Auch sollte Polen mehr in sog. „weiche Instrumente der Außenpolitik“ investieren wie Stipendien für junge Politologen und Historiker, Studienreisen für Journalisten und Diplomaten sowie in den Austausch von Beamten.

Wesentlich gefährlicher als die angebliche Abhängigkeit von Deutschland wäre es für Polen, wenn Deutschland ernsthaft geschwächt würde und es infolgedessen zu einer Provinzialisierung der deutschen Politik käme. Ein derartiger Rückschritt kann zu dem führen, was aus polnischer Perspektive am meisten zu fürchten ist, wie z. B. eine größere Nachgiebigkeit Berlins gegenüber Russland.

Bei allem offensiven Verhalten sollte Polen Mentalitätsunterschiede und die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit sehr ernst nehmen. Will man die deutsch-polnischen Beziehungen mit dem ihnen gebührenden Ernst behandeln, muss nach der gesellschaftlichen Stimmungslage und dem Verhältnis der Gesellschaften und nicht allein dem der Politiker fragen.

Zum Schluss ein paar Worte zu Mentalitätsunterschieden zwischen Deutschen und Polen – ernst gemeint, aber doch mit einem gewissen Augenzwinkern. Sie lassen sich nur schwer präzise be-



schreiben, weshalb Anekdoten die Sache besser auf den Punkt bringen als wissenschaftliche Abhandlungen.

Beginnt man in Polen mit jemandem ein Gespräch, so fängt man häufig mit einer scherzhaften Bemerkung über eigene Schwächen an. Man geht davon aus, dass der Gesprächspartner etwas Ähnliches entgegnet. Zu Beginn stellt man eher die Gesprächsatmosphäre her, als dass man eine Position bezieht. Oft macht man als erster ein Zugeständnis in Erwartung einer ähnlichen Geste der anderen Seite. Die polnischen „Schlichter“ repräsentieren trotz ihres enormen Wissens über Deutschland diesen polnischen Verhandlungstypus. Diese Art zu verhandeln bewirkt, zumindest in der Anfangsphase, dass Deutsche Polen oft für „Weichlinge“ halten. Hört der deutsche Partner, wie der Pole von seinen Schwächen spricht, revanchiert er sich nicht ähnlich selbstironisch, sondern beginnt, den Polen zu belehren oder zu trösten, dass er diese Schwächen schon irgendwie ablegen wird. Dies wiederum führt dazu, dass Polen Deutsche generell für humorlos oder auch arrogant halten. Oft werden auch die Enttäuschten zu den zuvor beschriebenen „Unversöhnlichen“.

Ein typischer Deutscher beginnt Verhandlungen im Gegensatz zu einem typischen Polen damit, dass er darauf hinweist, wie stark seine Position ist. Er sagt zu seinem Gegenüber: „Bitte fassen Sie sich kurz, ich habe nicht viel Zeit“. Er achtet auf Hierarchie und Prestige. Er ist gut vorbereitet, sachlich und weiß genau, woran er ein Interesse hat. Für den polnischen Verhandlungspartner sind diese Eigenschaften keine Verhandlungstechniken, sondern ein Zeichen deutscher Arroganz. Die Deutschen sind halt einfach hochnäsigt, sagt er sich nach der Verabschiedung. Ein solches Verhalten ist übrigens auch elementarer Bestandteil des deutschen Vereinswesens, das bereits im 19. Jahrhundert als Vorschule des Parlamentarismus und als Schule für Streitkultur und Verhandlungen galt.

Egal wie anekdotenreich und scherzhaft man die Mentalitätsunterschiede beschreiben würde, sie haben leider handfeste praktische Auswirkungen. Die mutigen Worte der polnischen Bischöfe „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ sind in Deutschland nicht so aufgenommen worden, wie es hätte sein

sollen.<sup>201</sup> Ganz ähnlich ist auch Jan Józef Lipskis Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“, ein provokatives Eingeständnis der polnischen Schuld gegenüber den Deutschen, nie richtig verstanden und beantwortet worden. Zuletzt haben die Initiatoren und Autoren der polnischen Forschungen zu Zwangsaussiedlungen von Deutschen diese Erfahrung gemacht. So gut wie niemand hat auf deutscher Seite diese polnische Absicht zu schätzen gewusst und sich die Mühe gemacht, z. B. Forschungen zur Vertreibung von Polen zu initiieren, zu denen es unmittelbar nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs infolge des Hitler-Stalin-Pakts gekommen war.<sup>202</sup> Die Lektion, die polnische Intellektuelle – und nicht nur sie – hieraus lernen könnten, wäre etwa die, dass man Deutschen nicht als erster die Hand reichen darf. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist, trotz aller Erfolge, in letzter Zeit eine Geschichte von immer neuen Irritationen und oft geht es dabei um Sachen, die verglichen mit den großen Herausforderungen, vor denen Deutsche und Polen stehen, im Grunde zweitrangig und zufällig sind. Traurig ist dabei, dass die deutsche Seite oftmals erst dann bereit ist, sich mit dem auseinanderzusetzen, was die polnische Seite sagt, wenn es zu ernsteren Spannungen kommt. Wesentlich besser wäre es, wenn die deutsche Seite lernen würde, Polen schon dann zu verstehen, wenn diese selbstironisch von ihren Schwächen sprechen. Hierauf muss sich die polnische Seite jedoch früher vorbereiten und in potenziellen Konfliktsituationen deutlicher werden.

Ein praktischer Hinweis bleibt allerdings: Wenn man sachlich über ernste Themen diskutiert, sind inhaltliche Auseinandersetzungen bereichernd und nützlich. Missachten und Ignorieren (eine deutsche Spezialität) bzw. Ängste (eine polnische Spezialität) und Komplexe

---

<sup>201</sup> Auf interessante Weise hat die vor kurzem verstorbene deutsche Publizistin und Polen-Korrespondentin Edith Heller dieses Problem analysiert: Edith Heller: *Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965*. Köln 1992.

<sup>202</sup> Eine löbliche Ausnahme ist Philipp Thers Buch *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956*. Göttingen 1998.

(hier hat jede Seite ihre eigenen) führen nur zu Missverständnissen. In den kommenden Jahrzehnten ist die Zukunft der EU ungewiss, ihre Stabilität wiederum ist eine große historische Herausforderung und die Diskussion über das gegenseitige Verhältnis (die jeweils in Deutschland und in Polen sowie zwischen den beiden Ländern geführt wird) ist heute notwendig, damit wir alle dieser Herausforderung gerecht werden können. Eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen ist einer der wichtigsten Faktoren dafür, dass Europa seinen Platz in der sich verändernden Welt des 21. Jahrhunderts behält.

## Bibliografie

- Adamski, Łukasz: *Polityka Polski wobec Niemiec*. In: Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej, 2008. Polski Instytut Spraw Zagranicznych. Warszawa 2008, S. 102-121.
- Balcer, Adam/ Rohoziński, Jerzy/ Konończuk, Wojciech/ Tworkowski, Wojciech /Sadowski, Rafal/ Menkiszak Marek /Piotrowki Marcin: *Turcja po rozpoczęciu negocjacji z Unią Europejską*. Raport Ośrodka Studiów Wschodnich, Warszawa 2008.
- Baring, Arnulf: *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten*. Stuttgart 1997.
- Bartoszewski, Władysław: *Und reiß uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen*. Warszawa 2005.
- Beck, Ulrich: *Władza i przeciwwładza w epoce globalnej. Nowa ekonomia polityki światowej*. Warszawa 2005.
- Bierling, Stephan: *Die Huckepack-Strategie. Europa muss die USA einspannen. Ein Standpunkt*. Berlin 2007.
- Boll, Friedhelm: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung”. *40 Jahre deutsch-polnische Verständigung*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum. Bonn 2006.
- Borodziej, Włodzimierz: *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989-1991. Dokumenty dyplomatyczne*. Warszawa 2006.
- Borodziej, Włodzimierz/ Lemberg, Hans: *Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów*. Warszawa 2000.
- Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1972.
- Brzeziński, Zbigniew: *Wielka szachownica*. Warszawa 1999.
- Buras, Piotr: *Dokąd prowadzi „niemiecka droga”? O polityce zagranicznej Niemiec 2001-2004*. Wrocław 2005.

- Buras, Piotr: *Europa uda się wspólnie? Polska polityka europejska w okresie przewodnictwa Niemiec w UE/ Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft*. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa 2007.
- Buras, Piotr: *Fatalizm nierównoczesności: elity Polski i Niemiec po rozszerzeniu Unii Europejskiej na Wschód*. In: Lena Kolarska-Bobińska, Mateusz Falkowski (Hrsg.): *Polska – Niemcy – Francja. Wzajemne postrzeganie po rozszerzeniu UE*. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008, S. 69-100.
- Buras, Piotr: *Między europeizacją a Gazpromem*. Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa 2008.
- Cichocki, Marek A.: *Powstanie Europy*. Warszawa 2004.
- Cichocki, Marek A.: *Polska polityka musi być świadoma własnej podmiotowości. Z Markiem Cichockim rozmawia Wojciech Przybylski*. In: *Pressje: Polak, Niemiec – dwa bratanki*. Kraków 2008, S. 35-56.
- Clever, Werner: *Germanen, Slawen und Deutsche in Ostmittel- und Osteuropa. Zur Darstellung ihrer Beziehungsgeschichte in Schulgeschichtsbüchern der nationalsozialistischen Zeit*. Dortmund 2000.
- Czaputowicz, Jacek: *Polityka zagraniczna Polski. Unia Europejska – Stany Zjednoczone – Sąsiedzi*. Warszawa 2008.
- Dolińska, Xymena/ Falkowski, Mateusz: *Polen und Deutschland. Gegenseitige Wahrnehmung vor der Osterweiterung der Europäischen Union*. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2003.
- Eberwein, Wolf-Dieter/ Kowalski, Sergiusz/Reiter, Janusz: *Elity Polski i Niemiec. Wspólnota interesów i wartości?* Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa 2000.
- Falkowski, Mateusz: *Polacy i Niemcy: wzajemny wizerunek po rozszerzeniu Unii Europejskiej*. In: Lena Kolarska-Bobińska, Mateusz Falkowski: *Polska – Niemcy – Francja. Wzajemne postrzeganie po rozszerzeniu UE*. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008, S. 37-67.
- Falkowski, Mateusz/ Lang, Kai-Olaf: *Wspólne zadanie. Polska, Niemcy i Ukraina w przeobrażającej się Europie. Gemeinsame Aufgabe. Deutschland, Polen und die Ukraine im sich wandelnden Europa*. Warszawa 2004.
- Galbraith, James K.: *Maastricht 2042 and the Fate of Europe. Toward Convergence and Full Employment*. The Levy Economics Institute of Bard College, Blithewood 2007.

- Gauger, Jörg-Dieter: *Deutsche und Polen im Unterricht. Eine Untersuchung aktueller Lehrpläne/Richtlinien und Schulbücher für Geschichte*. Schwalbach 2008.
- Góralski, Witold M.: *Polska–Niemcy 1945-2007. Od konfrontacji do współpracy i partnerstwa w Europie. Studia i dokumenty*. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych. Warszawa 2007.
- Guz-Vetter, Marzenna: *Szanse i zagrożenia polsko-niemieckiego pogranicza w perspektywie przystąpienia Polski do Unii Europejskiej*. Warszawa 2003.
- Hartmann, Kinga/ Surwillo, Agnieszka: *Stereotype und Interkulturalität. Beiträge zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Schulwesen*. Wrocław 2008.
- Heller, Edith: *Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965*. Köln 1992.
- Hellmann, Gunther/ Power, Lamed: *Germany and European Integration*. In: Gunther Hellmann (ed.): *Germany's EU Policy on Asylum and Defence. De-Europeanization by Default? (New Perspectives in German Studies)*. New York 2006, S. 156-184.
- Iglicka, Krystyna: *Kontrasty migracyjne Polski. Wymiar transatlantycki*. Warszawa 2008.
- In the Spotlight: Population of Germany Today and Tomorrow 2002-2050*, Federal Statistical Office of Germany.
- Jaroszewicz, Marta/ Szerepka, Leszek: *Migration Challenges in the European Union's Eastern Neighbourhood*. Instytut Spraw Wschodnich. Warszawa 2007.
- Kaczmarek, Marcin/ Smolar, Eugeniusz: *Unia Europejska wobec Rosji 2004-2007. Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych*. Warszawa 2008.
- Kamieniecka, Jolanta/ Kassenberg, Andrzej: *Jaka energetyka w zrównoważonym rozwoju. Zapis debaty społecznej, Lublin, 22 kwietnia 2008 r.* Instytut na Rzecz Ekorozwoju. Warszawa 2008.
- Kerski, Basil/ Eberwein, Wolf-Dieter: *Stosunki polsko-niemieckie 1949-2005. Wspólnota wartości i interesów?* Olsztyn 2005.
- Kerski, Basil/ Owczarek, Zdzisław: *Czy możliwa jest wspólna pamięć. Polska i Niemcy 60 lat po konferencji poczdamskiej*. Berlin 2005.
- Klimaszewski, Zbigniew: *Emigracja polska w Niemczech*. Białystok 2007.
- Kolarska-Bobińska, Lena/ Falkowski, Mateusz: *Polska – Niemcy - Francja. Wzajemne postrzeganie po rozszerzeniu UE*. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008.

- Kostrzewa, Marek: *Procesy integracyjne i konsolidacyjne Polonii w Niemczech w latach 1990-2000*. Warszawa 2005.
- Krasnodębski, Zdzisław: *Die Sieger und die Verlierer – Die deutsche und polnische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und ihre heutige politische Bedeutung*. In: *Politische Studien*, 2008, Nr. 420, S. 30-39.
- Krockow, von Christian: *Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert*. Stuttgart 1998.
- Kröhnert, Steffen/ Hoßmann, Iris/ Klingholtz, Reiner: *Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2008.
- Krzemiński, Adam: *Deutsch-polnische Verspiegelung. Essays*. Wien–Holzhausen 2001.
- Krzemiński, Adam: *Testfall für Europa. Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen*. Hamburg 2008.
- Krzemiński, Adam: *Wojna czy pokój*. In: Gunter Hofmann, Adam Krzemiński (eds.): *Zbrodnia & kara & дума & uprzedzenie. Polacy i Niemcy*. Berlin–Warszawa 2007. S. 198-216.
- Lammers, Konrad/ Niebuhr, Annetrin/ Polkowski, Andreas/ Stiller, Silvia/ Hildebrandt, Anna/ Nowicki, Marcin/ Susmarski, Przemysław/ Tarkowski, Maciej: *Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum*. (HWWA-Report 263). Hamburg 2006.
- Latkowska, Magdalena/ Walter, Julia: *Polska–Niemcy: Niezrozumienie i nierównowaga*. In: *Odra*, 2007, Nr 12, S. 7-9 (<http://odra.okis.pl/catalog.php/9>).
- Leonard, Mark: *Why Europe will run the 21st century*. New York 2005.
- Leonard, Mark/ Nicu, Popescu: *Rachunek sił w stosunkach Unia Europejska–Rosja*. Warszawa 2008.
- Lipski, Jan Józef: *Powiedzieć sobie wszystko.../ Wir müssen uns alles sagen... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft*. Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Georg Ziegler. 3. Aufl. Warszawa 1998.
- Lucas, Edward: *The New Cold War. How the Kremlin Menaces both Russia and the West*. London 2008.
- Machowski, Janusz/ Wieloński, Andrzej: *Bezpieczeństwo energetyczne Polski*. Warszawa 2007.
- Mayer, Tilman: *Linkspopulismus als Herausforderung. Zum demagogischen Abschöpfen von Ressentiments*. In: *Die politische Meinung*, 6.08.2008, S. 15-18.

- McCormick, John: *The European Superpower*. New York 2008.
- Miegel, Meinhard: *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. Berlin 2002.
- Miegel, Meinhard: *Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?* Berlin 2006.
- Ociepka, Beata/ Łada, Agnieszka/ Ćwiek-Karpowicz, Jaroslaw: *Polityka europejska Warszawy i Berlina w prasie niemieckiej i polskiej*. Instytut Spraw Publicznych. Warszawa 2008.
- Open up. A Special Report on Migration*. In: *The Economist*, 5.01.2008.
- Orłowski, Hubert: *Polnische Wirtschaft. Zum deutschen Polandiskurs der Neuzeit*. Wiesbaden 1996.
- Pelka, Bogusław: *Przemysł polski w perspektywie strategicznej. Polityka przemysłowa, strategia rozwoju i restrukturyzacja*. Warszawa 1998.
- Pflüger, Friedbert: *Ein neuer Weltkrieg? Die islamische Herausforderung des Westens?* München 2004.
- Philipp, Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956*. Göttingen 1998.
- Podolski, Antoni: *Między Samarą a Brukselą. Polska polityka europejska i wschodnia w 2007 roku*. Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej, Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa 2007.
- Rot, Przemysław/ Brodzicki, Tomasz (przygotowanie raportu): *Przemysł wysokich technologii w Polsce*. Wyniki badań przeprowadzonych przez Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową przy współpracy „Gazety Wyborczej”.
- Rotfeld, Adam Daniel: *Dokąd zmierza świat?* Warszawa 2008.
- Rotfeld, Adam Daniel: *Polska w niepewnym świecie*. Warszawa 2008.
- Ruchniewicz, Krzysztof: *Zögernde Annäherung. Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*. Dresden 2005.
- Schäuble, Wolfgang: *Polacy i Niemcy wspólnie w Europie*. Raporty Fundacji Konrada Adenauera. Warszawa 2007.
- Schondelmayer, Sanna: *Stereotypisierung am Arbeitsplatz. Zur Handlungsrelevanz von Selbst- und Fremdbildern in der deutsch-polnischen Interaktion*. Münster 2008.
- Schuch, Gereon: *Plädoyer für Mitteleuropa*. In: Cyrus Salimi-Asl /Eric Wrasse/ Gereon Schuch (Hrsg.): *Die Transformation nationaler Politik. Europäisierungsprozesse in Mitteleuropa*. Berlin 2005, S. 5-12.



- Sinn, Hans-Werner: *Ist Deutschland noch zu retten?* Berlin 2004.
- Sokólski, Marek: *Wystąpienie podsumowujące projekt „Polityka migracyjna jako instrument promocji zatrudnienia i ograniczenia bezrobocia”*. In: Biuletyn Migracyjny, Nr. 18, maj–czerwiec 2008.
- Souchon, Lennart: *Die Renaissance Europas. Europäische Sicherheitspolitik. Ein internationales Modell*. Berlin 1994.
- Steingart, Gabor: *Deutschland. Abstieg eines Superstar*. München 2004.
- Steingart, Gabor: *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*. München 2006.
- Stomma, Stanisław: *Niemcy odebrać mają jeszcze lekcję polskości*. In: Stanisław Stomma (ed.): *Czy fatalizm wrogości? Refleksje o stosunkach polsko-niemieckich 1871-1933*. Kraków 1980.
- Surynt, Izabela: *Das „ferne”, „unheimliche” Land. Gustav Freytags Polen*. Dresden 2004.
- Szczerski, Krzysztof: *Polska i Niemcy w europejskiej mozaice. Szkieł wstępny*. In: Pressje: *Polak, Niemiec – dwa bratanki*. Kraków 2008, S. 16-13.
- Szczerski, Krzysztof: *Wyzwania polityki Polski w Unii Europejskiej*. In: Jacek Czaputowicz (ed.): *Polityka zagraniczna Polski. Unia Europejska – Stany Zjednoczone – Sąsiedzi*. Warszawa 2008, S. 19-28.
- Tomala, Mieczysław: *Jak Polacy i Niemcy widzą siebie nawzajem?* Fundacja im. Friedricha Eberta, Warszawa 2000.
- Tomala, Mieczysław: *Polityka i dyplomacja wobec Niemiec*. Tom 1: 1945-1970, Tom 2: 1971-1990. Warszawa 2006.
- Traba, Robert: *„Wschodniopruskość”: tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec*. Borussia–Olsztyn 2007.
- Wagner, Richard: *Der deutsche Horizont. Vom Schicksal eines guten Landes*. Berlin 2006.
- Winkler, Heinrich August: *Erinnerungen in Widerstreit. Europas langer Weg zu einem gemeinsamen Bild vom Jahrhundert der Extreme*. In: Bernd Kauffmann, Basil Kerski (Hrsg.): *Antisemitismus und Erinnerungskulturen im postkommunistischen Europa*. Osnabrück 2006, S. 105-134.
- Wóycicki, Kazimierz: *Czy bać się Niemców?* Warszawa 1990.
- Wóycicki, Kazimierz: *Zur Besonderheit der deutsch-polnischen Beziehungen. Sollen Polen und Deutsche zur „Normalität” zurückkehren?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1996, Nr.28, S. 14-20.

- Wóycicki, Kazimierz: *Niemiecki rachunek sumienia. Niemcy wobec przeszłości 1933-1945*. Wrocław 2005.
- Wóycicki, Kazimierz: „*Wspólnota interesów*” czy *wspólne interesy*. In: Jacek Czaputowicz (ed.): *Polityka zagraniczna Polski. Unia Europejska – Stany Zjednoczone – Sąsiedzi*. Warszawa 2008, S. 211-220.
- Wóycicki, Kazimierz: *Europejski konflikt pamięci*. Raporty Fundacji Konrada Adenauera. Warszawa 2008.
- Wóycicki, Kazimierz/ Buras, Piotr: *Spór o niemiecką pamięć*. Warszawa 1999.
- Zendrowski, Radosław: *Europa środkowa: wspólnota czy zbiornowść?* Wrocław 2004.

## Über die Autoren



Dr. Kazimierz Wóycicki, geb. 1949 in Warschau, Studium der Philosophie an der Katholischen Universität Lublin. Enger Mitarbeiter von Tadeusz Mazowiecki bei der Zeitschrift „Więź“ (1974-1980). Journalist bei der BBC (1986-1987), zahlreiche Kontakte zur ostdeutschen Opposition in den 70er und 80er Jahren, Chefredakteur von „Życie Warszawy“ (1990-1993), Direktor der Polnischen Institute in Düsseldorf (1996-1999) und in Leipzig (2000-2004), Direktor des Stettiner Instituts für Nationales Gedenken (2004-2008), Dozent an der Universität Warschau. Mitinitiator der „Kopernikus-Gruppe“ sowie des deutsch-polnischen Diskussionskreises. Kurator der Ausstellungen: Brama Wolności (Berlin, Frankfurt, Leipzig, Wien), Expelled (Europäisches Parlament, Rennes), Golgota Wschodu (Sejm der Republik Polen, Białystok). Autor zahlreicher Publikationen, u. a.: „Czy bać się Niemców?“, Warszawa 1990, „Spór Walsler-Bubis“, Warszawa 1999, „Niemiecki rachunek sumienia“, Wrocław 2003.



Dr. Waldemar Czachur, geb. 1977, aus Cieszanów, Studium der Germanistik in Rzeszów, Essen, Ljubljana und Warschau, 2002-2006 Doktorandenstudium im Bereich der Sprachwissenschaft, seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Germanistischen Institut der Universität Warschau und Koordinator deutsch-polnischer Projekte am Warschauer Zentrum für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych). 2005-2006 Koordinator des Deutsch-Polnischen Jahres an der deutschen Botschaft in Warschau. Ehemaliger Stipendiat der Robert Bosch Stiftung. Autor zahlreicher linguistischer Arbeiten, u. a.: „Textmuster im Wandel. Ein Beitrag zur textlinguistischen Erforschung der Vereinssatzung im 19. Jahrhundert“, Wrocław-Dresden 2006.

